

Verkündungsblatt 21|2020

Ausgabedatum 16.11.2020

Inhaltsübersicht

A. Bekanntmachungen nach dem NHG

Änderung der Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Technical Education (Berichtigung des Verkündungsblattes 14/2020 vom 30.07.2020)	Seite 2
Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Mathematik (Berichtigung des Verkündungsblattes 17/2020 vom 17.09.2020)	Seite 55
Änderung der Gebührenordnung für das Zertifikatsprogramm "Weiterbildungsstudium Arbeitswissenschaft" (WA)	Seite 87

B. Bekanntmachungen nach § 78 Abs. 2 NPersVG

C. Hochschulinformationen

Änderung der Geschäftsordnung des Dekanates der Naturwissenschaftlichen Fakultät	Seite 88
Änderung der Institutsordnung des Instituts für Sportwissenschaft	Seite 90
Geschäftsordnung für den Hochschulrat	Seite 92

A. Bekanntmachungen nach dem NHG

Das Präsidium der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat am 22.07.2020 gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 5. b) des Niedersächsischen Hochschulgesetzes die nachfolgende Änderung der Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Technical Education vom 16.09.2016, in der Fassung der letzten Änderung vom 13.08.2019, genehmigt. Die Prüfungsordnung tritt nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover zum 01.10.2020 in Kraft.

Änderung der Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Technical Education an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover vom 16.09.2016, in der Fassung der letzten Änderung vom 13.08.2019

Die Fakultät für Architektur und Landschaft, die Fakultät für Elektrotechnik und Informatik, die Fakultät für Maschinenbau, die Fakultät für Mathematik und Physik, die Naturwissenschaftliche Fakultät und die Philosophische Fakultät sowie die Leibniz School of Education der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover haben gemäß §§ 7 Absatz 3, 44 Absatz 1 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes die folgende Änderung Prüfungsordnung erlassen.

Übersicht

Erster Teil: Allgemeines

- § 1 Zweck der Prüfung und Hochschulgrad
- § 2 Dauer und Gliederung des Studiums, Zwischenprüfung
- § 3 Zuständigkeit (Studiendekanin oder Studiendekan, Prüfungsausschuss)

Zweiter Teil: Bachelorprüfung

- § 4 Aufbau und Inhalt der Prüfung
- § 5 Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzende
- § 6 Studien- und Prüfungsleistungen
- § 7 Bachelorarbeit
- § 8 Bestehen und Nichtbestehen
- § 9 Zusätzliche Module und Prüfungen
- § 10 Anerkennung bereits erbrachter Studien- und Prüfungsleistungen
- § 10a Einstufungsprüfungen für Flüchtlinge
- § 11 Erbringung von Prüfungsleistungen durch Juniorstudierende

Dritter Teil: Prüfungsverfahren

- § 12 Zulassung zu Prüfungsleistungen
- § 13 Anmeldung
- § 14 Wiederholung
- § 15 Versäumnis, Rücktritt, Fristverlängerung
- § 16 Prüfungsmodalitäten in Härtefällen
- § 17 Bewertung von Prüfungsleistungen
- § 18 Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 19 Leistungspunkte und Module
- § 20 Gesamtnotenbildung
- § 21 Zeugnisse und Bescheinigungen
- § 22 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 23 Verfahrensvorschriften

Vierter Teil: Schlussvorschriften

- § 24 Inkrafttreten und Übergangsbestimmung

Erster Teil: Allgemeines

§ 1 Zweck der Prüfung und Hochschulgrad

- (1) ¹Die Bachelorprüfung bildet den ersten berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums. ²Durch die Bachelorprüfung soll festgestellt werden, ob der Prüfling die Fähigkeit besitzt, nach wissenschaftlichen oder wissenschaftlich-künstlerischen Grundsätzen selbstständig zu arbeiten, die fachlichen Zusammenhänge der beruflichen Fachrichtung und des Unterrichtsfaches überblickt und die für den Übergang in die Berufspraxis notwendigen Fachkenntnisse und Handlungskompetenzen erworben hat.
- (2) Nach bestandener Bachelorprüfung verleiht die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover den akademischen Grad „Bachelor of Science (B. Sc.)“.

§ 2 Dauer und Gliederung des Studiums

- ¹Die Regelstudienzeit beträgt drei Jahre. ²Der Zeitaufwand für das Präsenzstudium und Selbststudium beträgt 180 ECTS-Leistungspunkte zu je 30 Stunden. ³Das Studium gliedert sich in sechs Semester.

§ 3 Zuständigkeit (Studiendekanin oder Studiendekan, Prüfungsausschuss)

- (1) ¹Für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dieser Prüfungsordnung ist die Direktorin oder der Direktor für Studium und Lehre der Leibniz School of Education zuständig. ²Im Einvernehmen mit der Studiendirektorin oder dem Studiendirektor wird aus Mitgliedern der beteiligten Fakultäten ein Prüfungsausschuss gebildet. ³Über die Zusammensetzung entscheiden die beteiligten Fakultäten.
- (2) ¹Dem Prüfungsausschuss gehören fünf Mitglieder an, und zwar drei Mitglieder aus der Hochschul-lehrergruppe, ein Mitglied, das die Mitarbeitergruppe vertritt und in der Lehre tätig ist, sowie ein Mitglied der Studierendengruppe. ²Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie deren Vertretungen werden durch die jeweiligen Gruppenvertretungen in den am Studiengang beteiligten Fakultäten benannt. ³Der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz, über die der Prüfungsausschuss entscheidet, müssen von Mitgliedern der Hochschullehrergruppe oder habilitierten Mitgliedern ausgeübt werden. ⁴Das studentische Mitglied hat in Bewertungsfragen und bei der Entscheidung über die Anerkennung von Prüfungsleistungen nur beratende Stimme. ⁵Die Studiendekaninnen und Studiendekane der am Studiengang beteiligten Fakultäten sowie die Direktorin oder der Direktor für Studium und Lehre der Leibniz School of Education können, falls sie nicht selbst als Mitglieder des Prüfungsausschusses benannt sind, mit beratender Stimme an den Sitzungen des Prüfungsausschusses teilnehmen.
- (3) ¹Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Vertretungen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. ²Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (4) ¹Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, soweit die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. ²Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst; Stimm-enthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen.
- (5) ¹Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. ²Über die Sitzungen des Prüfungsausschusses wird eine Niederschrift geführt. ³In dieser sind die wesentlichen Gegenstände der Erörterung und die Beschlüsse festzuhalten.
- (6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, an der Abnahme von Prüfungen beobachtend teilzunehmen.
- (7) ¹Der Prüfungsausschuss kann Befugnisse widerruflich auf den Vorsitz und den stellvertretenden Vorsitz übertragen. ²Der Prüfungsausschuss kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben einer von ihm beauftragten Stelle bedienen. ³Die oder der Vorsitzende bereitet die Beschlüsse des Prüfungsausschusses vor, führt sie aus und berichtet dem Prüfungsausschuss laufend über diese Tätigkeit. ⁴Die Übertragung der Befugnisse auf den Vorsitz oder den stellvertretenden Vorsitz ist für Fälle nach § 18 Absatz 1 ausgeschlossen.
- (8) Der Prüfungsausschuss kann sich eine Geschäftsordnung geben.

Zweiter Teil: Bachelorprüfung

§ 4 Aufbau und Inhalt der Prüfung

- (1) ¹Die Bachelorprüfung wird studienbegleitend abgenommen. ²Sie besteht aus Prüfungs- und gegebenenfalls Studienleistungen innerhalb der beruflichen Fachrichtung, des Unterrichtsfaches und des Professionalisierungsbereichs (Anlage 1). ³Die Prüfungs- und gegebenenfalls Studienleistungen sind in Pflichtmodulen nach Anlage 1.A-S.1, dem Pflichtmodul „Bachelorarbeit“ nach Anlage 1.B-S.4 und

gegebenenfalls Wahlpflichtmodulen nach Anlage 1.A-S.2 sowie Wahlmodulen nach Anlage 1.A-S.3 zu erbringen.

(2) Die den Modulen zugeordneten Lehrveranstaltungen ergeben sich aus dem Modulhandbuch oder dem Vorlesungsverzeichnis.

(3) Das Bachelorstudium gliedert sich in:

- die berufliche Fachrichtung im Umfang von 92 Leistungspunkten (Anlage 1.B-G),
- das Unterrichtsfach im Umfang von 48 Leistungspunkten (Anlage 1.H-S),
- den Professionalisierungsbereich im Umfang von 25 Leistungspunkten (Anlage 1.A),
- das Modul Bachelorarbeit im Umfang von 15 Leistungspunkten (Anlage 1.B-S.4).

(4) ¹Der Professionalisierungsbereich gliedert sich in:

- Module aus dem Bereich Bildungswissenschaften und Berufs- und Wirtschaftspädagogik im Umfang von 15 Leistungspunkten einschließlich eines vierwöchigen Praktikums in einer Schule des berufsbildenden Schulwesens,
- Module aus dem Bereich Schlüsselkompetenzen im Umfang von 10 Leistungspunkten.

²Näheres zum Schulpraktikum regelt die Praktikumsordnung.

§ 5 Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzende

¹Das nach § 3 zuständige Organ bestellt für die Module des Studiengangs Bachelor Technical Education Mitglieder der Hochschullehrergruppe der am Studiengang beteiligten Fakultäten der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover als Prüfungsberechtigte. ²Das nach § 3 zuständige Organ kann weitere Prüfende bestellen, sofern diese mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen. ³Soweit sie die Voraussetzungen nach Satz 2 erfüllen, können auch Prüfende bestellt werden, die nicht Mitglieder oder Angehörige der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität sind. ⁴Zur Beisitzerin oder zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation erworben hat. ⁵Die Bestellung von Beisitzenden kann vom § 3 zuständigen Organ auch auf die Prüfenden delegiert werden.

§ 6 Studien- und Prüfungsleistungen

(1) ¹Studienleistungen sind insbesondere unbenotete Hausübungen, Laborübungen, Präsenzübungen, Praktikumsberichte, Klausuren, Vorträge und Hausarbeiten. ²Die zu erbringenden Studienleistungen werden in den jeweiligen Modulbeschreibungen näher erläutert und von den Lehrenden spätestens zu Beginn der Lehrveranstaltung festgelegt. ³Studienleistungen sind in der Regel binnen eines Jahres nach Ende der zugehörigen Lehrveranstaltung zu erbringen.

(2) ¹Prüfungsleistungen sind die Bachelorarbeit, Ausarbeitungen, Essays, Dokumentationen, Fachpraktische Prüfungen, Klausuren mit und ohne Antwortwahlverfahren, Hausarbeiten, Laborübungen, mündliche Prüfungen, Projektarbeiten, Portfolios, Referate, Seminararbeiten, Seminarleistungen, Übungen und Zusammengesetzte Prüfungsleistungen. ²Näheres zu den Prüfungsformen regelt Anlage 2.1.

(3) ¹Sind nach den Anlagen 1.A-S in einem Modul alternative Prüfungsformen vorgesehen oder kann eine Prüfungsform durch eine andere ersetzt werden, muss die Ankündigung der Prüfungsform spätestens zu Beginn des Semesters erfolgen. ²Gleiches gilt für die Gewichtung der einzelnen Bestandteile, wenn die Anlagen 1.A-S eine zusammengesetzte Prüfungsleistung vorsehen.

(4) Studien- und Prüfungsleistungen können in Form von Gruppenarbeiten abgenommen werden, sofern sich die einzelnen Beiträge aufgrund objektiver Kriterien deutlich abgrenzen und getrennt bewerten lassen.

(5) Bei der Abgabe von schriftlichen Hausarbeiten (Prüfungs- und Studienleistungen) ist schriftlich zu versichern, dass

- a) die Arbeit selbstständig verfasst wurde,
- b) keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden,
- c) alle Stellen der Arbeit, die wörtlich oder sinngemäß aus anderen Quellen übernommen wurden, als solche kenntlich gemacht sind und
- d) die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegen hat.

(6) ¹Während des Semesters können in Ergänzung zu den jeweiligen Prüfungsleistungen bis zu fünf kleine Leistungen in Form von Vorträgen, Präsentationen oder Kurzklausuren angeboten werden. ²Die Teilnahme der Studierenden ist freiwillig. ³Hat eine Studentin oder ein Student an einer oder mehreren Leistungen während des Semesters erfolgreich teilgenommen, wird das erreichte Ergebnis bei der Bewertung der Prüfungsleistung als Bonus berücksichtigt. ⁴Der Anteil der Leistung bzw. Leistungen darf maximal zu 20 vom Hundert in die Prüfungsnote eingehen. ⁵Die Anzahl sowie die Bewertung der Leistungen ist von den Prüfenden zu Beginn des Semesters anzugeben. ⁶Die Bestnote für die

Prüfungsleistung kann auch ohne die Teilnahme an den Leistungen erreicht werden. ⁷Eine Nichtteilnahme an einzelnen Leistungen beziehungsweise ein Nichtbestehen einzelner Leistungen führt

nicht zu einer Verschlechterung der Gesamtbewertung der Prüfungsleistung. ⁸Die ergänzenden Leistungen sind so zu gestalten, dass der innerhalb des jeweiligen Moduls in den Anlagen vorge-sehene Zeitaufwand für Präsenz- und Selbststudium (Leistungspunkte) eingehalten wird.

- (7) ¹Testate können ergänzend zur Bewertung einer Prüfungsleistung herangezogen werden. ²Sie sind genau einer Prüfungsleistung zugeordnet und dienen der studienbegleitenden Kontrolle des Lernfortschritts. ³In die Bewertung des Testats können Einzelkriterien wie Hausübungen oder mündliche bzw. schriftliche Kurzprüfungen eingehen. ⁴Testatbewertungen werden nicht explizit im Zeugnis ausgewiesen, sie gehen nach Maßgabe des oder der Prüfenden in die Bewertung der Prüfungsleistung mit einem Gewicht von maximal 25 vom Hundert ein. ⁵Ein Bestehen der Prüfung muss auch ohne Testatbewertung möglich sein. ⁶Erworbene Testatbewertungen können nach Maßgabe des oder der Prüfenden erhalten bleiben, auch wenn die Prüfungsleistung nicht bestanden wurde. ⁷Die Modalitäten zur Durchführung von Testaten und ihre Einbeziehung in die Prüfungsnoten sind von der oder dem zuständigen Prüfenden bis spätestens zu Veranstaltungsbeginn durch Aushang bekannt zu geben.

§ 7 Bachelorarbeit

- (1) ¹Das Modul Bachelorarbeit besteht aus der Bachelorarbeit und gegebenenfalls einer mündlichen Prüfungsleistung und/ oder einer Studienleistung entsprechend der Anlage 1.B-S.4. ²Die Bachelorarbeit soll zeigen, dass der Prüfling in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus der beruflichen Fachrichtung oder dem Unterrichtsfach selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. ³Für das bestandene Modul Bachelorarbeit werden 15 Leistungspunkte vergeben.
- (2) ¹Das Thema der Bachelorarbeit muss dem Prüfungszweck (§ 1 Absatz 1 Satz 2) und dem für die Bearbeitung zur Verfügung stehenden Zeitraum nach Absatz 4 angemessen sein. ²Die Themenausgabe darf erst nach erfolgter Zulassung gemäß § 12 Absatz 3 erfolgen.
- (3) ¹Das Thema kann einmal innerhalb des ersten Drittels der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. ²Eine erneute Anmeldung nach Rückgabe des Themas muss innerhalb von sechs Monaten erfolgen. ³Erfolgt eine Anmeldung nicht innerhalb dieser Frist, wird ein von der Erstprüferin oder dem Erstprüfer festgelegtes Thema mit einer nach Maßgabe von Absatz 4 Satz 1 festgesetzten Bearbeitungsfrist zugestellt. ⁴§ 15 Absatz 2 Satz 1 bis Satz 4 gilt entsprechend.
- (4) ¹Die Bachelorarbeit ist binnen zwei Monaten nach Ausgabe schriftlich und zusätzlich in elektronischer Form abzuliefern. ²Bei empirischen beziehungsweise experimentellen Arbeiten beträgt die Bearbeitungszeit drei Monaten. ³Die Bachelorarbeit soll innerhalb eines Monats, spätestens nach zwei Monaten, von den beiden Prüfenden bewertet werden.
- (5) Bei der Abgabe der Bachelorarbeit ist schriftlich zu versichern, dass
- a) die Arbeit selbstständig verfasst wurde,
 - b) keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden,
 - c) alle Stellen der Arbeit, die wörtlich oder sinngemäß aus anderen Quellen übernommen wurden, als solche kenntlich gemacht sind, und
 - d) die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegen hat.
- (6) ¹Der Ablauf des Prüfungsverfahrens im Modul Bachelorarbeit ergibt sich aus der Modulbeschreibung im Modulhandbuch. ²Beinhaltet das Modul Bachelorarbeit mehr als eine Prüfungsleistung, setzt sich die Note entsprechend der Anlage 1.B-S.4 zusammen.
- (7) ¹Die Bachelorarbeit ist in deutscher Sprache, in Absprache mit der Prüferin oder dem Prüfer oder den Prüfenden auch in englischer Sprache abzufassen. ²Darüber hinaus kann im begründeten Einzelfall die Abfassung in einer anderen Sprache zugelassen werden. ³Über Anträge gemäß Satz 2 beschließt das nach § 3 zuständige Organ spätestens mit der Entscheidung über die Zulassung (§ 12).

§ 8 Bestehen und Nichtbestehen der Bachelorprüfung

- (1) Die Bachelorprüfung ist bestanden, wenn die Module, die in § 4 in Verbindung mit den Anlagen 1.A-S genannt werden, bestanden worden sind und mindestens 180 ECTS-Leistungspunkte erworben wurden.

- (2) ¹Die Bachelorprüfung in einer der nach Anlage 1.B-G gewählten beruflichen Fachrichtung oder dem nach Anlage 1.H-S gewähltem Unterrichtsfach ist endgültig nicht bestanden, wenn die Wiederholung einer nicht bestandenen Prüfungsleistung in der jeweiligen beruflichen Fachrichtung beziehungsweise im jeweiligen Unterrichtsfach, die nach § 4 erforderlich ist, gemäß § 14 nicht mehr möglich ist. ²In diesem Fall besteht einmalig die Möglichkeit eine andere berufliche Fachrichtung oder ein anderes Unterrichtsfach des Studiengangs zu wählen mit Ausnahme der Regelungen in Abs. 4. ³Die gesamte Bachelorprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn erneut eine Wiederholung einer nicht bestandenen Prüfungsleistung in der beruflichen Fachrichtung oder im Unterrichtsfach, die nach § 4 erforderlich ist, gemäß § 14 nicht mehr möglich ist. ⁴Über die endgültig nicht bestandene Bachelorprüfung ergeht ein schriftlicher Bescheid.
- (3) Die gesamte Bachelorprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn eine Wiederholung einer nicht bestandenen Prüfungsleistung im Professionalisierungsbereich nach Anlage 1.A, gemäß § 14 nicht mehr möglich ist.
- (4) Die gesamte Bachelorprüfung ist ebenfalls endgültig nicht bestanden, wenn eine Wiederholung der Prüfungsleistung im Modul Bachelorarbeit nach Anlage 1.B-S.4 gemäß § 14 nicht mehr möglich ist.

§ 9 Zusätzliche Module und Prüfungen

- (1) ¹Studierende können sich auf Antrag innerhalb der gewählten beruflichen Fachrichtung, des gewählten Unterrichtsfaches oder des Professionalisierungsbereichs über die in den Anlagen 1.A-S.2 und 1.A-S.3 genannten Prüfungsleistungen hinaus weiteren als den für die Erreichung der Mindestleistungspunktzahl erforderlichen Prüfungen dieses Studiengangs unterziehen (Zusatzprüfungen). ²Gleiches gilt für zusätzlich absolvierte Module dieses Studiengangs (Zusatzmodule). ³Auf Antrag an das nach § 3 zuständige Organ können auch Prüfungen und Module außerhalb des Studiengangs absolviert werden.
- (2) Die Ergebnisse von Zusatzprüfungen sowie von Zusatzmodulen, die gemäß § 19 Absatz 2 Satz 1 bestanden sind, werden auf Antrag an das nach § 3 zuständige Organ in die Abschlussdokumente und die sonstigen Dokumente gemäß § 21 aufgenommen, jedoch bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht mit einbezogen.

§ 10 Anerkennung bereits erbrachter Studien- und Prüfungsleistungen

- (1) ¹Bereits erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen können unter den nachfolgend bestimmten Voraussetzungen anerkannt werden. ²Anträge auf Anerkennung sollen zu Beginn des Studiums gestellt werden. ³Nach Beginn eines Prüfungsverfahrens ist eine Anerkennung für diese Prüfungsbeziehungsweise Studienleistung nicht mehr möglich. ⁴Der Antrag ist an das nach § 3 zuständige Organ zu richten. ⁵Über den Antrag ist in der Regel binnen sechs Wochen zu entscheiden. ⁶Die Frist beginnt mit dem Vorliegen aller für die Entscheidung erforderlichen Unterlagen. ⁷Studien- und Prüfungsleistungen, die im Rahmen eines Studiums an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität erbracht wurden, werden von Amts wegen anerkannt.
- (2) entfällt
- (3) ¹Studien- und Prüfungsleistungen, die an einer Hochschule im In- oder Ausland erbracht wurden, werden nach Maßgabe des Übereinkommens über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region von 11. April 1997 (Lissaboner Konvention) anerkannt, wenn keine wesentlichen Unterschiede zu den nach dieser Prüfungsordnung zu erbringenden Studien- und Prüfungsleistungen bestehen. ²Im Zweifel sind Stellungnahmen des Prüfenden, eines Mitglieds der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität, das nach § 5 in dem Modul, für das die Anerkennung beantragt wird, prüfungsberechtigt ist, oder der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen einzuholen. ³Die Beweislast für die nicht gegebene Gleichwertigkeit oder für wesentliche Unterschiede trägt die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität. ⁴Das Verfahren regelt der Orientierungsrahmen zur Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität.
- (4) ¹Außerhalb des Studiums erworbene berufliche Kompetenzen werden in einem Umfang von bis zu 50 vom Hundert der nach § 2 erforderlichen Leistungspunkte anerkannt, wenn sie gleichwertig sind. ²Die Beweislast für die nicht gegebene Gleichwertigkeit oder für wesentliche Unterschiede trägt die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität. ³Das Verfahren regelt der Orientierungsrahmen für die Anerkennung beruflich erworbener Kompetenzen der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität.
- (5) ¹Für anerkannte Prüfungsleistungen werden die Noten übernommen oder bei abweichender Notenskala umgerechnet, die darauf entfallenden Studienzeiten anerkannt und Leistungspunkte entsprechend den Anlagen 1.A-1.S vergeben. ²Bei im Ausland erbrachten Leistungen bleibt die Prüfungsleistung auf Antrag unbenotet, dies gilt insbesondere im Fall des Absatzes 4 Satz 1. ³Die Anerkennung wird in den Abschlussdokumenten nach § 21 gekennzeichnet.
- (6) Die Entscheidung über die Anerkennung oder Nichtanerkennung ist der Antragstellerin oder dem Antragsteller schriftlich mitzuteilen; § 23 Absatz 1 ist zu beachten.

- (7) ¹Ein einschlägiges an einer Hochschule abgeschlossenes Studium kann auf die fachwissenschaftlichen Module der beruflichen Fachrichtungen Elektrotechnik (Anlage 1.C.1-3) oder Metalltechnik (Anlage 1.G.1-3), die Module der Schlüsselkompetenzen im Professionalisierungsbereich und auf die Bachelorarbeit (Anlage 1.C.4 beziehungsweise 1.G.4) angerechnet werden. ²Die im Zeugnis des ersten Studiums ausgewiesene Abschlussnote wird zur Berechnung der Gesamtnote nach § 20 Absatz 3 für die angerechneten Prüfungsleistungen übernommen und entsprechend Absatz 5 für die angerechneten Module und Leistungen auf den Abschlussdokumenten ausgewiesen.

§ 10 a Einstufungsprüfungen für Flüchtlinge

Kenntnisse und Fähigkeiten, die nach Maßgabe der Prüfungsordnung für den Abschluss des Studiums erforderlich sind, können von Personen, die glaubhaft gemacht haben, dass sie fluchtbedingt den Nachweis von bereits absolvierten Studienzeiten und Prüfungsleistungen nicht erbringen können, in einer besonderen Einstufungsprüfung nachgewiesen und auf Module angerechnet werden.

§ 11 Erbringung von Prüfungsleistungen durch Juniorstudierende

- (1) Zu Prüfungsleistungen des Bachelorstudiums können abweichend von § 12 auch Personen zugelassen werden, die nach § 1 der Ordnung für Juniorstudierende eingetragen sind und die erforderlichen Prüfungsvorleistungen erbracht haben.
- (2) ¹Bestandene Prüfungsleistungen können auf Antrag für ein späteres Studium angerechnet werden, soweit die Gleichwertigkeit festgestellt ist. ²§ 10 gilt entsprechend.

Dritter Teil: Prüfungsverfahren

§ 12 Zulassung zu Prüfungsleistungen

- (1) ¹Für Prüfungen in Bachelorstudiengängen ist unter Berücksichtigung von Absatz 2 zugelassen, wer in dem betreffenden Studiengang an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover eingeschrieben ist. ²Weitere Zulassungsvoraussetzungen zu einzelnen Prüfungsleistungen sind den Anlagen 1.A-S zu entnehmen.
- (2) ¹Die Zulassung für Prüfungen in Bachelorstudiengängen wird versagt, wenn eine Prüfungsleistung in einem Modul, das einem Pflichtmodul dieses Studiengangs gleichsteht, in einem bisherigen Studiengang endgültig nicht bestanden worden ist. ²Endgültig nicht bestandene Prüfungsleistungen in einem Modul, das einem Wahlpflichtmodul des Studiengangs entspricht, für den die Zulassung beantragt wird, können in diesem Studiengang nicht wiederholt werden.
- (3) ¹Zur Bachelorarbeit muss die Zulassung beantragt werden. ²Die Zulassung zur Bachelorarbeit setzt voraus, dass im Rahmen der Bachelorprüfung mindestens 110 Leistungspunkte erworben und – soweit vorgesehen – weitere in der Anlage 1.B-S.4 aufgeführte Voraussetzungen erfüllt wurden. ³Über Ausnahmen entscheidet bei Vorliegen wichtiger Gründe das nach § 3 zuständige Organ.
- (4) ¹Die Zulassung nach Absatz 3 wird versagt, wenn die Zulassungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind. ²Über die Nichtzulassung erhält der Prüfling einen Bescheid.

§ 13 Anmeldung

¹Für den Antritt zu einer Prüfungsleistung und zur Wiederholung einer Prüfungsleistung ist innerhalb des Zeitraums, den das nach § 3 zuständige Organ festgesetzt hat, eine gesonderte Anmeldung erforderlich. ²Das nach § 3 zuständige Organ kann festlegen, dass zu einzelnen Studienleistungen ebenfalls eine Anmeldung erforderlich ist. ³Es gelten zum Zeitpunkt der Einführung des integrierten Campusmanagementsystems die gemäß Anlage 3.1. aufgeführten Regelungen.

§ 14 Wiederholung

- (1) ¹Bestandene Prüfungsleistungen können nicht wiederholt werden. ²Eine nicht bestandene Prüfungsleistung kann zweimal wiederholt werden. ³Bachelorarbeiten sowie Projekt- und Studienarbeiten können abweichend davon nur einmal wiederholt werden. ⁴Begonnene Prüfungsleistungen aus Pflichtmodulen und aus Wahlpflichtmodulen sind zu wiederholen, bis sie bestanden sind oder eine Wiederholung nach Satz 2 oder Satz 3 nicht mehr möglich ist; § 19 Absatz 2 Satz 3 und § 19 Absatz 3 Satz 3 bleiben unberührt. ⁵Als Beginn einer Prüfungsleistung gilt die erste Teilnahme an der Prüfung oder die Ausgabe des Themas. ⁶Nicht bestandene Prüfungsleistungen aus Wahlmodulen müssen nicht wiederholt werden; sie können durch andere Wahlmodule ersetzt werden. ⁷Bei zusammengesetzten Prüfungsleistungen müssen im Falle des Nichtbestehens alle Teilprüfungen wiederholt werden.
- (2) ¹Wiederholungen von Prüfungsleistungen können nach Wahl der oder des Prüfenden in einer anderen, in § 6 Absatz 2 genannten Prüfungsform abgenommen werden. ²Die Bekanntgabe der Prüfungsform muss spätestens zu Beginn der Anmeldefrist (§ 13 Satz 1) erfolgen.

- (3) ¹In der letzten Wiederholung einer Prüfungsleistung darf für eine tatsächlich erbrachte Klausur die Note „nicht ausreichend“ oder bei unbenoteten Klausuren die Bewertung „nicht bestanden“ nur nach einer Ergänzungsprüfung erteilt werden. ²Diese Ergänzungsprüfung, deren Inhalt sich auf den Inhalt der vorausgegangenen Klausur beziehen muss, wird in der Regel innerhalb von sechs Wochen nach Bekanntgabe des Ergebnisses abgenommen. ³Wird die Ergänzungsprüfung als mündliche Prüfung durchgeführt, muss an der Prüfung neben der oder dem Prüfenden eine Beisitzerin oder ein Beisitzer teilnehmen. ⁴Eine mündliche Ergänzungsprüfung soll die Dauer von maximal 20 Minuten grundsätzlich nicht überschreiten. ⁵Die Ergänzungsprüfung kann mit Ausnahme einer Klausur auch in einer anderen, in § 6 Absatz 2 genannten Prüfungsform abgenommen werden. ⁶Nach der Ergänzungsprüfung kann im Falle des Bestehens der Prüfungsleistung nur die Note „ausreichend (4,0)“ oder bei unbenoteten Prüfungsleistungen nur die Note „bestanden“ vergeben werden. ⁷Die Ergänzungsprüfung ist ausgeschlossen, wenn für die Bewertung der schriftlichen Prüfungsleistung § 18 Anwendung gefunden hat. ⁸Studierende sind nach Bekanntgabe des Ergebnisses der letzten Wiederholungsklausur mindestens drei Wochen vor der Ergänzungsprüfung durch das Prüfungsamt zu dieser zu laden. ⁹§ 15 Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 15 Versäumnis, Rücktritt, Fristverlängerung

- (1) ¹Der Rücktritt von einer Anmeldung zu einer Prüfungsleistung sowie zu einer Wiederholung einer Prüfungsleistung kann bis zum Beginn der Prüfung erfolgen. ²Das Nichterscheinen zu einem festgesetzten Prüfungstermin wird als Rücktritt gewertet. ³Als Beginn einer Prüfung gilt bei Prüfungsleistungen mit Abgabeterminen die Ausgabe des Themas. ⁴Als Beginn einer Zusammengesetzten Prüfungsleistung gilt entsprechend § 14 Absatz 1 Satz 5 der Beginn des ersten Prüfungsteils. ⁵Tritt der beziehungsweise die Studierende vom ersten Prüfungsteil einer Zusammengesetzten Prüfungsleistung zurück, gilt dieser Rücktritt für die gesamte Prüfung. ⁶Der Rücktritt nach Satz 1 ist ohne Angabe von Gründen zulässig.
- (2) ¹Versäumt ein Prüfling den festgesetzten Abgabetermin oder tritt er von einer Prüfungsleistung erst nach deren Beginn zurück, wird die betreffende Prüfungsleistung mit „nicht bestanden“ bewertet. ²Abweichend hiervon gilt die Prüfungsleistung als nicht unternommen, wenn für das Versäumnis oder den Rücktritt wichtige Gründe unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. ³Im Krankheitsfall ist ein ärztliches und auf Verlangen des nach § 3 zuständigen Organs ein fach- oder amtsärztliches Attest vorzulegen. ⁴Die Entscheidung über die Anerkennung der wichtigen Gründe trifft das nach § 3 zuständige Organ. ⁵In den Fällen des Satzes 2 kann das nach § 3 zuständige Organ die Bearbeitungsdauer um insgesamt höchstens ein Drittel der vorgesehenen Bearbeitungsdauer verlängern. ⁶Eine Verlängerung darüber hinaus ist nur in begründeten Einzelfällen zulässig.

§ 16 Prüfungsmodalitäten in Härtefällen

¹Das nach § 3 zuständige Organ ermöglicht Studierenden, die eine länger andauernde gravierende Beeinträchtigung durch amts- oder fachärztliches Attest nachweisen, Prüfungsleistungen in gleichwertiger anderer Form, zu anderen Terminen oder innerhalb anderer Fristen zu erbringen. ²Bei Nachweis anderer wichtiger Gründe, insbesondere in Fällen des Mutterschutzgesetzes und der Elternzeit, ist entsprechend zu verfahren.

§ 17 Bewertung von Prüfungsleistungen

- (1) ¹Prüfungsleistungen werden von den Prüfenden in der Regel binnen eines Monats bewertet. ²Prüfungsleistungen werden in der Regel benotet. ³Studienleistungen sowie unbenotete Prüfungsleistungen werden mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet. ⁴Es gelten zum Zeitpunkt der Einführung des integrierten Campusmanagementsystems die gemäß Anlage 3.2. aufgeführten Regelungen. ⁵Bei der Benotung von Prüfungsleistungen sind folgende Notenstufen zu verwenden:
- 1,0; 1,3 = „sehr gut“ = eine besonders hervorragende Leistung,
 - 1,7; 2,0; 2,3 = „gut“ = eine erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung,
 - 2,7; 3,0; 3,3 = „befriedigend“ = eine Leistung, die in jeder Hinsicht den durchschnittlichen Anforderungen entspricht,
 - 3,7; 4,0 = „ausreichend“ = eine Leistung, die trotz ihrer Mängel den Mindestanforderungen entspricht,
 - 5,0 = „nicht ausreichend“ = eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

⁶Eine mit „nicht ausreichend“ bewertete Prüfungsleistung ist nicht bestanden.

- (2) ¹Wird eine Prüfungsleistung durch zwei Prüfende bewertet, ist sie nur bestanden, wenn beide Prüfende die Prüfungsleistung mit „bestanden“, „ausreichend“ oder besser bewerten. ²Die Note errechnet sich in diesem Fall aus dem Durchschnitt der von den Prüfenden festgesetzten Einzelnoten. ³§ 20 Absatz 3 Satz 5 gilt entsprechend.
- (3) ¹Eine zusammengesetzte Prüfungsleistung im Sinne des § 6 Absatz 3 Satz 2 ist bestanden, wenn der anhand der Gewichtung der einzelnen Noten errechnete Durchschnitt 4,0 oder besser beträgt. ²Dabei ist es unerheblich, ob einzelne Teilleistungen nicht bestanden wurden. ³§ 20 Absatz 3 Satz 5 gilt entsprechend.
- (4) ¹Eine nach dem Antwort-Wahl-Verfahren (z.B. Single-Choice oder Multiple-Choice) durchgeführte Prüfung ist bestanden, wenn der Prüfling mindestens 50 vom Hundert der maximal zu vergebenden Punkte erreicht hat (absolute Bestehensgrenze). ²Abweichend davon wird in den Fällen, in denen der Mittelwert aller Prüfungen abzüglich 18 vom Hundert schlechter ist als die absolute Bestehensgrenze, der so ermittelte Wert als relative Bestehensgrenze festgelegt. ³Zur Ermittlung der einzelnen Prüfungsergebnisse werden die Differenz zwischen der relativen und absoluten Bestehensgrenze bei jedem Prüfling addiert. ⁴Bei Wiederholungsprüfungsleistungen gilt die durchschnittliche Prüfungsleistung der Prüflinge des ersten möglichen Prüfungstermins.
- (5) ¹Hat der Prüfling bei Leistungen nach dem Antwort-Wahl-Verfahren die für das Bestehen der Prüfung erforderliche Mindestzahl an Punkten nach Absatz 4 erreicht, so lautet die Note
- 1,0 = „sehr gut“, wenn er mindestens 95 vom Hundert,
 - 1,3 = „sehr gut“, wenn er mindestens 90 vom Hundert,
 - 1,7 = „gut“, wenn er mindestens 85 vom Hundert
 - 2,0 = „gut“, wenn er mindestens 80 vom Hundert,
 - 2,3 = „gut“, wenn er mindestens 75 vom Hundert,
 - 2,7 = „befriedigend“, wenn er mindestens 70 vom Hundert,
 - 3,0 = „befriedigend“, wenn er mindestens 65 vom Hundert,
 - 3,3 = „befriedigend“, wenn er mindestens 60, vom Hundert,
 - 3,7 = „ausreichend“, wenn er mindestens 55 vom Hundert, und
 - 4,0 = „ausreichend“ (4,0), wenn er die Mindestzahl
- der zu vergebenden Punkte erreicht hat. ²Hat der Prüfling die für das Bestehen der Prüfung erforderliche Mindestzahl an Punkten nicht erreicht, lautet die Note „nicht bestanden“.

§ 18 Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) ¹Beim Versuch, das Ergebnis einer Prüfungs- oder Studienleistung durch Täuschung zu beeinflussen, wird die betreffende Leistung mit "nicht bestanden" bewertet. ²Das Mitführen nicht zugelassener Hilfsmittel nach Beginn der Leistung ist stets ein Täuschungsversuch. ³Als nicht zugelassene Hilfsmittel gelten auch elektronische Kommunikationsgeräte. ⁴In besonders schwerwiegenden Fällen – insbesondere bei einem wiederholten Verstoß nach Satz 2 oder einem Plagiat – kann das nach § 3 zuständige Organ den Prüfling von der Erbringung weiterer Prüfungs- und Studienleistungen ausschließen oder die gesamte Prüfung als endgültig nicht bestanden erklären. ⁵Satz 4 gilt auch bei Verstößen in anderen Studiengängen der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität.
- (2) ¹Wer sich eines Ordnungsverstoßes schuldig macht, kann von der Fortsetzung der betreffenden Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht bestanden" bewertet. ²§ 14 bleibt unberührt, soweit es sich nicht um einen Fall des § 18 Absatz 1 Satz 4 handelt.

§ 19 Leistungspunkte für Module

- (1) ¹Die in den Anlagen 1.A-S aufgeführten Leistungspunkte für ein Modul werden vergeben, wenn die zugehörigen Studienleistungen erbracht und die geforderten Prüfungsleistungen bestanden oder mit „ausreichend“ oder besser benotet wurden. ²Für Module, die nach den Anlagen 1.A-S in Form von modulübergreifenden Prüfungen abgeprüft werden (Modulgruppe), werden Leistungspunkte erst nach Bestehen der modulübergreifenden Prüfung vergeben.
- (2) ¹Ein Modul ist nach Erwerb aller in den Anlagen 1.A-S genannten Leistungspunkte bestanden. ²Die Modulnote oder die Modulgruppennote wird entsprechend § 20 Absatz 3 aus den Noten der im Rahmen des Moduls oder der Modulgruppe bestandenen benoteten Prüfungsleistungen gebildet. ³Eine Modulgruppe ist bestanden, wenn alle zur Prüfung gehörenden Module und die modulübergreifende Prüfung bestanden worden sind.

- (3) ¹Innerhalb der gewählten beruflichen Fachrichtung, des gewählten Unterrichtsfaches bzw. der gewählten Anteile des Professionalisierungsbereiches können in Bereichen jenseits der Pflichtmodule nach Anlage 1.A-S.1 jeweils mehr Module gewählt und abgelegt werden als zur Erlangung der notwendigen Leistungspunkte notwendig sind. ²Die Berechnung der Gesamtnote regeln § 20 Absatz 1 bis Absatz 3. ³Sind die für die Gesamtpflichtprüfung erforderlichen Leistungspunkte erreicht und ist die erforderliche Anzahl an Wahlpflichtmodulen oder Wahlmodulen bestanden, kann das Prüfungsverfahren in den übrigen begonnenen und noch nicht bestandenen Wahlpflichtmodulen oder Wahlmodulen auf Antrag abgebrochen werden.
- (4) Die berufliche Fachrichtung beziehungsweise das Unterrichtsfach oder der Professionalisierungsbereich ist bestanden, wenn alle der beruflichen Fachrichtung, dem Unterrichtsfach oder dem Professionalisierungsbereich nach Anlage 1.A-S zugeordneten erforderlichen Module bestanden wurden.

§ 20 Gesamtnotenbildung

- (1) ¹Zur Berechnung der Gesamtnote nach Absatz 3 werden die bestandenen und benoteten Pflichtmodule sowie die bestandenen und benoteten Wahlpflicht- und Wahlmodule mit den besten Bewertungen herangezogen, soweit die Studierende oder der Studierende nichts anderes beantragt hat. ²Die übrigen bestandenen Wahlpflicht- und Wahlmodule werden als Zusatzprüfungen gemäß § 9 behandelt.
- (2) ¹Zur Berechnung der Gesamtnote nach Absatz 3 dürfen nur die Noten der Module berücksichtigt werden, die für das Erreichen der Leistungspunkte nach § 4 erforderlich sind. ²Soweit sich durch die Wahl des letzten Moduls, das zum Erreichen der nach § 4 erforderlichen Leistungspunkte notwendig ist, eine geringfügige Überschreitung dieser Punktezahl ergibt, werden die Module bei der Berechnung der Gesamtnote entsprechend Absatz 3 einbezogen.
- (3) ¹Die Gesamtnote der Bachelorprüfung errechnet sich als arithmetisches Mittel der Gesamtnoten der beruflichen Fachrichtung sowie des Unterrichtsfaches, der Note des Moduls Bachelorarbeit und der Gesamtnote des Professionalisierungsbereiches. ²Dabei werden die nach den Anlagen aufgeführten Leistungspunkte als Gewichte verwendet. ³Die Gesamtnote der beruflichen Fachrichtung, des Unterrichtsfaches und des Professionalisierungsbereiches wird entsprechend aus allen der beruflichen Fachrichtung, dem Unterrichtsfach beziehungsweise dem Professionalisierungsbereich zugeordneten Einzelnoten der Module gebildet. ⁴Die Gesamtnote lautet
- bei einem Durchschnitt bis 1,5: „sehr gut“,
 - bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5: „gut“,
 - bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5: „befriedigend“,
 - bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0: „ausreichend“,
 - bei einem Durchschnitt über 4,0: „nicht bestanden“.
- ⁵Bei der Bildung der Gesamtnote nach Satz 4 wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.
- (4) Lautet die Gesamtnote mindestens 1,3 oder besser, so wird das Prädikat „mit Auszeichnung“ verliehen und auf den Dokumenten gemäß § 21 vermerkt.
- (5) ¹Die Modulnote wird – sofern die Anlagen 1.1 – 1.4 keine abweichende Regelung vorsehen – als arithmetisches Mittel aus allen zum Modul gehörenden benoteten Prüfungsleistungen gebildet. ²Dabei werden die in den Anlagen ausgewiesenen besonderen Gewichte oder anteiligen Leistungspunkte gewichtend verwendet. ³Ist in Modulen mit mehreren benoteten Prüfungsleistungen kein gesondertes Gewicht ausgewiesen oder eine Aufteilung der Leistungspunkte anteilig auf die Prüfungsleistungen nicht erfolgt, werden die Prüfungsleistungen bei der Bildung der Modulnote gleichgewichtet berücksichtigt. ⁴Entsprechend Absatz 3 Satz 4 wird bei der Modulnote nur die erste Stelle hinter dem Komma berücksichtigt. ⁵Alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

§ 21 Zeugnisse und Bescheinigungen

- (1) ¹Über die bestandene Bachelorprüfung wird eine Urkunde über den verliehenen akademischen Grad sowie ein Zeugnis mit Einzelnachweisen ausgestellt. ²Ferner erhalten die Studierenden ein Diploma Supplement und eine Bescheinigung über die relative ECTS-Notenverteilung (Einstufungstabelle) sowie auf Antrag an das Prüfungsamt eine Bescheinigung über die Gesamtnote des Studiums als Grade Point Average (GPA).

- (2) ¹Das Zeugnis gibt die gewählte berufliche Fachrichtung und deren Note, das gewählte Unterrichtsfach und dessen Note sowie den Professionalisierungsbereich und dessen Note, den Titel der Bachelorarbeit und deren Note sowie die erworbenen Leistungspunkte und die Gesamtnote der Prüfung sowie gegebenenfalls das Prädikat „mit Auszeichnung“ (§ 20 Absatz 4) an. ²Dem Zeugnis wird ein Verzeichnis der bestandenen Module (einschließlich des Moduls „Bachelorarbeit“) beigelegt, das die zugeordneten Lehrveranstaltungen und Leistungspunkte sowie die Benotung oder Bewertung der Prüfungsleistungen ausweist. ³Alle Noten werden als Dezimalzahl ausgewiesen. ⁴Als Tag des Bestehens der Bachelorprüfung wird auf allen Dokumenten der Tag angegeben, an dem das letzte nach § 20 Absatz 1 für die Berechnung der Gesamtnote relevante Modul erbracht worden ist. ⁵Das Ausstellungsdatum für alle Abschlussdokumente ist das Tagesdatum des Drucks.
- (3) ¹Das Diploma Supplement enthält eine Beschreibung der durch den Studiengang erworbenen Qualifikationen sowie die gemäß § 20 Absatz 3 ermittelte Gesamtnote. ²Absatz 2 Satz 3 bis Satz 5 gelten entsprechend.
- (4) ¹Die Bescheinigung über die relative ECTS-Notenverteilung wird in Form einer Einstufungstabelle ausgestellt. ²Die Ermittlung basiert auf dem ECTS Users' Guide der Europäischen Kommission in der jeweils geltenden Fassung. ³Das nach § 3 zuständige Organ legt dazu innerhalb der Rahmenvorgaben des Präsidiums die Parameter für die Kohortenbildung fest und stellt sie dem Prüfungsamt zur Verfügung.
- (5) ¹Die Bescheinigung über die Gesamtnote des Studiums als Grade Point Average (GPA) weist die im Zeugnis nach Absatz 2 angegebenen Prüfungsleistungen zusätzlich in folgenden GPA-Notenwertäquivalenten aus:
- | Note | | Notenwertäquivalente |
|------|---|----------------------|
| 1,0 | = | 4,0 |
| 1,3 | = | 3,7 |
| 1,7 | = | 3,3 |
| 2,0 | = | 3,0 |
| 2,3 | = | 2,7 |
| 2,7 | = | 2,3 |
| 3,0 | = | 2,0 |
| 3,3 | = | 1,7 |
| 3,7 | = | 1,3 |
| 4,0 | = | 1,0 |
- ²Aus den Notenwertäquivalenten dieser Prüfungsleistungen werden gemäß § 19 Absatz 2 Satz 2 Notenwertäquivalente für die Modulnoten gebildet. ³Anhand der Notenwertäquivalente dieser Module wird der GPA gemäß § 20 Absatz 1 bis Absatz 3 als Durchschnitt der Notenwertäquivalente ermittelt. ⁴Bei der Bildung der Gesamtnote nach § 20 Absatz 3 Satz 4 wird auf die erste Dezimalstelle hinter dem Komma aufgerundet.
- (6) ¹Im Fall des § 8 Absatz 2 sowie bei anderweitigem Ausscheiden aus dem betreffenden Studiengang an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover wird auf Antrag eine Bescheinigung ausgestellt, welche die bestandenen Prüfungsleistungen und Module, deren Bewertungen und die dafür vergebenen Leistungspunkte aufführt. ²Alle Noten werden als Dezimalzahl ausgewiesen. ³Die Bescheinigung weist gegebenenfalls darauf hin, dass die Prüfung endgültig nicht bestanden ist.
- (7) ¹Alle Zeugnisse, Urkunden und Bescheinigungen nach Absatz 1 werden in deutscher Sprache ausgestellt. ²Zusätzlich werden vom Prüfungsamt Übersetzungen in englischer Sprache ausgegeben.

§ 22 Einsicht in die Prüfungsakten

¹Nach Abschluss einer Modulprüfung wird den Studierenden auf Antrag an das Prüfungsamt Einsicht in die vollständigen Prüfungsakten gewährt. ²Der Antrag ist spätestens binnen eines Jahres nach Bekanntgabe der Bewertung oder Aushändigung des Zeugnisses zu stellen.

§ 23 Verfahrensvorschriften

- (1) Belastende Verwaltungsakte sind schriftlich zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und der Betroffenen oder dem Betroffenen zuzustellen.
- (2) ¹Gegen Entscheidungen, denen die Bewertung einer Prüfungsleistung zu Grunde liegt, kann die oder der Betroffene binnen eines Monats nach Zustellung des Bescheids schriftlich bei dem nach § 3 zuständigen Organ Widerspruch erheben. ²Über den Widerspruch entscheidet das nach § 3 zuständige Organ.

- (3) ¹Bringt der Prüfling in seinem Widerspruch konkret und substantiiert Einwendungen gegen Bewertungen einer oder eines Prüfenden vor, leitet das nach § 3 zuständige Organ den Widerspruch der oder dem Prüfenden oder – im Falle der Bestellung von Erst- und Zweitprüfenden – beiden Prüfenden zur Stellungnahme zu. ²Ändert die oder der Prüfende oder ändern die Prüfenden die Bewertung antragsgemäß, so hilft das nach § 3 zuständige Organ dem Widerspruch ab. ³Anderenfalls überprüft das nach § 3 zuständige Organ unter Berücksichtigung der Stellungnahme oder der Stellungnahmen die Bewertung insbesondere darauf, ob
1. das Prüfungsverfahren ordnungsgemäß durchgeführt worden ist,
 2. bei der Bewertung von einem falschen Sachverhalt ausgegangen worden ist,
 3. allgemein gültige Bewertungsgrundsätze nicht beachtet worden sind,
 4. eine vertretbare und mit gewichtigen Argumenten folgerichtig begründete Lösung als falsch bewertet worden ist, oder ob
 5. sich die oder der Prüfende von sachfremden Erwägungen hat leiten lassen.
- (4) Über den Widerspruch ist binnen drei Monaten zu entscheiden.
- (5) Das Widerspruchsverfahren darf nicht zur Verschlechterung der Prüfungsnote führen.

Vierter Teil: Schlussvorschriften

§ 24 Inkrafttreten und Übergangsbestimmung

- (1) Diese Änderung der Prüfungsordnung vom 16.09.2016, in der Fassung der letzten Änderung vom 13.08.2019, tritt nach Genehmigung durch das Präsidium und nach ihrer Veröffentlichung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover zum 01.10.2020 in Kraft.
- (2) Studierende, die sich an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover in den Bachelorstudiengang Technical Education eingeschrieben haben, unterliegen ab Inkrafttreten den Regelungen dieser Prüfungsordnung.
- (3) ¹Studierende, die vor dem 01.10.2019 ihr Studium im Bachelorstudiengang Technical Education aufgenommen haben, können die in Anlage 1.A.2 genannte Lehrveranstaltung „Digitale Lernlandschaften - Inklusive Bildung“ absolvieren. Gleiches gilt für die Einschränkung der Wahl der Themenfelder des Moduls Schlüsselkompetenzen in Anlage 1.A.2. ²Für Studierende, die ab dem 01.10.2019 ihr Studium im Bachelorstudiengang Technical Education aufgenommen haben, ist die Lehrveranstaltung „Digitale Lernlandschaften - Inklusive Bildung“ verpflichtend. Gleiches gilt für die Einschränkung der Wahl der Themenfelder des Moduls Schlüsselkompetenzen in Anlage 1.A.2.
- (4) ¹Der Teilstudiengang „Sozial-/Sonderpädagogik in der beruflichen Bildung“ wurde zum 01.10.2019 geschlossen. ²Die fachspezifische Anlage des Teilstudiengangs „Sozial-/Sonderpädagogik in der beruflichen Bildung“ tritt zum 30.09.2023 außer Kraft. ³Danach können Prüfungen in diesem Teilstudiengang nicht mehr abgenommen werden. ⁴Bachelorarbeiten müssen in diesem Teilstudiengang spätestens bis zum 31.05.2023 angemeldet werden.

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Module des Bachelorstudiengangs Technical Education

- 1.A Professionalisierungsbereich (Allgemeiner Teil und Lehramtsbezogener Teil)
- 1.A.1 Berufs- und Wirtschaftspädagogik
- 1.A.2 Schlüsselkompetenzen
- 1.B Berufliche Fachrichtung Bautechnik
- 1.C Berufliche Fachrichtung Elektrotechnik
- 1.D Berufliche Fachrichtung Farbtechnik und Raumgestaltung
- 1.E Berufliche Fachrichtung Holztechnik
- 1.F Berufliche Fachrichtung Lebensmittelwissenschaft
- 1.G Berufliche Fachrichtung Metalltechnik
- 1.H Unterrichtsfach Chemie
- 1.I Unterrichtsfach Deutsch
- 1.J Unterrichtsfach Englisch
- 1.K Unterrichtsfach Evangelische Religion
- 1.L Unterrichtsfach Informatik
- 1.M Unterrichtsfach Katholische Religion
- 1.N Unterrichtsfach Mathematik
- 1.O Unterrichtsfach Physik
- 1.P Unterrichtsfach Politik
- 1.Q Unterrichtsfach Sozial-/Sonderpädagogik in der beruflichen Bildung
- 1.R Unterrichtsfach Spanisch
- 1.S Unterrichtsfach Sport

Die Anlagen 1.A-S. gliedern sich jeweils in

- 1. A-S.1 Pflichtmodule
- 1. A-S.2 Wahlpflichtmodule
- 1. A-S.3 Wahlmodule
- 1. A-S.4 Bachelorarbeit

Anlage 2: Prüfungsformen

- 2.1 Definitionen
- 2.2 Glossar

Anlage 3: Ergänzende Regelungen

- 3.1 Melde- und Prüfungszeiträume
- 3.2 Fristen zur Bewertung von Prüfungsleistungen
- 3.3 Anmeldung von Prüfungsformen im ersten Meldezeitraum
- entfällt –

Anlage 1: Module des Bachelorstudiengangs Technical Education

Die Abkürzungen „uK“ oder „uKA“ stehen für unbenotete Klausuren mit oder ohne Antwortwahlverfahren.

Die Ziffer hinter der Abkürzung der Prüfungsleistung gibt den Umfang beziehungsweise die Dauer der Prüfungsleistung an (zum Beispiel HA 20 den Seitenumfang einer Hausarbeit, ES 5000 die Wortanzahl eines Essays oder K 60 die Dauer einer Klausur in Minuten).

1.A Professionalisierungsbereich

Anlage 1.A.1: Berufs- und Wirtschaftspädagogik

Anlage 1.A.1.1: Pflichtmodule Berufs- und Wirtschaftspädagogik

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Einführung in die Arbeits-, Berufs- und Wirtschaftspädagogik	Einführung in die Berufs- und Wirtschaftspädagogik	Ab 3.	-	1	K 90	4
	Einführung in die Arbeits- und Betriebspädagogik	Ab 4.	-	1		
Grundlagen beruflichen Lehrens und Lernens	Didaktik beruflichen Lernens I	Ab 2.	-	1	MP 20	11
	Theorien des Lehrens und Lernens	Ab 2.	-	1		
	Didaktik beruflichen Lernens II	Ab 3.	-	1		
	Schul- oder betriebspraktische Studien	Ab 3.	Didaktik beruflichen Lernens I	AA		
Summe						15

Anlage 1.A.1.2: Wahlpflichtmodule Berufs- und Wirtschaftspädagogik

-entfällt-

Anlage 1.A.1.3: Wahlmodule Berufs- und Wirtschaftspädagogik

-entfällt-

Anlage 1.A.1.4: Modul „Bachelorarbeit“

-entfällt-

Anlage 1.A.2: Schlüsselkompetenzen

Es sind Studienleistungen aus mindestens zwei Bereichen zu erbringen.

Die Lehrveranstaltung "Digitale Lernlandschaften - Inklusive Bildung" ist von allen Studierenden verpflichtend zu absolvieren.

Weitere Lehrveranstaltungen im Umfang von 2 Leistungspunkten sind im Bereich C verpflichtend aus den Themenfeldern "Medienkompetenz" oder "Diversität und Inklusion" oder "Deutsch als Fremdsprache/ Deutsch als Zweitsprache" oder "Digitalisierung" zu erbringen.

Der Bereich B kann optional gewählt werden.

Weitere Regelungen sind den Übergangsvorschriften des allgemeinen Teils zu entnehmen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte	
Schlüsselkompetenzen	Bereich A: Grundlagen des wissenschaftlichen Arbeitens • Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten • Forschungsmethoden • Digitale Lernlandschaften - "Inklusive Bildung"	Ab 1.	-	1 Studienleistung pro gewählter Lehrveranstaltung		2-8	10
	Bereich B: Grundlagen der modernen Kommunikation und ihrer Technik • EDV • Rhetorik • Sprachen	Ab 1.	-	1 Studienleistung pro gewählter Lehrveranstaltung		2-6	
	Bereich C: Allgemeine Kompetenzen zur Förderung der Berufsbefähigung • Medienkompetenz • Digitalisierung • Deutsch als Zweitsprache/ Deutsch als Fremdsprache • Inklusion und Diversität • Darstellungskompetenz • Projekt-, Zeit-, Selbstmanagement	Ab 1.	-	1 Studienleistung pro gewählter Lehrveranstaltung		2-8	

1.B Bautechnik

Anlage 1.B.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	LP	
Grundlagen Fachdidaktik 1	Vorlesung/Übung	1	-	keine	HA	5	
Chemische Grundlagen der Bauarbeit	Chemische Grundlagen der Bauarbeit 1	1	-	1	K 90	10	
	Chemische Grundlagen der Bauarbeit 2	2	-	1	K 90		
Baustoffkunde	Baustoffkunde 1	1	-	keine	K 120 oder KA 120	10	
	Baustoffkunde 2	2	-	keine	K 120 oder KA 120		
Physikalische Grundlagen der Bauarbeit	Mathematik, Mechanik	1	-	2	K 120	5	7
	E-Technik	2	-	keine	K 90	2	
Bauphysik	Bauphysik 1	2	-	keine	K 60	3	6
	Bauphysik 2	3	-	keine	K 60	2	
	EnEV-Nachweis	3	-	keine	Ü	1	
Entwurf und Baukonstruktion	Massivbau	2	-	1	ZP	12	
	Holzbau	3	-	1	ZP		
Tragsysteme	Vorlesung/Übung	3	-	2	K 120	4	
Methoden der Darstellung	Technische Darstellung für Technical Education	2 oder 4	-	1	ZP	6	
	Digitale Methoden für Technical Education	2 oder 4	-	keine	ZP		
Grundlagen Fachdidaktik 2	Seminar/Übung	4 oder 5	-	1	K 135, LÜ	8	
Fertigungs-technik Bau 1	Vorlesung	5	-	keine	PR 60, MP 30	7	
Vertiefung Fachdidaktik	Vorlesung/Übung	5 oder 6	-	3	MP 30	8	
Summe						83	

Anlage 1.B.2: Wahlpflichtmodule

Aus dem Wahlpflichtangebot ist ein Modul mit **3** LP und ein Modul mit **6** LP zu wählen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	LP
Architekturgeschichte	Vorlesung	3	-	1	K 90 oder KA 90	3
Stadtbaugeschichte	Vorlesung	4	-	1	K 90 oder KA 90	3
Tragkonstruktionen	Vorlesung/Übung	4	-	2	K 120	6
Gebäudetechnik	Vorlesung/Übung Gebäudetechnik 1	3 oder 5	-	keine	ZP	6
Summe						9

Anlage 1.B.3:

- entfällt -

Anlage 1.B.4: Modul „Bachelorarbeit“

Modul	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	LP
Bachelorarbeit	5 oder 6	mind. 110 LP sowie ggf. weitere Voraussetzungen entsprechend Anlage 1.H-S.4 des gewählten Unterrichtsfaches	SM	BA	15

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung und eine Studienleistung.

1.C Elektrotechnik**Anlage 1.C.1: Pflichtmodule**

Die Zuordnung einzelner Lehrveranstaltungen zu den Modulen regelt der Kompetenzbereiche- und Modulkatalog (KuMoK) und das Vorlesungsverzeichnis für die Studiengänge in den Bereichen Elektrotechnik und Informationstechnik. Den Modulbeschreibungen sind Details über Qualifikationsziele, Lehrinhalte, -formen etc. der Module zu entnehmen.

Die Klausurdauer beträgt in der Regel 25 Minuten pro Leistungspunkt. Die Dauer der mündlichen Prüfung soll in der Regel 10 Minuten pro Leistungspunkt nicht überschreiten. Näheres regelt der Kurs- und Modulkatalog.

Die Art der Studienleistungen wird, wenn nicht anders vermerkt, durch den Modulkatalog für die berufliche Fachrichtung „Elektrotechnik“ geregelt.

Modul	Lehrveranstaltung	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Einführung in die berufliche Fachrichtung	Mathematische Methoden der Elektrotechnik	1	-	1	-	4
	Einführung in das wissenschaftliche und fach-didaktische Studium	1	-	1	-	
Mathematik I	Mathematik für LbS I	1	-	1	-	8
Mathematik II	Mathematik für LbS II	2	-	1	-	8
Grundlagen der Elektrotechnik	Elektrotechnische Grundlagen für LbS I	1	-		K oder MP	8
	Elektrotechnische Grundlagen für LbS II	2	-	1	-	
Naturwissenschaftliche Grundlagen	Materialwissenschaften	2	-	1	-	7
	Physik	2	-	1	-	
Grundlagen der Digitaltechnik	Grundlagen digitaler Systeme	3	-		K oder MP	5
Informations- und Systemtechnik I	Signale und Systeme	3	-	1		5
Informations- und Systemtechnik II	Einführung in das Programmieren für Lehramt	3	-	-	MP oder K	7
	Informationstechnisches Projekt	4	-	1	-	
Elektrotechnische Grundlagen-labore	Labor: Grundlagen der Elektrotechnik I	2	-	1	-	4
	Labor: Grundlagen der Elektrotechnik II	3	-	1	-	

Modul	Lehrveranstaltung	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Elektrotechnische Projekte	Technisches Projekt	3	-	1	-	5
	Projekt mit Unterrichtsbezug I	3	-	1	-	
	Projekt mit Unterrichtsbezug II	4	-	1	-	
Fachdidaktische Forschung	Gesellschaftliche Aspekte der Digitalisierung	4	-	1	-	5
	Geschichte der Elektrotechnik	5	-	1	-	
Fachdidaktische Grundlagen I	Fachdidaktische Grundlagen	3	-	-	MP oder K	5
	Vertiefende Aspekte der Didaktik der Technik	4	-	1		
Fachdidaktische Grundlagen II	Gestaltung und Auswertung fachdidaktischer Lehr/Lernarrangements	5	Fachdidaktische Grundlagen I	1	MP	6
	Fachdidaktisches Basisprojekt inkl. Fachpraktikum	6	-	1		
Summe						77

Anlage 1.C.2: Wahlpflichtmodule

In dem folgenden Modul müssen alle Lehrveranstaltungen belegt werden. Dabei muss in einer Vertiefungsrichtung (Energietechnik (E), Automatisierungstechnik (A), Mikroelektronik (M)) eine Prüfungsleistung erbracht werden. In den restlichen beiden Lehrveranstaltungen muss jeweils eine Studienleistung erbracht werden.

Modul	Lehrveranstaltung	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Orientierungsmodul	Grundlagen der Elektromagnetischen Energiewandlung (E)	6	-	2	K oder MP	15
	Industrielle Steuerungstechnik und Echtzeitsysteme (A)	5	-			
	Digitalschaltungen der Elektronik (M)	5	-			
Summe						15

Anlage 1.C.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.C.4: Modul „Bachelorarbeit“

Modul	Lehr- veranstaltung	Se- mester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studien- leistung	Prüfungs- leistung	Leistungs- punkte
Ba- chelor- arbeit	-	6	mindestens 110 LP sowie gegebenen- falls weitere Voraussetzungen ent- sprechend Anlage 1.H-S.4 des ge- wählten Unterrichtsfaches	-	BA	15
Summe						15

Das Modul „Bachelorarbeit“ enthält eine Prüfungsleistung.

1.D Farbtechnik und Raumgestaltung

Anlage 1.D.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	LP
Grundlagen Fachdidaktik 1	Vorlesung/Übung	1	-	keine	HA	5
Tragsysteme und Baustoffe	Baustoffe	1	-	keine	K 120 oder KA 120	2
	Tragsysteme	1	-	2	K 120	4
Chemische Grundlagen der Bauarbeit	Chemische Grundlagen der Bauarbeit 1	1	-	1	K 90	10
	Chemische Grundlagen der Bauarbeit 2	2	-	1	K 90	
Physikalische Grundlagen der Bauarbeit	Mathematik, Mechanik	1	-	2	K 120	5
	E-Technik	2	-	keine	K 90	2
Bauphysik	Bauphysik 1	2	-	keine	K 60	3
	Bauphysik 2	3	-	keine	K 60	3
Künstlerisches Gestalten für Technical Education	Seminar/Übung	2 oder 3	-	1	ZP	6
Methoden der Darstellung	Technische Darstellung für Technical Education	2 oder 4	-	1	ZP	6
	Digitale Methoden für Technical Education	2 oder 4	-	keine	ZP	
Werkstoffkunde Farbtechnik	Werkstoffkunde Farbtechnik 1	3	-	1	MP 45	10
	Werkstoffkunde Farbtechnik 2	4	-	1	PR (33%), K 90 (67%)	
Grundlagen der Werbung und Fotografie	Grundlagen der Werbegestaltung	4	-	2	K 90	6
	Fotografie	4	-	1		
Grundlagen Fachdidaktik 2	Seminar/Übung	4 oder 5	-	1	K 135, LÜ	8
Beschichtungs- und Belegetechnik 1	Vorlesung/Übung	5	-	1	3 K 45	6
Gestaltungstechnik 1	Vorlesung/Übung	5	-	1	MP 20 (33%), K 90 (67%)	5
Vertiefung Fachdidaktik	Vorlesung/Übung	5 oder 6	-	3	MP 30	8
Summe						89

Anlage 1.D.2: Wahlpflichtmodule

Aus dem Wahlpflichtbereich ist ein Modul im Umfang von **3** Leistungspunkten zu erbringen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	LP
Architekturgeschichte	Vorlesung	3	-	1	K 90 oder KA 90	3
Stadtbaugeschichte	Vorlesung	4	-	1	K 90 oder KA 90	3
Summe						3

Anlage 1.D.3:

- entfällt -

Anlage 1.D.4: Modul „Bachelorarbeit“

Modul	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	LP
Bachelorarbeit	5 oder 6	mind. 110 LP sowie ggf. weitere Voraussetzungen entsprechend Anlage 1.H-S.4 des gewählten Unterrichtsfaches	SM	BA	15

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung und eine Studienleistung.

1.E Holztechnik**Anlage 1.E.1: Pflichtmodule**

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	LP	
Grundlagen Fachdidaktik 1	Vorlesung/Übung	1	-	keine	HA	5	
Tragsysteme und Baustoffe	Baustoffe	1	-	keine	K 120 oder KA 120	2	6
	Tragsysteme	1	-	2	K 120	4	
Chemische Grundlagen der Bauarbeit	Chemische Grundlagen 1	1	-	1	K 90	10	
	Chemische Grundlagen 2	2	-	1	K 90		
Physikalische Grundlagen der Bauarbeit	Mathematik, Mechanik	1	-	2	K 120	5	7
	E-Technik	2	-	keine	K 90	2	
Bauphysik	Bauphysik 1	2	-	keine	K 60	3	6
	Bauphysik 2	3	-	keine	K 60	3	
Künstlerisches Gestalten für Technical Education	Seminar/Übung	2 oder 3	-	1	ZP	6	
Methoden der Darstellung	Technische Darstellung für Technical Education	2 oder 4	-	1	ZP	6	
	Digitale Methoden für Technical Education	2 oder 4	-	keine	ZP		
Werkstoffkunde Holz	Werkstoffkunde Holz 1	3	-	keine	K 30 (33%), K 60 (67%)	6	11
	Werkstoffkunde Holz 2	4	-	keine	K 90 oder MP 15	5	
Mikrotechnische Untersuchungen	Vorlesung / Laborübungen	4	-	1	MP 15	6	
Grundlagen Fachdidaktik 2	Seminar/Übung	4 oder 5	-	1	K 135, LÜ	8	
Fertigungstechnik Holz 1	Vorlesung/Übung	5	-	1	MP 15	5	
Vertiefung Fachdidaktik	Vorlesung/Übung	5 oder 6	-	3	MP 30	8	
Fertigungs-technik Holz 2	Vorlesung/Übung	6	-	2	DO	5	
Summe						89	

Anlage 1.E.2: Wahlpflichtmodule

Aus dem Wahlpflichtbereich ist ein Modul im Umfang von **3** Leistungspunkten zu erbringen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	LP
Architekturgeschichte	Vorlesung	3	-	1	K 90 oder KA 90	3
Stadtbaugeschichte	Vorlesung	4	-	1	K 90 oder KA 90	3
Summe						3

Anlage 1.E.3:

- entfällt -

Anlage 1.E.4: Modul „Bachelorarbeit“

Modul	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	LP
Bachelorarbeit	5 oder 6	mind. 110 LP sowie ggf. weitere Voraussetzungen entsprechend Anlage 1.H-S.4 des gewählten Unterrichtsfaches	SM	BA	15

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung und eine Studienleistung.

1.F Lebensmittelwissenschaft**Anlage 1.F.1: Pflichtmodule**

Modul	Lehrveranstaltung	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Mathematik und Physik	A) Mathematik (V) B) Physik (V)	ab 1. / einsemestrig			K 90	6
Ökonomische und rechtliche Grundlagen der Betriebsführung für Lebensmittelwissenschaft	A) Rechtliche Grundlagen der Betriebsführung für LMW (V) B) Einführung in die Betriebswirtschaftslehre für LMW (V)	ab 1. / einsemestrig			K 90	6
Chemie für Lebensmittelwissenschaft	A) Allgemeine und bioanorganische Chemie (V)	ab 1. / zweisemestrig			K 60 zu A)	6
	B) Grundlagen der organischen Chemie (V)				K 60 zu B)	
Einführung in die Didaktik des Berufsfeldes Ernährung	A) Formen und Institutionen beruflicher Aus- und Weiterbildung im Berufsfeld (S) B) Aspekte zielgruppengerechter Vermittlung von Inhalten (S)	ab 2. / einsemestrig		PR	HA	6
Lebensmittelrecht und Verbraucherrecht	A) Vorlesung zum Lebensmittel und Verbraucherrecht (V) B) Übungen zum Lebensmittel und Verbraucherrecht (Ü)	ab 2. / einsemestrig		HA zu B)	K 60 oder KA 60	5
Lebensmittelmikrobiologie und Lebensmittelhygiene	A) Lebensmittelmikrobiologie (V)	ab 2. / zweisemestrig			K 60 zu A)	6
	B) Lebensmittelhygiene (V)				K 60 zu B)	
Anatomie, Humanbiologie und Biochemie für Lebensmittelwissenschaft	A) Anatomie, Physiologie und Humanbiologie (V)	ab 3. / einsemestrig	eine bestandene Prüfungsleistung aus dem Modul Chemie für Lebensmittelwissenschaft		K 60 zu A)	8
	B) Funktionelle Biochemie (V)				K 60 zu B)	
Lebensmittelchemie	A) Lebensmittelchemie 1 (V) B) Lebensmittelchemie 2 (V) C) Lebensmittelchemisches Praktikum (P)	ab 3. / zweisemestrig		AA zu C)	K 120	8
Lebensmitteltechnologie und Lebensmittelsensorik	A) Lebensmitteltechnologie (V)	ab 3. / zweisemestrig			K 60 zu A)	9
	B) Lebensmittelsensorik (V+S)				K 60 zu B)	
Rohstoffkunde und Warenkunde pflanzlicher und vom Tier stammender Lebensmittel	A) Pflanzliche Lebensmittel (V)	ab 5. / einsemestrig			K 60 zu A)	7
	B) Vom Tier stammende Lebensmittel (V)				K 60 zu B)	
	A) Ernährungsphysiologie (V)				K 60 zu A)	7

Modul	Lehrveranstaltung	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Ernährungsphysiologie und Humanernährung	B) Angewandte Humanernährung (S)	ab 5. / einsemestrig			R zu B)	
Marketing für Lebensmittelwissenschaft	A) Grundlagen des Marketings (V) B) Übungen zum Marketing (Ü)	ab 6. / einsemestrig			PR oder PR/AA	6
Summe						80

Anlage 1.F.2: Wahlpflichtmodule

Es sind zwei Module zu wählen.

Modul	Lehrveranstaltung	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Sensorische Prüfverfahren spezieller Lebensmittelgruppen	A) Seminar (S) B) Experimentelle Übung (Ü)	ab 3. / einsemestrig			PR und LÜ	6
Spezielle Aspekte der Lebensmittelqualität – Funktionelle Lebensmittelinhaltsstoffe	A) Seminar (S) B) Experimentelle Übung (Ü)	ab 3. / einsemestrig			R	6
Methoden der experimentellen Ernährungsforschung	A) Seminar (S) B) Experimentelle Übung (Ü)	ab 3. / einsemestrig			LÜ	6
Methoden der experimentellen Lebensmittelmikrobiologie und Lebensmittelhygiene	A) Seminar (S) B) Experimentelle Übung (Ü)	ab 3. / einsemestrig			K 60	6
Angewandte Didaktik des Ernährungsgewerbes	A) Seminar (S) B) Experimentelle Übung (Ü)	ab 3. / einsemestrig			AA	6
Summe						12

Anlage 1.F.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.F.4: Modul „Bachelorarbeit“

Modul	Lehrveranstaltung	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit	Bachelorarbeit / Präsentation Methodologische Betreuung (S)	ab 6.	Mind. 110 LP		BA und PR	15

Das Modul Bachelorarbeit enthält zwei Prüfungsleistungen.

1.G Metalltechnik

Anlage 1.G.1: Pflichtmodule

Modul		Lehrveranstaltung	Sem.	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	SL	PL	LP
TEM1	Mathematik I	Mathematik I inkl. Übung	1		ZP		8
TEM2	Mathematik II	Mathematik II inkl. Übung	2		ZP		8
TEM3	Mechanik I	Technische Mechanik 1 inkl. Übung	1		Ü/K		5
TEM4	Mechanik II	Technische Mechanik 2 inkl. Übung	2		Ü/K		5
TEM5	Werkstoffkunde I	Werkstoffkunde I	1			K	5
TEM6	Werkstoffkunde II	Werkstoffkunde II	2			K	5
		Grundlagenlabor Werkstoffkunde	2		Ü		
TEM7	Grundlagen der Elektrotechnik	Grundlagen der Elektrotechnik I	1			K oder KA	5
		Elektrotechnisches Labor	1		Ü		
TEM8	Thermodynamik	Thermodynamik im Überblick	3			K	5
		Praktikum zur Thermodynamik im Überblick	3				
TEM9	Produktentwicklung	Grundzüge der Konstruktionslehre	3		K	K	10
		Angewandte Methoden der Konstruktionslehre	4				
		Konstruktives Projekt			Testat / HA		
TEM11	Arbeitswissenschaft	Arbeitswissenschaft	5			K	5
TEM12	Produktionstechnik I	Handhabungs- und Montagetechnik	5			K	5
TEM13	Produktionstechnik II	Werkzeugmaschinen	5			K	5
BFM1	Einführung in das Studium der beruflichen Fachrichtung Metalltechnik	Tutorium zur Didaktik der beruflichen Fachrichtung Metalltechnik	1		HA	MP	6
		Methoden wissenschaftlichen Arbeitens	1		HA		
		Exkursion zu den Lernorten	2		Exk.-Bericht		
BFM2	Grundlagen und Strukturen der beruflichen Fachrichtung Metalltechnik	Arbeit, Technik und Berufsbildung im Berufsfeld Metalltechnik	3		R	HA	5
		Grundzüge einer Berufsdidaktik der beruflichen Fachrichtung Metalltechnik	4		R		
Summe:							82

Anlage 1.G.2: Wahlpflichtmodule

Im Modul Messtechnik ist entweder Messtechnik I oder Mess- und Qualitätstechnik im Zusammenhang mit einem Labor / einer Übung zu wählen.

Im Modul Wahlmodule: Profilierung/Vertiefung ist ein Angebot aus dem Wahlmodulkatalog des Fachbereichs Maschinenbau im Umfang von 5 LP zu wählen.

Modul		Lehrveranstaltung	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
TEM10	Messtechnik	Messtechnik I / Messtechnisches Labor oder	3		Ü	K oder MP	5
		Industrielle Mess- und Qualitätstechnik	4				
TEMW1	Wahlmodule: Profilierung / Vertiefung	Versorgungstechnik	6		Entsprechend der Festlegung im Modul des Wahlmodulkatalogs der Fakultät für Maschinenbau		5
		Fahrzeugservice	6				
		Produktionstechnik	6				

Anlage 1.G.3: Wahlpflichtmodule

– entfällt –

Anlage 1.G.4: Bachelorarbeit

Modul	Lehrveranstaltung	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit		6	mindestens. 110 LP sowie gegebenenfalls weitere Voraussetzungen entsprechend Anlage 1.HS.4 des gewählten Unterrichtsfaches		BA	15

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung, die Bachelorarbeit.

1.H Chemie

Die Abkürzung „SWS“ steht für Semesterwochenstunden. Bei Seminaren (S) und Experimentellen Übungen (EÜ) können die Studierenden nach Maßgabe der Seminar- oder Übungsleitung zur Anwesenheit verpflichtet werden. Zulassungsvoraussetzung für die Übung ist stets die Teilnahme an den zugehörigen Sicherheits-belehrungen. Über Ausnahmen von den Voraussetzungen für die Zulassung zur Übung entscheidet die Leiterin oder der Leiter der Übung.

Anlage 1.H.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Sem	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Voraussetzungen für die Zulassung zur Übung	PL	LP
Allgemeine Chemie 1	Vorlesung (4 SWS) Allgemeine Chemie Übung (2 SWS) Allgemeine Chemie	11	-	K 120			8
Allgemeine Chemie 2	EÜ+S (8 SWS) Allgemeine Chemie	1	-	Ü Allgemeine Chemie mit Abschlusskolloquium	Abgeschlossenes Modul Allgemeine Chemie 1		7
Analytische Chemie 1	Vorlesung (2 SWS) Analytische Chemie I EÜ+S (5 SWS) Analytische Chemie I	12	-	Ü Analytische Chemie I	Abgeschlossene Module Allgemeine Chemie 1+2	K 60	7
Analytische Chemie 2 für Technical Education	Vorlesung (2 SWS) Analytische Chemie II EÜ+S (4 SWS) Analytische Chemie II	22	-	Ü Analytische Chemie II	Abgeschlossene Module Allgemeine Chemie 1+2	K 60	5
Anorganische Chemie 1	Vorlesung (4 SWS) Anorganische Chemie I Übung (2 SWS) Anorganische Chemie I	22	-	K180	-		5
Organische Chemie 1	Vorlesung (4 SWS) Organische Chemie I Übung (2 SWS) Organische Chemie I	33	-	K180	-		6
FC 1 Fachdidaktik Chemie 1	S (4 SWS) Grundlagen der Chemiedidaktik	2	-	Regelmäßige, aktive Teilnahme, Portfolio	-	PF	4
FC 2 Fachdidaktik Chemie 2	Übung und S (4 SWS) Kernthemen der Sek. I in Theorie und Experiment	5	-	Regelmäßige, aktive Teilnahme, Haus- und Präsenzübungen	-	HA oder PF	6
	S (2 SWS) Methoden im Chemieunterricht	5	-	Regelmäßige, aktive Teilnahme, Portfolio	-		
Summe							48

Anlage 1.H.2: Wahlpflichtmodule

– entfällt –

Anlage 1.H.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.H.4: Bachelorarbeit

Das Modul „Bachelorarbeit“ besteht je nach Aufgabenstellung aus praktischen und/oder theoretischen Arbeiten und wird mit 15 Leistungspunkten bewertet.

Modul	Lehr- veranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studien- leistung	Prüfungs- leistung	Leistungs- punkte
Bachelor- arbeit	-	5 oder 6	110 LP	eine Studien- leistung	BA	15

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung, die Bachelorarbeit.

1.1 Deutsch

Prüfungs- und Studienleistungen eines Moduls können nicht in ein und derselben Veranstaltung erbracht werden, außer in D 1. Wenn nicht anders in der fachspezifischen Anlage festgelegt, wählen die Studierenden in Absprache mit den Lehrenden, in welcher Veranstaltung des Moduls sie die jeweilige Leistung erbringen. Es wird dringend empfohlen, dass die Module L 3 - L 4, S 3 - S 5, S 7, D 1 und K TE erst nach dem Abschluss der vorangegangenen Module belegt werden.

Anlage 1.1.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungslleistung	Leistungspunkte
L 1 Einführung in die Literaturwissenschaft I	L 1.1 Methoden, Themen, Theorien: Überblick (Vorlesung* od. Seminar)	ab 1.	-	Klausur	HA 10-15	10
	L 1.2 Methoden, Themen, Theorien: Vertiefung (Seminar)					
S 1 Einführung in die Sprachwissenschaft	S 1.1 Seminar	ab 1.	-	1	K 90 oder MP 20–30	10
	S 1.2 Seminar					
D 1 Einführung in die Fachdidaktik	D 1.1 Literaturdidaktik (Vorlesung od. Seminar)	ab 3.	-	1	HA 10-15 oder K 90 oder MP 20-30 oder PF 15-25	10
	D 1.2 Sprachdidaktik (Vorlesung od. Seminar)			1		
Kombimodul Technical Education	L 2.2 Literaturgeschichte: Vertiefung (Seminar)	ab 3.	-	1	HA 10-15 oder K 90 oder PR oder MP 20-30	8
	S 2.1 Grammatik: Vorlesung od. Seminar zur syntaktischen Analyse (Grammatik I)					
Summe						38

*Die Vorlesung zu L 1.1. wird nur im Wintersemester angeboten.

Anlage 1.1.2: Wahlpflichtmodule

Es ist ein Wahlpflichtmodul zu absolvieren.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungslleistung	Leistungspunkte
L 3 Literaturgeschichte	L 3.1 Literatur bis 1830 (Vorlesung od. Seminar)	ab 3.		1	HA 10-15	10
	L 3.2 Literatur ab 1830 (Vorlesung od. Seminar)					
L 4 Medien – Kultur – Wissen	Vorlesung od. Seminar	ab 3.		1	HA 10-15	10
	Seminar					

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
S 3 Sprache, Gesellschaft und Medien	Vorlesung od. Seminar	ab 3.		1	HA 10-15 oder K 90 oder PR oder MP 20-30	10
	Seminar					
S 4 Deutsch in Geschichte und Gegenwart	Vorlesung od. Seminar	ab 3.		1	HA 10-15 oder K 90 oder PR oder MP 20-30 oder PF	10
	Seminar					
S 5 Bedeutung und Gebrauch von Sprache	Vorlesung od. Seminar	ab 3.		1	HA 10-15 oder K 90 oder PR oder MP 20-30	10
	Seminar					
S 7 Deutsch als Fremd- und Zweitsprache	S 7.1 Grundlagen	ab 3.	Erfolgreich absolviertes Modul S 1		HA 10-15 oder K 90 oder PR oder MP 20-30	10
	S 7.2 Vertiefung			1		
Summe						10

Anlage 1.1.3: Wahlmodule

- entfällt -

Anlage 1.1.4: Modul „Bachelorarbeit“

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit	-	6. Semester	mind. 110 LP und Abschluss der Module L 1 und S 1	-	BA 30-40	15 LP

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung.

1.J Englisch

Anlage 1.J.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Linguistics TECH	LingF1 (2 SWS)	ab 1	-	1 Studienleistung	K/KA 90	13
	LingF2 (2 SWS)			1 Studienleistung		
	LingF3 (2 SWS)			1 Studienleistung		
Foundations Literature and Culture	AmerBritF1 (2 SWS)	12	-	1 Studienleistung	K/KA 60	5
Foundations Language Practice	SP1 (2 SWS)	12	-	1 Studienleistung	K/KA 90	5
	SP2 (2 SWS)			1 Studienleistung		
Advanced Language Practice	SP3 (2 SWS)	ab 3	-	1 Studienleistung	K/KA 90 oder ES 2000	5
	SP4 (2 SWS)			1 Studienleistung		
Foundations Methodology of Teaching English as a Foreign Language	DidF1 (2 SWS)	ab 3	-	1 Studienleistung	K/KA 90	10
	DidF2 (2 SWS)			1 Studienleistung		
Summe						38

Anlage 1.J.2: Wahlpflichtmodule

Studierende wählen entweder das Modul Intermediate American Literature and Culture oder das Modul Intermediate British Literature and Culture.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Intermediate American Literature and Culture	AmerF2 (2 SWS)	2-4	-	-	K/KA 60 oder MP 20	10
	AmerF3 (2 SWS)			1 Studienleistung		
Intermediate British Literature and Culture	BritF2 (2 SWS)	2-4	-	-	K/KA 60 oder MP 20	10
	BritF3 (2 SWS)			1 Studienleistung		
Summe						10

Anlage 1.J.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.J.4: Bachelorarbeit

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit	-	6	mind. 110 LP	-	BA 40-50	15

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung, die Bachelorarbeit.

1.K Evangelische Religion

Eine der Studienleistungen sollte in einer Veranstaltung erbracht werden, die von einer evangelischen Dozentin oder einem evangelischen Dozenten und einer katholischen Dozentin oder einem katholischen Dozenten gemeinsam verantwortet wird.

Innerhalb der Module müssen Studien- und Prüfungsleistungen in getrennten Veranstaltungen erbracht werden.

Anlage 1.K.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Basismodul 0 Einführung	BM 0b Bibelkunde AT/NT	1	-	-	K 60	8
Basismodul 3 Systematische Theologie	BM 3a Grundkurs Dogmatik	2	Vorausgegangene Teilnahme an BM 0b	-	K 60	8
	BM 3b Grundkurs Ethik					
Basismodul 4 Kirchengeschichte	BM 4a Grundkurs Ältere Geschichte des Christentums	1	-	-	K 60	8
	BM 4b Grundkurs Neuere Geschichte des Christentums					
Basismodul 5 Religionspädagogik (Bachelor Technical Education)	BM 5a Grundkurs Geschichte der Religionspädagogik	3 oder 5	Vorausgegangene Teilnahme an BM 0b	-	K 60	10
	BM 5b Grundkurs Religionspädagogik und Religionsunterricht					
Themenmodul 3 Fachwissenschaft	TM 3 Fachwissenschaft	56	Vorausgegangene Teilnahme an BM 0b, BM 1a/b oder BM 2a/b, BM 3a/b, BM 4a/b	1 Studienleistung	HA 15	6
Summe						40

Anlage 1.K.2: Wahlpflichtmodule

Es ist ein Wahlpflichtmodul zu absolvieren.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Basismodul 1 Altes Testament	BM 1a Grundkurs Altes Testament I	2	Vorausgegangene Teilnahme an BM 0b	-	K 60	8
	BM 1b Grundkurs Altes Testament II					
Basismodul 2 Neues Testament	BM 2a Grundkurs Neues Testament I	3	Vorausgegangene Teilnahme an BM 0b	-	K 60	8
	BM 2b Grundkurs Neues Testament II					
Summe						8

Anlage 1.K.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.K.4: Bachelorarbeit

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit	Kolloquium	6	Mindestens 110 LP	-	BA	15

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung, die Bachelorarbeit.

1.L Informatik

Für die Dauer von Prüfungen gelten die folgenden Richtwerte:

- (1) Mündliche Prüfungen dauern mindestens 15 Minuten, höchstens aber 60 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen mündliche Prüfungen pro Leistungspunkt 1 - 4 Minuten dauern.
- (2) Schriftliche Prüfungen (Klausuren) dauern mindestens 45 Minuten, höchstens aber 180 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen Klausuren 5 - 15 Minuten pro Leistungspunkt dauern.

Anlage 1.L.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltung	Empf. Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	LP
Mathematische Grundlagen (TE)	Logik und formale Systeme	2	-	-	K oder M	5
Rechnersysteme	Grundlagen digitaler Systeme	1	-	1 Studienleistung	-	10
	Grundlagen der Rechnerarchitektur	2	-	-	K oder M	
Programmierung und Programmiersprachen	Einführung in das Programmieren für Lehramt	1	-	1 Studienleistung	-	7
	Informationstechnisches Projekt	2	-	1 Studienleistung	-	
Algorithmen (TE)	Datenstrukturen und Algorithmen	3	-	-	K oder M	5
Anwendungen und Auswirkungen (TE)	Grundlagen der IT-Sicherheit	5	-	1 Studienleistung	-	5
Grundlagen der wissenschaftlichen Arbeit	Einführung in das wissenschaftliche und fachdidaktische Studium	1	-	1 Studienleistung	-	2
Fachdidaktik der Informatik	Fachdidaktische Grundlagen	3	-	-	K oder M	5
	Vertiefende Aspekte der Fachdidaktik der Informatik	4	-	1 Studienleistung	-	
Fachdidaktische Praxis für Lehramt an berufsbildenden Schulen	Gestaltung und Auswertung fachdidaktischer Lehr-/Lernarrangements	5	-	1 Studienleistung	K oder M	7
	Fachpraktikum I inkl. Begleitveranstaltung (Basisprojekt)	6	-	1 Studienleistung	-	
Fachdidaktische Aspekte der Informatik für Lehramt an berufsbildenden Schulen	Informationstechnisches Projekt mit Unterrichtsbezug	5	-	1 Studienleistung	-	2
Summe						48

Anlage 1.L.2: Wahlpflichtmodule

– entfällt –

Anlage 1.L.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.L.4: Bachelorarbeit

Modul	Lehrveranstaltung	Empf. Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studien- leistung	Prüfungs- leistung	LP
Bachelorarbeit	Bachelor-Kolloquium	6	mindestens 110 LP	KO	BA	15
Summe						15

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung, die Bachelorarbeit.

1.M Katholische ReligionAnlage 1.M.1: Pflichtmodule

Eine der Studienleistungen in den Vertiefungsmodulen oder Aufbaumodulen sollte in einer Veranstaltung erbracht werden, die von einer evangelischen Dozentin oder einem evangelischen Dozenten und einer katholischen Dozentin oder einem katholischen Dozenten gemeinsam verantwortet wird.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Basismodul 1: Theologie als Wissenschaft: Biblische/Systematische Theologie – Voraussetzungen wissenschaftlichen Arbeitens	BM 1a Einführung in Studium und wissenschaftliches Arbeiten in der Theologie	1	-	Kleinere schriftliche Leistung	-	8
	BM 1b Grundkurs Biblische Theologie			Kurzreferat oder kleinere schriftliche Leistung	K 90	
	BM 1c Grundkurs Systematische Theologie			Kurzreferat oder kleinere schriftliche Leistung	K 90	
Basismodul 2: Theologie als Wissenschaft: Historische/ Praktische Theologie	BM 2a Grundkurs Historische Theologie	3	-	Kurzreferat oder kleinere schriftliche Leistung	K 90	6
	BM 2b Grundkurs Religionspädagogik			Kurzreferat oder kleinere schriftliche Leistung	PF	
Vertiefungsmodul 1: Kategorien biblisch-theologischen Denkens: Einleitung	VM 1a Themen und Texte des AT – Einleitung	2-5	-	Referat oder kleinere schriftliche Leistung	-	6
	VM 1b Themen und Texte des NT Einleitung			Referat oder kleinere schriftliche Leistung	HA 8	
Vertiefungsmodul 2: Kategorien systematisch-theologischen Denkens: Fundamentaltheologie/Dogmatik	VM 2a Religion und Offenbarung	2	-	Referat oder kleinere schriftliche Leistung	MP 20 oder K 90	6
	VM 2b Gottesfrage und Gotteslehre			Referat oder kleinere schriftliche Leistung		
Vertiefungsmodul 3: Kategorien praktisch-theologischen Denkens	VM 3a Religionspädagogische Konzeptionen der Gegenwart	5-6	-	Referat oder kleinere schriftliche Leistung	HA 10-12	9
	VM 3b Didaktik religiöser Lehr- und Lernprozesse			Referat oder kleinere schriftliche Leistung		
Summe						35

Anlage 1.M.2: Wahlpflichtmodule

Es müssen Wahlpflichtmodule im Umfang von mindestens 13 LP gewählt werden.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Aufbaumodul 1:	AM 1a Das frühe Christentum im Kontext seiner Zeit	4	-	Referat oder kleinere schriftliche Leistung	MP 20 oder K 90	8

Theologie im Kontext I: Christentum und Religionen	AM 1b Theologie der Religionen			Referat oder kleinere schriftliche Leistung		
	AM 1c Christentum und Weltreligionen in religionspädagogischen Handlungsfeldern			Referat oder kleinere schriftliche Leistung		
Aufbaumodul 2: Theologie im Kontext II: Christentum in Geschichte und Gegenwart	AM 2a Brennpunkte der Kirchengeschichte	5-6	-	Referat oder kleinere schriftliche Leistung	-	8
	AM 2b Ethik – verantwortete Gestaltung des persönlichen, sozialen und gesellschaftlichen Lebens			Referat oder kleinere schriftliche Leistung	MP 20 oder K 90	
	AM 2c Kirche und Recht			Referat oder kleinere schriftliche Leistung	-	
Aufbaumodul 3: Theologie im Kontext III: Christentum und Kultur	AM 3a Schöpfungslehre – Eschatologie	4-5	-	Referat oder kleinere schriftliche Leistung	MP 20 oder K 90	5
	AM 3b Kirche und Sakramente/Liturgie			Referat oder kleinere schriftliche Leistung		
Summe						13-16

Anlage 1.M.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.M.4: Bachelorarbeit

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit	Vorbereitende und begleitende Lehrveranstaltung	6	110 LP	-	BA	15

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung, die Bachelorarbeit.

1.N Mathematik

A) Für die Dauer von Prüfungen gelten die folgenden Richtwerte:

- (1) Mündliche Prüfungen dauern mindestens 15 Minuten, höchstens aber 60 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen mündliche Prüfungen pro Leistungspunkt 1-4 Minuten dauern.
- (2) Schriftliche Prüfungen (Klausuren) dauern mindestens 45 Minuten, höchstens aber 180 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen Klausuren 5-15 Minuten pro Leistungspunkt dauern.

B) Falls nicht anders vermerkt, so beziehen sich Prüfungen auf das gesamte Modul mit einer angemessenen Gewichtung der einzelnen Lehrveranstaltungen.

Anlage 1.N.1: Pflichtmodule

Studierende der beruflichen Fachrichtungen Metalltechnik und Elektrotechnik belegen das Modul „Analytische Methoden für LBS mit Beruflicher Fachrichtung Metalltechnik oder Elektrotechnik“, Studierende aller anderen beruflichen Fachrichtungen belegen das Modul „Analytische Methoden für LBS“.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungslleistung	Leistungspunkte
Analytische Methoden für LBS	Analysis A Übung Analysis A	Ab 1	-	Ü	K	13
	Analysis B Übung Analysis B	Ab 2	-	Ü	K	
Analytische Methoden für LBS mit Beruflicher Fachrichtung Metalltechnik oder Elektrotechnik	Analysis A Übung Analysis A	Ab 1	-	-	K	13
	Analysis B Übung Analysis B	Ab 2	-	-	K	
Algebraische Methoden für LBS	Lineare Algebra A Übung Lin. Alg. A	Ab 1	-	Ü	K	10
	Lineare Algebra B Übung Lin. Alg. B	Ab 2	-	Ü	K	
Elementare Algebra	Elementare Algebra Übung Elementare Algebra	Ab 6	-	Ü	K oder MP	5
Einführung in die Fachdidaktik Mathematik	Einführung in die Fachdidaktik Übung Einführung in die Fachdidaktik	Ab 1	-	Ü	K oder MP	4
Lehren und Lernen im Mathematik-Unterricht	Fachdidaktik der Sekundarstufe I Übung Fachdidaktik der Sekundarstufe I	Ab 3	-	Ü	K oder HA oder PF oder MP	6
	Seminar zur Fachdidaktik			R oder PF	HA oder PF oder AA oder MP	
Summe						38

Anlage 1.N.2: Wahlpflichtmodule

Es ist das Modul „Stochastische Methoden für LBS“ zu belegen. Als Übergangsregel wird aber ein bereits abgelegtes Modul „Praktische Mathematik“ für das Modul „Algorithmische Mathematik für LBS“ anerkannt.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Stochastische Methoden für LBS	Stochastik A Übung Stochastik A	Ab 5	-	Ü	K	10
	Stochastik B Übung Stochastik B	Ab 6		Ü	K	
Algorithmische Mathematik für LBS	Angewandtes Programmieren VL Numerische Mathematik A Übung Num. Mathematik A	Ab 1 Ab 3	Stochastische Methoden für LbS	Ü Ü	K	10
Summe						10

Anlage 1.N.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.N.4: Bachelorarbeit

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit	Bachelorarbeit und Seminar	6. Semester	mindestens 110 LP	SM	BA	15 LP

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung, die Bachelorarbeit.

1.0 Physik

A) Für die Dauer von Prüfungen gelten die folgenden Richtwerte:

- (1) Mündliche Prüfungen dauern mindestens 15 Minuten, höchstens aber 60 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen mündliche Prüfungen pro Leistungspunkt 14 Minuten dauern.
- (2) Schriftliche Prüfungen (Klausuren) dauern mindestens 45 Minuten, höchstens aber 180 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen Klausuren 515 Minuten pro Leistungspunkt dauern.

B) Falls nicht anders vermerkt, so beziehen sich Prüfungen auf das gesamte Modul mit einer angemessenen Gewichtung der einzelnen Lehrveranstaltungen.

Anlage 1.O.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Mechanik und Wärme	Mechanik und Wärme; Übung zur Mechanik und Wärme	Ab 1.		Ü	uK	6
Elektrizität und Relativität	Elektrizität und Relativität; Übung zur Elektrizität und Relativität	Ab 2.	-	Ü	K	12
	Grundpraktikum I: Mechanik, Thermodynamik und Elektrizität			LÜ		
Optik, Atome, Moleküle, Quantenphänomene	Optik, Atome, Moleküle, Quantenphänomene Übung Optik, Atome, Moleküle, Quantenphänomene	Ab 3.	-	Ü	MP oder K	10
	Grundpraktikum II: Optik und Atomphysik			LÜ		
Theoretische Physik für LBS	Theoretische Physik A	1.	-	Ü	-	7
Physik präsentieren	Proseminar	Ab 3.	-	SL	-	3
Lehren und Lernen im Physikunterricht I und II	Einführung in die Fachdidaktik Physik Übung Einf. FD Physik	4.	-	PF und Ü	-	10
	Lernen von Physik	5.	Einführung in die Fachdidaktik Physik	PF und SL	-	
	Lehren von Physik	5.		PF und SL		
	Lehrveranstaltungsübergreifende Prüfung Lehren und Lernen im Physikunterricht	5.	Lernen und Lehren von Physik	-	MP oder K	
Summe						48

Anlage 1.O.2: Wahlpflichtmodule

– entfällt –

Anlage 1.O.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.O.4: Bachelorarbeit

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit	Bachelorarbeit und Seminar	6.	mindestens 110 LP	SL	BA	15 LP

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung, die Bachelorarbeit.

1.P Politik

Anlage 1.P.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungslleistung	Leistungspunkte
Einführung in die Politikwissenschaft	Seminar mit Tutorium	3	-	1	K/KA 60 oder MP 20 oder HA 10-12	8
Politische Systeme und Regierungslehre	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	3-4	-	1	K/KA 60 oder MP 20 oder HA 10-12	10
	Vorlesung <u>oder</u> Seminar			1		
Arbeit und Organisation	Seminar <u>oder</u> Vorlesung	5-6	-	1	MP 20 oder K/KA 60 oder ES 7 oder PF	10
	Seminar			1		
Fachdidaktik	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	3-4	-	1	K/KA 60 oder MP 20 oder HA 10-12	10
	Vorlesung <u>oder</u> Seminar			1		
Summe						38

Anlage 1.P.2: Wahlpflichtmodule

Eines der Module ist zu wählen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungslleistung	Leistungspunkte
Politische Ideengeschichte und Theorien der Politik	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	3-4	-	1	K/KA 60 oder MP 20 oder HA 10-12	10
	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	5-6		1		
Politische Soziologie	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	3-4	-	1	K/KA 60 oder MP 20 oder HA 10-12	10
	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	5-6		1		
Internationale Beziehungen, Weltgesellschaft, Europäische Integration	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	3-4	-	1	K/KA 60 oder MP 20 oder HA 10-12	10
	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	5-6		1		
Politikfelder und Politische Verwaltung	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	3-4	-	1	K/KA 60 oder MP 20 oder HA 10-12	10
	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	5-6		1		
Gesellschaftstheorie	Seminar <u>oder</u> Vorlesung	3-4	-	1	MP 20 oder K/KA 60 oder ES 7 oder PF	10
	Seminar	5-6		1		

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Weltgesellschaft und Kulturvergleich	Seminar <u>oder</u> Vorlesung	3-4 <u>oder</u> 5-6	-	1	MP 20 <u>oder</u> K/KA 60 <u>oder</u> ES 7 <u>oder</u> PF	10
	Seminar			1		
Bildungssysteme und Sozialisationsprozesse	Seminar <u>oder</u> Vorlesung	3-4 <u>oder</u> 5-6	-	1	MP 20 <u>oder</u> K/KA 60 <u>oder</u> ES 7 <u>oder</u> PF	10
	Vorlesung			1		
Vertiefungsmodul Politische Bildung	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	5-6	-	1	HA 10-12	10
	Vorlesung <u>oder</u> Seminar			1		
Summe						10

Anlage 1.P.3: Wahlmodule:

– entfällt –

Anlage 1.P.4: Modul „Bachelorarbeit“

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte	
Bachelorarbeit	Kolloquium	6	110 LP	1	BA 30	12	15
					MP 30	3	

Das Modul Bachelorarbeit enthält zwei Prüfungsleistungen und eine Studienleistung.

1.Q Sozial/Sonderpädagogik in der beruflichen Bildung

Anlage 1.Q.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Se- mester	ggf. Voraus- setzungen für die Zulassung	Studien- leistung	Prüfungsl eistung	Leistung spunkte
Modul 1: Verständnisgewinn über normale und deviante menschl- iche Entwicklung	1.1 Grundlagen: Berufliche Be- nachteiligtenförderung	Empfoh- len im 1./2.	-	1 Studien- leistung pro Modul	MP 15 oder AA oder SA oder HA jeweils 10-15	7
	1.2 Jugendalter: Sozialisations- theorien, Übergänge					
	1.3 Entwicklungspsychologie: Entwicklungsaufgaben, Ent- wicklungsregulation, kritische Lebensereignisse					
Modul 2: Erarbeitung pädä- gogischer und dia- gnostischer Fä- higkeiten und Kenntnisse	2.1 Lernen und Leistungsver- halten im Jugendalter	Empfoh- len im 1./2.	-	1 Studien- leistung pro Modul	MP 15 oder AA oder SA oder HA jeweils 10-15	7
	2.2 Berufswahl, Kompetenz- feststellung, Entwicklungspla- nung					
	2.3 Persönlichkeitstheorien (ge- schlechtstypische Einstellun- gen)					
Modul 3: Verständnis-ge- winn zu Lernen, Handeln und Ver- halten	3.1 Grundlagen der Lern- und Verhaltenstheorien	Empfoh- len im 3./4.	-	1 Studien- leistung pro Modul	MP 15 oder AA oder SA oder HA jeweils 10-15	7
	3.2 Lernbeeinträchtigungen					
	3.3 Verhaltensauffälligkeiten und abweichendes Verhalten					
Modul 4: Erarbeitung ver- schiedener Unter- richts-methoden	4.1 Bildungsbedarfe benachtei- ligter Jugendlicher	Empfoh- len im 3./4.	-	1 Studien- leistung pro Modul	MP 15 oder AA oder SA oder HA jeweils 10-15	7
	4.2 Individualisierter, hand- lungsorientierter und differen- zierter Unterricht (Methoden und Medien, Qualifizierungs- bausteine)					
	4.3 Lehren und Lernen in inter- kulturellen Lerngruppen					
Modul 5: Erarbeitung eines professionellen Handwerkszeugs	5.1 Gruppenstrukturen, Grup- penproduktivität Teamwork	Empfoh- len im 5./6.	-	1 Studien- leistung pro Modul	MP 15 oder AA oder SA oder HA jeweils 10-15	7
	5.2 Praktische Verhaltenstrai- nings, Biographiearbeit, Media- tion					
	5.3 Netzwerkbildung, Koopera- tion, regionales Übergangsma- nagement, Case Management					
Modul 6: Exemplarisches Kennenlernen von Strukturen in der Benachteiligtenför- derung	6.1 Rechtliche und institutio- nelle Rahmenbedingungen: Daten, Strukturen, Probleme	Empfoh- len im 5./6.	-	1 Studien- leistung pro Modul	MP 15 oder AA oder SA oder HA jeweils 10-15	7
	6.2 Lebenswelten der Jugendli- chen heute					
Summe						42

Anlage 1.Q.2: Wahlpflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen		Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Vertiefungsmodul	2 Lehrveranstaltungen aus den Schwerpunkten der Pflichtmodule		16		Nachweis über die Veranstaltungen		6
Summe							6

Anlage 1.Q.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.Q.4: Bachelorarbeit

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit	Kolloquium	6	mindestens 110 LP	1 Studienleistung	BA	15

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung, die Bachelorarbeit.

1.R SpanischAnlage 1.R.1: Pflichtmodule

Es wird dringend empfohlen, das „Tech Aufbaumodul“ erst nach vorherigem Besuch des „Grundlagenmoduls Sprachpraxis 1“ und des „Grundlagenmoduls Sprachpraxis 2“ beziehungsweise des „Kombimoduls Spanisch“ nach Anlage 1.Q.2. zu studieren.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Tech Aufbaumodul	E2.1 (4 SWS) Übung Curso avanzado 1	3.	-	R 5-8	K 90	8
	E2.2 (4 SWS) Übung Curso avanzado 2	4.		1 SL		
Grundlagenmodul Sprach- und Kulturwissenschaft	S1.1 (2 SWS) Vorlesung S1.2 (2 SWS) Seminar	Ab 1.	-	Lehrveranstaltung	K 90	10
Grundlagenmodul Literatur- und Kulturwissenschaft	L1.1 (2 SWS) Vorlesung L1.2 (2 SWS) Seminar	Ab 1.	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	K 90	10
Grundlagenmodul Didaktik des Spanischen	D1.1 (2 SWS) Seminar D1.2 (2 SWS) Seminar	Ab 4.	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	HA 10-15 oder K 90 oder PF	10
Summe						38

Anlage 1.R.2: Wahlpflichtmodule

Der Besuch der „Grundlagenmodule Sprachpraxis 1 und 2“ ist grundsätzlich verpflichtend. Nur diejenigen Studierenden, die den sprachpraktischen Einstufungstest der Leibniz Universität Hannover bestanden haben, dürfen das „Kombimodul Spanisch“ statt der „Grundlagenmodule Sprachpraxis 1 und 2“ belegen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Grundlagenmodul Sprachpraxis 1	E1.1 (4 SWS) Übung Curso básico 1	1.	-	1 Studienleistung	K 90	5
Grundlagenmodul Sprachpraxis 2	E1.2 (4 SWS) Übung Curso básico 2	2.	-	1 Studienleistung	K 90	5
Kombimodul Spanisch	2 Seminare	2.-6.	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	HA 10-15 oder PR/A 20 oder MP 15	10
Summe						10

Anlage 1.R.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.R.4: Bachelorarbeit

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit		6	Mindestens 110 LP		BA 30-35	15

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung, die Bachelorarbeit.

1.S Sport

Für die Zulassung in Veranstaltungen der Vertiefungsphase (VP) muss die Studienleistung der zugehörigen Veranstaltung der Einführungsphase (EP) bestanden sein.

Veranstaltungen mit gleichem Titel können im gesamten Bachelor- und Masterstudium nur einmal belegt beziehungsweise eingebracht werden.

Anlage 1.S.1: Pflichtmodule

Im Modul „Vertiefung Geistes- und Naturwiss. Sporttheorie“ müssen zwei VPs (je 2 SWS) absolviert werden, so dass aus den drei Bereichen „Sport und Gesellschaft“, „Sport und Bewegung/Training“ so wie „Sport und Gesundheit“ zwei Bereiche abgedeckt werden.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Basismodul TE	Einführung in das Studium der Sportwissenschaft (2 SWS)	1-2	-	1 Studienleistung	AA 5	5
	Funktionelle Gymnastik (2 SWS)			1 Studienleistung	-	
	Kleine Spiele (1 SWS)			1 Studienleistung	FP 15 (unbenotet)	
Einführung Erziehungs-, sozial- und gesellschaftswiss. Sporttheorie	EP Sport und Erziehung (2 SWS)	1	-	1 Studienleistung	K 60 als Abschluss des Moduls	6
	EP Sport und Gesellschaft (2 SWS)			1 Studienleistung		
Einführung Naturwiss. Sporttheorie	EP Sport und Bewegung/Training (2 SWS)	2	-	1 Studienleistung	K 60 als Abschluss des Moduls	6
	EP Sport und Gesundheit (2 SWS)			1 Studienleistung		

Vertiefung Geistes- und Naturwiss. Sporttheorie	VP aus Sport und Gesellschaft, Sport und Bewegung/Training oder Sport und Gesundheit (2 SWS)	3-4	Studienleistung der dazugehörigen EP	1 Studienleistung	HA 15 als Abschluss des Moduls	6
	Weitere VP aus Sport und Gesellschaft, Sport und Bewegung/Training oder Sport und Gesundheit (2 SWS)			1 Studienleistung		
Fachdidaktik	Berufsfeldspezifische Probleme des Unterrichtens (2 SWS)	3-5	Studienleistung der EP Sport und Erziehung	1 Studienleistung	HA 15 oder MP 30 als Abschluss des Moduls	10
	Berufsfeldspezifische Probleme des Unterrichtens oder Umgang mit Heterogenität (2 SWS)			1 Studienleistung		
	Analyse / Planung / Auswertung von Sportunterricht (2 SWS)			1 Studienleistung		
Summe						33

Anlage 1.S.2: Wahlpflichtmodule

Im Wahlpflichtbereich (insgesamt 15 Leistungspunkte) ist im Umfang von 7 Leistungspunkten entweder das Modul „Individualsport“ oder das Modul „Weitere Sportarten“ zu absolvieren. Das jeweils nicht studierte Modul muss verpflichtend im Masterstudiengang Lehramt an berufsbildenden Schulen belegt werden.

Weiterhin muss im Umfang von 8 Leistungspunkten entweder das Modul „Spielen in Mannschaften“ oder das Modul „Rückschlagsspiele“ absolviert werden. Das jeweils nicht studierte Modul ist verpflichtend im Masterstudiengang Lehramt an berufsbildenden Schulen zu belegen.

Die Exkursion im Modul „Weitere Sportarten“ darf nicht in einer Sportart absolviert werden, die schon als „EP Weitere Sportarten“ belegt wurde – und umgekehrt.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Individualsport TE/So	EP Leichtathletik (2 SWS)	3-5	-	1 Studienleistung	FP 20 und K 45 in einer EP, FP 15 (unbenotet) in den beiden anderen EPs	7
	EP Schwimmen (2 SWS)			1 Studienleistung		
	EP Turnen oder EP Gymnastik/Tanz (2 SWS)			1 Studienleistung		
Weitere Sportarten TE/So	EP Weitere Sportarten (2 SWS)	3-5	-	1 Studienleistung	FP 20 und K 45	7
	EP Weitere Sportarten (2 SWS)			1 Studienleistung	FP 15 (unbenotet)	
	Exkursion (7-14 Tage)			1 Studienleistung	FP 15 (unbenotet)	
Spielen in Mannschaften	EP Mannschaftsspiel (2 SWS)	1-3	-	1 Studienleistung	FP 15 (unbenotet)	8
	EP Mannschaftsspiel (2 SWS)			1 Studienleistung	FP 15 (unbenotet)	
	VP in einem der beiden Mannschaftsspiele (2 SWS)			Studienleistung der dazugehörigen EP	1 Studienleistung	

Rückschlagspiele	EP Rückschlagspiel (2 SWS)	1-3	-	1 Studienleistung	FP 15 (unbenotet)	8
	VP Rückschlagspiel (2 SWS)		Studienleistung der dazugehörigen EP	1 Studienleistung	FP 30 und K 60 als Abschluss des Moduls	
	EP Mannschafts- oder Rückschlagspiel (2 SWS)		-	1 Studienleistung	FP 15 (unbenotet)	
Summe						15

Anlage 1.S.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.S.4: Bachelorarbeit

Bei der Anmeldung zum Modul „Bachelorarbeit“ ist der Nachweis der Ersten Hilfe sowie des Deutschen Rettungsschwimmabzeichens in Bronze zu erbringen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit	Kolloquium / Seminar	6	mindestens 110 LP, Nachweis der Ersten Hilfe und des Rettungsschwimmabzeichens in Bronze		BA	15

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung, die Bachelorarbeit.

Anlage 2 Prüfungsformen

Anlage 2.1.: Definitionen

Aufsatz

Ein Aufsatz ist eine selbstständig verfasste schriftliche Arbeit, die in der Regel unter Aufsicht während einer festgelegten Zeit innerhalb der Vorlesungszeit erstellt wird.

Ausarbeitung

¹Ausarbeitungen sind selbstständige, wissenschaftliche Arbeiten zu einem vorgegebenen Thema. ²Sie beinhalten Aufgabenstellung, Problembehandlung, Ergebnisse und Schlussfolgerung. ³Als Ausarbeitung gelten Berichte, Exkursionsberichte, Praktikumsberichte, Projektberichte oder Protokoll.

Bestimmungsübungen

Eine Bestimmungsübung bzw. Bestimmungsprüfung ist die selbstständige Determination von tierischen und pflanzlichen Organismen anhand von Bestimmungsschlüsseln bis zu einem vorgegebenen, taxonomischen Niveau.

Dokumentation

¹Eine Dokumentation umfasst die Aufbereitung und Darstellung eines künstlerischen, kognitiven oder handlungsorientierten Prozesses. ²Dokumentationen können Berichte und Planwerke sein, die der fachlichen Praxis entsprechen. ³Ein Rahmen für die Seitenzahl oder die Anzahl der Pläne beziehungsweise

Entwurfsblätter kann durch die Lehrenden zu Beginn der Prüfung festgelegt werden und ist von der Aufgabe abhängig. ⁴Weitere Materialien können dem Bericht als Anlagen beigelegt werden.

Essay

¹Ein Essay ist eine kritische Auseinandersetzung mit einer literarischen und/oder wissenschaftlichen Frage in schriftlicher Form. ²Ein Gegenstand wird im größeren Gesamtzusammenhang entsprechend den üblichen akademischen Standards diskutiert und wissenschaftliche Positionen kritisch beurteilt bzw. analysiert.

Experimentelles Seminar

¹Ein Experimentelles Seminar besteht aus einer Reihe von praktischen Versuchen, die unter Aufsicht in einem Labor durchgeführt werden. ²Die Versuche werden in schriftlicher Form in einem Laborjournal und/oder in Vorprotokollen vorbereitet und im Laborjournal und/oder Versuchsprotokollen schriftlich ausgearbeitet. ³In der Regel erläutern die Studierenden darin ihre praktische Tätigkeit, interpretieren die Resultate und setzen sie in einen fachwissenschaftlichen Bezug.

Fachpraktische Prüfung

Eine Fachpraktische Prüfung ist eine semesterbegleitende Leistungsüberprüfung in der Sportpraxis.

Fallstudie

Eine Fallstudie ist eine Auswertung von Daten eines Experimentes, einschließlich der Methodenbeschreibung, der Programmistings, der Interpretation und Schlussfolgerungen in Berichtsform.

Hausarbeit

Eine Hausarbeit ist eine selbstständig verfasste schriftliche Arbeit einer fachspezifischen oder fächerübergreifenden Aufgabenstellung.

Klausur ohne Antwortwahlverfahren

Eine Klausur ist eine schriftliche oder elektronische Arbeit unter Aufsicht.

Klausur mit Antwortwahlverfahren

¹Eine Klausur ist eine schriftliche oder elektronische Arbeit unter Aufsicht. ²Klausuren können in Teilen nach dem Antwortwahlverfahren (z. B. Single-Choice, Multiple-Choice) durchgeführt werden. ³Bei der Aufstellung der Prüfungsfragen und Antworten ist festzulegen, welche Antworten als zutreffend anerkannt werden. ⁴Bei Prüfungen nach dem Antwort-Wahl-Verfahren sind die Prüfungsfragen und Antworten im Vorfeld von zwei Prüfungsberechtigten auf Fehler, Konsistenz des Inhalts und Angemessenheit zu überprüfen. ⁵Ergibt eine

spätere Überprüfung der Prüfungsfragen, dass einzelne Prüfungsaufgaben offensichtlich fehlerhaft sind, gelten sie als nicht gestellt. ⁶Bei der Bewertung ist von der um die fehlerhaften Fragen verminderten Zahl der Prüfungsaufgaben auszugehen. ⁷Die Verminderung der Zahl der Prüfungsaufgaben darf sich nicht zum Nachteil eines Prüflings auswirken.

Kolloquium

¹Das Kolloquium umfasst eine Präsentation und eine anschließende Diskussion über Fragestellung, Methoden und Ergebnisse der Arbeit. ²Sätze 2 bis 5 der Definition der mündlichen Prüfungen gelten entsprechend.

Künstlerische Präsentation

¹Eine künstlerische Präsentation beinhaltet ein oder mehrere künstlerische Exponate (Bilder, Fotos, Objekte, Skulpturen, Installation, Videoarbeit etc.) sowie eine Dokumentation des ästhetischen Prozesses in Form einer adäquaten (medialen) Darstellung, z. B. Arbeitsprotokolle/Tagebuch, Skizzen/Fotos mit schriftlicher Kommentierung. ²Eine künstlerische Präsentation findet vor einer oder einem Prüfenden und einer oder einem sachkundigen Beisitzenden als Einzelprüfung statt. ³Sätze 2 bis 5 der Definition der mündlichen Prüfungen gelten entsprechend.

Künstlerisch-Wissenschaftliche Präsentation

¹Eine künstlerisch-wissenschaftliche Präsentation beruht auf der Wechselwirkung zwischen künstlerischen Prozessen und wissenschaftlicher Auseinandersetzung, welche in einem künstlerischen Projekt aufbereitet und in angemessener Form dargestellt werden. ²Die in der Präsentation enthaltenen bildlichen und sprachlichen Argumentations- und Interpretationslinien werden entweder in einem mündlichen Vortrag mit Diskussion erörtert oder in einer Hausarbeit erläutert. ³Eine künstlerisch-wissenschaftliche Präsentation findet vor einer oder einem Prüfenden und einer oder einem sachkundigen Beisitzenden als Einzelprüfung statt. ⁴Sätze 2 bis 5 der Definition der mündlichen Prüfungen gelten entsprechend.

Kurzarbeit

Eine Kurzarbeit ist eine selbstständige, schriftliche, entwerferische oder planerische Bearbeitung einer fachspezifischen oder fächerübergreifenden Aufgabenstellung innerhalb einer festgelegten Bearbeitungszeit.

Laborübungen

¹Eine Laborübung besteht aus einer Reihe von praktischen Versuchen oder Programmieraufgaben mit schriftlichen Ausarbeitungen (Versuchsprotokolle). ²In der Regel erläutern die Studierenden ihre praktische Tätigkeit, interpretieren die Resultate und setzen sie in einen fachwissenschaftlichen Bezug.

Master-Kolloquium

Im Master-Kolloquium werden die Inhalte der Masterarbeit diskutiert und können vertieft werden.

Modell

¹Modelle erweitern die zweidimensionale entwerferische oder planerische Arbeit und dienen der räumlichen Verdeutlichung sowie Klärung einer Planung. ²Sie werden je nach Aufgabenstellung und Schwerpunkt in verschiedenen Maßstäben erstellt.

Mündliche Prüfung

¹Die mündliche Prüfung findet nichtöffentlich in Gegenwart einer oder eines Beisitzenden statt, die oder der selbst die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzt. ²Wesentliche Gegenstände der Prüfungsleistung werden in einem Protokoll festgehalten. ³Studierende, die sich an einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein eigenes berechtigtes Interesse geltend machen, sind als Zuhörer bei mündlichen Prüfungen zuzulassen. ⁴Dies erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den beziehungsweise die zu Prüfenden. ⁵Auf Antrag des bzw. der zu Prüfenden sind die Zuhörerinnen und Zuhörer nach Satz 3 auszuschließen.

Musikalische Erarbeitung in einer Lerngruppe

In der „musikalischen Erarbeitung in einer Lerngruppe“ soll die Fähigkeit gezeigt werden, pädagogisch-praktische Fertigkeiten (insbesondere schulpraktisches Musizieren) in einer Schulklasse oder auch einer kleineren Gruppe methodisch und didaktisch angemessen anzuwenden.

Musikpraktische Präsentation

¹Eine Musikpraktische Präsentation findet vor zwei Prüfenden oder einer oder einem Prüfenden sowie einer oder einem sachkundigen Beisitzenden als Einzelprüfung statt. ²Sätze 2 bis 5 der Definition der mündlichen Prüfungen gelten entsprechend.

Musikpädagogisch-praktische Präsentation

Eine Musikpädagogisch-praktische Präsentation geht aus einem musikpädagogischen Seminar hervor und umfasst eine musikalische Darbietung von Schülerinnen und Schülern.

Pädagogisch orientiertes Konzert

¹Das pädagogisch orientierte Konzert ist eine Leistung mit Bezug auf das künstlerische Hauptfach, in der die pädagogische Ausrichtung (gegebenenfalls im Sinne zeitgemäßer Konzertpädagogik) in der Ausführung und Darstellung/Aufführung eine gewichtige Rolle spielt. ²Es wird im Regelfall in einer schulischen Lerngruppe präsentiert.

Planung und Durchführung einer Lehrveranstaltungseinheit

Die Planung und Durchführung einer Lehrveranstaltungseinheit erfolgt im Kontext einer fachpraktischen Lehrveranstaltung und umfasst die Vorbereitung und Durchführung einer Unterrichtseinheit von in der Regel 60 Minuten sowie deren Dokumentation und Reflexion in Form einer schriftlichen Ausarbeitung.

Portfolio

¹Ein Portfolio dokumentiert den Lernprozess zu bestimmten Fragestellungen oder Aufgaben, die von den Lehrenden zu Veranstaltungsbeginn festgelegt werden. ²Die systematische Selbstreflexion erfolgt veranstaltungsbegleitend beziehungsweise retrospektiv und umfasst je nach Absprache die Zusammenstellung diverser Materialien in einer Sammelmappe. ³Optional ist als ein ergänzendes Gespräch über das Portfolio möglich. ⁴Dieses Gespräch ist wie das Portfolio selbst kompetenzorientiert.

Präsentation

¹Eine Präsentation umfasst die Aufbereitung eines vorgegebenen Themas mit Hilfe elektronischer Medien und gegebenenfalls die Darbietung im mündlichen Vortrag. ²Bei der Multimedia-Präsentation spielen die Medien im weitesten Sinne eine bedeutende Rolle, wobei der „Multi-Aspekt“ durch Stellwand, Poster oder Power-Point-Präsentation aber auch durch typische Musik- und Filmmedien sowie durch musikpädagogisch orientierte Medien (besonders kreative Vermittlungsaspekte) im gegenseitigen Zusammenwirken erfüllt werden kann. ³Die Form der Präsentation und die Dauer des mündlichen Vortrags werden in Absprache festgelegt. ⁴Sieht die Anlage eine Präsentation mit Ausarbeitung (PR/A) vor, muss eine schriftliche Ausarbeitung die Präsentation ergänzen.

Projektarbeit

Eine Projektarbeit umfasst die schriftliche Abfassung eines Antrags für ein Forschungsprojekt und die Präsentation der Projektidee in einem Seminarvortrag (mit Diskussion).

Referat

Ein Referat umfasst:

1. eine eigenständige und vertiefte Auseinandersetzung mit einem Problem aus dem Arbeitszusammenhang der Lehrveranstaltung unter Einbeziehung und Auswertung einschlägiger Literatur,
2. die Darstellung der Arbeit und die Vermittlung ihrer Ergebnisse im Vortrag sowie in der anschließenden Diskussion,
3. gegebenenfalls eine schriftliche Ausarbeitung.

Seminararbeit

Eine Seminararbeit ist eine experimentelle, dokumentarische oder darstellende wissenschaftlich-praktische Leistung (Projekt).

Seminarleistung

Eine Seminarleistung umfasst eine Hausarbeit und deren Vortrag mit anschließender Diskussion.

Stegreif

¹Innerhalb eines Stegreifs soll eigenständige Recherche und die Fähigkeit des kreativen und/oder wissenschaftlich-analytischen Arbeitens unter Zeitdruck erprobt werden. ²Das Ergebnis ist die Anfertigung eines Entwurfs oder eines Plans/einer Planung zu einer fachspezifischen oder fächerübergreifenden Aufgabe in konzeptioneller Hinsicht unter besonderer Berücksichtigung der studienfachbezogenen Aspekte. ³Die Bearbeitungszeit eines Tagesstegreifs beträgt 24 Stunden, die Bearbeitungszeit eines Wochenstegreifs sieben Tage.

Studienarbeiten

¹Eine Studienarbeit umfasst die Bearbeitung einer fachspezifischen oder fächerübergreifenden Aufgabenstellung in theoretischer, experimenteller oder konstruktiver Hinsicht sowie die Darstellung und Erläuterung der erarbeiteten Lösungen in einer für die berufliche Tätigkeit üblichen Weise. ²Der Bearbeitungsumfang wird in der Anlage (in Monaten oder Zeitstunden) verbindlich festgelegt. ³Das Thema einer Projektarbeit kann von jeder Professorin oder jedem Professor der beteiligten Fakultäten vorgeschlagen werden. ⁴Mit Genehmigung des nach § 3 zuständigen Organs kann das Thema auch von einer Professorin oder einem Professor vorgeschlagen werden, die oder der nicht Mitglied der beteiligten Fakultäten ist. ⁵Gegebenfalls kann das nach § 3 zuständige Organ eine Liste beschließen, die die Erstprüferschaft einschränkt. ⁶Das Thema der Projektarbeit wird von der oder dem Prüfenden nach Anhörung des Prüflings festgelegt. ⁷Die Ausgabe des Themas erfolgt über das nach § 3 zuständige Organ oder die vom nach § 3 zuständigen Organ beauftragten Stelle; die Ausgabe ist aktenkundig zu machen. ⁸Die Aufgabenstellung und ein Bearbeitungszeitplan müssen mit der Ausgabe des Themas festliegen. ⁹Während der Anfertigung der Arbeit wird die zu prüfende Person von der oder dem Prüfenden betreut. ¹⁰Die Zeit von der Ausgabe des Themas bis zur Ablieferung der Studienarbeit beträgt sechs Monate. ¹¹Das Thema einer Arbeit kann nur einmal und nur innerhalb der ersten acht Wochen der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. ¹²Die Arbeit ist fristgemäß in zweifacher Ausfertigung bei der vom Prüfungsausschuss benannten Stelle abzuliefern; der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. ¹³Bei der Bewertung kann auch der Verlauf der Bearbeitung berücksichtigt werden. ¹⁴Die Arbeit ist in der Regel innerhalb von vier Wochen nach ihrer Abgabe zu bewerten.

Theaterpraktische Präsentation

¹Eine Theaterpraktische Präsentation ist die Darstellung theaterpraktischer Arbeit in prozesshafter oder produktorientierter Form vor Zuschauern. ²Sätze 2 bis 5 der Definition der mündlichen Prüfungen gelten entsprechend.

Übungen

¹Eine Übung als Prüfungsleistung wird unter Aufsicht während einer festgesetzten Übungszeit innerhalb des Vorlesungsplans durchgeführt. ²Zum Bestehen muss ein bestimmter Anteil der Übungsaufgaben gemäß der entsprechenden der Vorgabe der beziehungsweise des Lehrenden gelöst werden.

Unterrichtsgestaltung

¹Eine Unterrichtsgestaltung umfasst die selbstständige Planung und Durchführung einer Unterrichtsstunde im Rahmen eines Fachpraktikums an einer Förderschule oder in einem inklusiven Setting. ²Die Unterrichtsstunde wird von einer Mentorin beziehungsweise einem Mentor sowie vom Seminarleiter beziehungsweise von der Seminarleiterin des Vorbereitungsseminars begutachtet und bewertet.

Vortrag

¹In einem Vortrag soll der/die zu Prüfende nachweisen, dass er/sie wissenschaftliche Sachverhalte kurz und präzise darstellen kann und die Fertigkeit beherrscht, in einer wissenschaftlich kritischen Diskussion seinen Standpunkt zu verteidigen. ²Um eine objektive Bewertung zu gewährleisten, muss der/die zu Prüfende ein Manuskript des Vortrages vor dem mündlichen Vortrag bei der für den betreffenden Kurs verantwortlichen Dozentin oder dem Dozenten abgeben.

Zeichnerische Darstellung

¹Zeichnerische Darstellungen erläutern, klären und präsentieren die entwerferische sowie planerische Arbeit. ²Sie werden je nach Aufgabenstellung und Themenschwerpunkt in verschiedenen Maßstäben und Techniken erstellt.

Zusammengesetzte Prüfungsleistung

¹Eine zusammengesetzte Prüfungsleistung besteht aus bis zu fünf Teilen. ²Die Teile können z. B. eine Klausur, eine mündliche Prüfung, ein Praktikum oder eine Hausarbeit sein.

Anlage 2.2.: Glossar der Prüfungsleistungen

A	Aufsatz
AA	Ausarbeitung
BA	Bachelorarbeit
BÜ	Bestimmungsübungen
DO	Dokumentation
ES	Essay
EX	Experimentelles Seminar
FP	Fachpraktische Prüfung
FS	Fallstudie
HA	Hausarbeit
K	Klausur ohne Antwortwahlverfahren
KA	Klausur mit Antwortwahlverfahren
KO	Kolloquium
KP	Künstlerische Präsentation
KU	Kurzarbeit
KW	künstlerisch-wissenschaftliche Präsentation
LÜ	Laborübungen
MA	Masterarbeit
ME	Musikalische Erarbeitung in einer Lerngruppe
ML	Master-Kolloquium
MO	Modelle
MP	mündliche Prüfung
MU	Musikpraktische Präsentation
MK	Musikpädagogisch-praktische Präsentation
P	Projektarbeit
PD	Planung und Durchführung einer Lehrveranstaltungseinheit
PF	Portfolio
PK	Pädagogisch orientiertes Konzert
PR	Präsentation
PW	Planwerk
R	Referat
SA	Seminararbeit
SG	Stegreif
SM	Seminarleistung
ST	Studienarbeiten
TP	Theaterpraktische Präsentation
U	Unterrichtsgestaltung
Ü	Übungen
uK	unbenotete Klausur
uKA	unbenotete Klausur im Antwort-Wahl-Verfahren
V	Vortrag
ZD	Zeichnerische Darstellung
ZP	Zusammengesetzte Prüfungsleistungen

Anlage 3: Ergänzende RegelungenAnlage 3.1.: Melde- und Prüfungszeiträume

¹Das nach § 3 zuständige Organ legt die Variante für diesen Studiengang bzw. für die Fächer dieses Studiengangs fest. ²Es ist zwischen Variante 1 (ein Melde-/ ein Prüfungszeitraum) und Variante 2 (zwei Melde-/ zwei Prüfungszeiträume) zu entscheiden.

³Variante 1

Meldezeitraum im Wintersemester:	15.11. – 30.11.
Prüfungszeitraum im Wintersemester:	15.12. – 14.04.
Meldezeitraum im Sommersemester:	15.05. – 31.05.
Prüfungszeitraum im Sommersemester:	15.06. – 14.10.

⁴In der Zeit vom 15.10. – 14.11. für das Wintersemester und in der Zeit vom 15.04. – 14.05. für das Sommersemester sollen keine Prüfungen stattfinden.

⁵Variante 2

Meldezeitraum I im Wintersemester:	15.11. – 30.11.
Prüfungszeitraum I im Wintersemester:	15.12. – 28.02.
Meldezeitraum II im Wintersemester:	16.03. – 23.03.
Prüfungszeitraum II im Wintersemester:	24.03. – 14.04.
Meldezeitraum I im Sommersemester:	15.05. – 31.05.
Prüfungszeitraum I im Sommersemester:	15.06. – 31.08.
Meldezeitraum II im Sommersemester	16.09. – 23.09.
Prüfungszeitraum II im Sommersemester	24.09. – 14.10.

⁶In den Zeiten vom 15.10. – 14.11. und vom 01.03. – 15.03. für das Wintersemester sowie in den Zeiten 15.04. – 14.05. und 01.09. – 15.09. für das Sommersemester sollen keine Prüfungen stattfinden.

⁷Bachelorarbeiten sowie Projekt- und Studienarbeiten können außerhalb der gem. Anlage 3.1 geregelten Zeiträume angemeldet werden. ⁸Zu beachten ist, dass innerhalb eines Studiengangs für fachfremde Module (Lehrexporte) abweichende Melde- und Prüfungszeiträume gelten können.

⁹Für die gemäß Anlage 3.3 zur Prüfungsordnung aufgeführten Prüfungsformen soll eine Anmeldung im ersten Meldezeitraum beider Varianten erfolgen.

Anlage 3.2: Fristen zur Bewertung von Prüfungsleistungen

Die Noteneingabe durch die Prüfenden hat in Abhängigkeit zu in Anlage 3.1. gewählten Varianten für:

Variante 1:

- bis zum 15.04. für das Wintersemester,
- bis zum 15.10. für das Sommersemester

Variante 2:

- bis zum 01.09. (erster Prüfungszeitraum) /15.10. (zweiter Prüfungszeitraum) für das Sommersemester
- bis zum 01.03. (erster Prüfungszeitraum) /15.04 (zweiter Prüfungszeitraum) für das Wintersemester

zu erfolgen.

Anlage 3.3: Anmeldung von Prüfungsformen im ersten Meldezeitraum

– entfällt –

Der Fakultätsrat der Fakultät für Mathematik und Physik der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat am 17.07.2020 die nachstehende Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Mathematik beschlossen. Das Präsidium hat die Prüfungsordnung am 26.08.2020 gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 5. b) des Niedersächsischen Hochschulgesetzes genehmigt. Sie tritt nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover zum 01.10.2020 in Kraft.

Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Mathematik an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover

Die Fakultät für Mathematik und Physik der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat gemäß §§ 7 Absatz 3, 44 Absatz 1 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes die folgende Prüfungsordnung erlassen:

Übersicht

Erster Teil: Allgemeines

- § 1 Zweck der Prüfung und Hochschulgrad
- § 2 Dauer und Gliederung des Studiums
- § 3 Zuständigkeit (*Studiendekanin oder Studiendekan, Prüfungsausschuss*)

Zweiter Teil: Masterprüfung

- § 4 Aufbau und Inhalt der Prüfung
- § 5 Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzende
- § 6 Studien- und Prüfungsleistungen
- § 7 Masterarbeit
- § 8 Bestehen und Nichtbestehen
- § 9 Zusätzliche Module und Prüfungen
- § 10 Anerkennung bereits erbrachter Studien- und Prüfungsleistungen
- § 10a Einstufungsprüfung für Flüchtlinge
- § 11 Fernstudium

Dritter Teil: Prüfungsverfahren

- § 12 Zulassung zu Prüfungsleistungen
- § 13 Anmeldung
- § 14 Wiederholung
- § 15 Versäumnis, Rücktritt, Fristverlängerung
- § 16 Prüfungsmodalitäten in Härtefällen
- § 17 Bewertung von Prüfungsleistungen
- § 18 Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 19 Leistungspunkte und Module
- § 20 Gesamtnotenbildung
- § 21 Zeugnisse und Bescheinigungen
- § 22 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 23 Verfahrensvorschriften

Vierter Teil: Schlussvorschriften

- § 24 Inkrafttreten und Übergangsbestimmung

Erster Teil: Allgemeines

§ 1 Zweck der Prüfung und Hochschulgrad

- (1) ¹Die Masterprüfung bildet einen weiteren berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums. ²Durch die Masterprüfung soll festgestellt werden, ob der Prüfling die Fähigkeit besitzt, nach wissenschaftlichen oder wissenschaftlich-künstlerischen Grundsätzen auf fortgeschrittenem Niveau selbstständig zu arbeiten und wissenschaftliche Erkenntnisse anzuwenden; ferner soll festgestellt werden, ob er die fachlichen Zusammenhänge des Faches überblickt und die für den Übergang in die Berufspraxis notwendigen Fachkenntnisse und Handlungskompetenzen erworben hat.
- (2) Nach bestandener Masterprüfung verleiht die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover den akademischen Grad „Master of Science“ (M. Sc.).

§ 2 Dauer und Gliederung des Studiums

¹Die Regelstudienzeit beträgt zwei Jahre. ²Der Zeitaufwand für das Präsenzstudium und Selbststudium beträgt 120 ECTS-Leistungspunkte (Leistungspunkte) zu je 30 Stunden. ³Das Studium gliedert sich in vier Semester.

§ 3 Zuständigkeit (Studiendekanin oder Studiendekan, Prüfungsausschuss)

- (1) ¹Für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dieser Prüfungsordnung ist die Studiendekanin oder der Studiendekan zuständig. ²Im Einvernehmen mit der Studiendekanin oder dem Studiendekan kann der Fakultätsrat zur Erledigung dieser Aufgaben einen Prüfungsausschuss einsetzen.
- (2) ¹Dem Prüfungsausschuss gehören fünf Mitglieder an, und zwar drei Mitglieder aus der Hochschullehrergruppe, ein Mitglied, das die Mitarbeitergruppe vertritt und in der Lehre tätig ist, sowie ein Mitglied der Studierendengruppe. ²Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie deren Vertretungen werden durch die jeweiligen Gruppenvertretungen benannt. ³Der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz, über die der Prüfungsausschuss entscheidet, müssen von Mitgliedern der Hochschullehrergruppe oder habilitierten Mitgliedern ausgeübt werden. ⁴Das studentische Mitglied hat in Bewertungsfragen und bei der Entscheidung über die Anerkennung von Prüfungsleistungen nur beratende Stimme. ⁵Die Studiendekanin oder der Studiendekan kann, falls sie oder er nicht als Mitglied des Prüfungsausschusses benannt wird, an den Sitzungen des Prüfungsausschusses mit beratender Stimme teilnehmen.
- (3) ¹Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Vertretungen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. ²Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (4) ¹Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, soweit die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. ²Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst; Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen.
- (5) ¹Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. ²Über die Sitzungen des Prüfungsausschusses wird eine Niederschrift geführt. ³In dieser sind die wesentlichen Gegenstände der Erörterung und die Beschlüsse festzuhalten.
- (6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, an der Abnahme von Prüfungen beobachtend teilzunehmen.
- (7) ¹Der Prüfungsausschuss kann Befugnisse widerruflich auf den Vorsitz und den stellvertretenden Vorsitz übertragen. ²Der Prüfungsausschuss kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben einer von ihm beauftragten Stelle bedienen. ³Die oder der Vorsitzende bereitet die Beschlüsse des Prüfungsausschusses vor, führt sie aus und berichtet dem Prüfungsausschuss laufend über diese Tätigkeit. ⁴Die Übertragung der Befugnisse auf den Vorsitz oder den stellvertretenden Vorsitz ist für Fälle nach § 18 Absatz 1 ausgeschlossen.
- (8) Der Prüfungsausschuss kann sich eine Geschäftsordnung geben.

Zweiter Teil: Masterprüfung

§ 4 Aufbau und Inhalt der Prüfung

- (1) ¹Die Masterprüfung wird studienbegleitend abgenommen. ²Sie besteht aus Prüfungs- und gegebenenfalls Studienleistungen in Pflichtmodulen nach Anlage 1.1, dem Pflichtmodul „Masterarbeit“ nach Anlage 1.4 und gegebenenfalls Wahlpflichtmodulen nach Anlage 1.2 sowie Wahlmodulen nach Anlage 1.3.
- (2) Die den Modulen zugeordneten Lehrveranstaltungen ergeben sich aus dem Modulkatalog oder dem Vorlesungsverzeichnis.
- (3) Entfällt
- (4) ¹Lehr- und Prüfungssprache ist Deutsch oder Englisch. ²Studierende ohne ausreichende Deutschkenntnisse können den Studiengang – inklusive Prüfungen – auf Englisch absolvieren. ³Dazu wird nach vorhergehender Beratung des Studierenden durch Beauftragte des nach § 3 zuständigen Organs ein individueller verpflichtender Studienplan erstellt. ⁴Bestandteil dieses Studienplans kann im Rahmen der Schlüsselkompetenzen (Anlage 1.2.c) ein Modul zum Erwerb deutscher Sprachkenntnisse im Umfang von bis zu 10 LP sein; im gewählten Anwendungsfach (Anlage 1.3.a – 1.3.h) müssen dann entsprechend weniger LP erbracht werden. ⁵Ein Anspruch, alle Lehrveranstaltungen des Studiengangs in englischer Sprache zu absolvieren, besteht nicht; dies gilt insbesondere für die Module des gewählten Anwendungsfaches (Anlage 1.3.a – 1.3.h).

§ 5 Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzende

¹Das nach § 3 zuständige Organ bestellt für die Module des Studiengangs Master Mathematik Mitglieder der Hochschullehrergruppe der Fakultät für Mathematik und Physik der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover als Prüfungsberechtigte sowie die Beisitzenden. ²Das nach § 3 zuständige Organ kann weitere Prüfende bestellen, sofern diese mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen. ³Soweit sie die Voraussetzungen nach Satz 2 erfüllen, können auch Prüfende bestellt werden, die nicht Mitglieder oder Angehörige der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität sind. ⁴Zur Beisitzerin oder Beisitzer darf nur bestellt werden, wer mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation erworben hat. ⁵Die Bestellung von Beisitzenden kann vom § 3 zuständigen Organ auch auf die Prüfenden delegiert werden.

§ 6 Studien- und Prüfungsleistungen

- (1) ¹Studienleistungen sind insbesondere unbenotete Hausübungen, Laborübungen, Präsenzübungen, Praktikumsberichte, Klausuren, Vorträge und Hausarbeiten. ²Die zu erbringenden Studienleistungen werden in den jeweiligen Modulbeschreibungen näher erläutert und von den Lehrenden spätestens zu Beginn der Lehrveranstaltung festgelegt. ³Studienleistungen sind in der Regel binnen eines Jahres nach Ende der zugehörigen Lehrveranstaltung zu erbringen.
- (2) ¹Prüfungsleistungen sind die Masterarbeit, Klausuren, mündliche Prüfungen, Hausarbeiten sowie Seminararbeiten. ²Näheres zu den Prüfungsformen regelt Anlage 2.1.
- (3) ¹Sind nach den Anlagen 1.1., 1.2. oder 1.3. in einem Modul alternative Prüfungsformen vorgesehen oder kann eine Prüfungsform durch eine andere ersetzt werden, muss die Ankündigung der Prüfungsform spätestens zu Beginn des Semesters erfolgen. ²Gleiches gilt für die Gewichtung der einzelnen Bestandteile, wenn die Anlagen 1.1., 1.2. oder 1.3. eine zusammengesetzte Prüfungsleistung vorsehen.
- (4) Studien- und Prüfungsleistungen können in Form von Gruppenarbeiten abgenommen werden, sofern sich die einzelnen Beiträge aufgrund objektiver Kriterien deutlich abgrenzen und getrennt bewerten lassen.
- (5) Bei der Abgabe von schriftlichen Hausarbeiten (Studien- und Prüfungsleistungen) ist schriftlich zu versichern, dass
 - a) die Arbeit selbstständig verfasst wurde,
 - b) keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden,
 - c) alle Stellen der Arbeit, die wörtlich oder sinngemäß aus anderen Quellen übernommen wurden, als solche kenntlich gemacht sind und
 - d) die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegen hat.

- (6) ¹Während des Semesters können in Ergänzung zu den jeweiligen Prüfungsleistungen bis zu fünf kleine Leistungen in Form von Vorträgen, Präsentationen oder Kurzklausuren angeboten werden. ²Die Teilnahme der Studierenden ist freiwillig. ³Hat eine Studentin oder ein Student an einer oder mehreren Leistungen während des Semesters erfolgreich teilgenommen, wird das erreichte Ergebnis bei der Bewertung der Prüfungsleistung als Bonus berücksichtigt. ⁴Der Anteil der Leistung beziehungsweise Leistungen darf maximal zu 20 vom Hundert in die Prüfungsnote eingehen. ⁵Die Anzahl sowie die Bewertung der Leistungen ist von den Prüfenden zu Beginn des Semesters anzugeben. ⁶Die Bestnote für die Prüfungsleistung kann auch ohne die Teilnahme an den Leistungen erreicht werden. ⁷Eine Nichtteilnahme an einzelnen Leistungen beziehungsweise ein Nichtbestehen einzelner Leistungen führt nicht zu einer Verschlechterung der Gesamtbewertung der Prüfungsleistung. ⁸Die ergänzenden Leistungen sind so zu gestalten, dass der innerhalb des jeweiligen Moduls in den Anlagen vorgesehene Zeitaufwand für Präsenz- und Selbststudium (Leistungspunkte) eingehalten wird.

§ 7 Masterarbeit

- (1) ¹Das Modul Masterarbeit besteht aus der Masterarbeit und gegebenenfalls einer mündlichen Prüfungsleistung und/oder Studienleistung entsprechend der Anlage 1.4. ²Die Masterarbeit soll zeigen, dass der Prüfling in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus dem Fach selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. ³Für das bestandene Modul Masterarbeit werden 30 Leistungspunkte vergeben.
- (2) ¹Das Thema der Masterarbeit muss dem Prüfungszweck (§ 1 Absatz 1) und dem für die Bearbeitung zur Verfügung stehenden Zeitraum nach Absatz 4 angemessen sein. ²Die Themenausgabe darf erst nach erfolgter Zulassung gemäß § 12 Absatz 3 erfolgen.
- (3) ¹Das Thema kann einmal innerhalb des ersten Drittels der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. ²Eine erneute Anmeldung nach Rückgabe des Themas muss innerhalb von sechs Monaten erfolgen. ³Erfolgt eine Anmeldung nicht innerhalb dieser Frist, wird ein von der Erstprüferin oder dem Erstprüfer festgelegtes Thema mit einer nach Maßgabe von Absatz 4 Satz 1 festgesetzten Bearbeitungsfrist zugestellt. ⁴§ 15 Absatz 2 Satz 1 bis Satz 4 gilt entsprechend.
- (4) ¹Die Masterarbeit ist binnen 6 Monaten nach Ausgabe schriftlich und zusätzlich in elektronischer Form abzuliefern. ²Die Masterarbeit soll innerhalb von sechs Wochen, spätestens nach zehn Wochen, von den beiden Prüfenden bewertet werden.
- (5) Bei der Abgabe der Masterarbeit ist schriftlich zu versichern, dass
- a) die Arbeit selbstständig verfasst wurde,
 - b) keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden,
 - c) alle Stellen der Arbeit, die wörtlich oder sinngemäß aus anderen Quellen übernommen wurden, als solche kenntlich gemacht sind und
 - d) die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegen hat.
- (6) ¹Der Ablauf des Prüfungsverfahrens im Modul Masterarbeit ergibt sich aus der Modulbeschreibung im Modulhandbuch. ²Beinhaltet das Modul Masterarbeit mehr als eine Prüfungsleistung, setzt sich die Note entsprechend der Anlage 1.4. zusammen.
- (7) ¹Die Masterarbeit ist in deutscher Sprache, in Absprache mit den Prüfenden auch in englischer Sprache abzufassen. ²Darüber hinaus kann im begründeten Einzelfall die Abfassung in einer anderen Sprache zugelassen werden. ³Über Anträge gemäß Satz 2 beschließt das nach § 3 zuständige Organ spätestens mit der Entscheidung über die Zulassung (§ 12).

§ 8 Bestehen und Nichtbestehen der Masterprüfung

- (1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn die Module, die in § 4 in Verbindung mit den Anlagen 1.1., 1.2., 1.3. und 1.4 genannt werden, bestanden worden sind und mindestens 120 ECTS-Leistungspunkte erworben wurden.
- (2) ¹Die Masterprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn die Wiederholung einer nicht bestandenen Prüfungsleistung, die nach § 4 erforderlich ist, gemäß § 14 nicht mehr möglich ist. ²Über die endgültig nicht bestandene Masterprüfung ergeht ein schriftlicher Bescheid.

§ 9 Zusätzliche Module und Prüfungen

- (1) ¹Studierende können sich über die in den Anlagen 1.2. und 1.3. genannten Prüfungsleistungen hinaus weiteren als den für die Erreichung der Mindestleistungspunktzahl erforderlichen Prüfungen dieses Studiengangs unterziehen (Zusatzprüfungen). ²Gleiches gilt für zusätzlich absolvierte Module dieses Studiengangs (Zusatzmodule). ³Auf Antrag an das nach § 3 zuständige Organ können auch Prüfungen und Module außerhalb des Studiengangs absolviert werden.
- (2) Die Ergebnisse von Zusatzprüfungen sowie von Zusatzmodulen, die gemäß § 19 Absatz 2 Satz 1 bestanden sind, werden auf Antrag an das nach § 3 zuständige Organ in die Abschlussdokumente und die sonstigen Dokumente gemäß § 21 aufgenommen, jedoch bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht mit einbezogen.

§ 10 Anerkennung bereits erbrachter Studien- und Prüfungsleistungen

- (1) ¹Bereits erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen können unter den nachfolgend bestimmten Voraussetzungen anerkannt werden. ²Anträge auf Anerkennung sollen zu Beginn des Studiums gestellt werden. ³Nach Beginn eines Prüfungsverfahrens ist eine Anerkennung für diese Prüfungsbeziehungsweise Studienleistung nicht mehr möglich. ⁴Der Antrag ist an das nach § 3 zuständige Organ zu richten. ⁵Über den Antrag ist in der Regel binnen sechs Wochen zu entscheiden. ⁶Die Frist beginnt mit dem Vorliegen aller für die Entscheidung erforderlichen Unterlagen. ⁷Studien- und Prüfungsleistungen, die im Rahmen eines Studiums an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität erbracht wurden, werden von Amts wegen anerkannt.
- (2) ¹Studien- und Prüfungsleistungen, die an einer Hochschule im In- oder Ausland erbracht wurden, werden nach Maßgabe des Übereinkommens über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region von 11. April 1997 (Lissaboner Konvention) anerkannt, wenn keine wesentlichen Unterschiede zu den nach dieser Prüfungsordnung zu erbringenden Studien- und Prüfungsleistungen bestehen. ²Im Zweifel sind Stellungnahmen des Prüfenden, eines Mitglieds der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität, das nach § 5 in dem Modul, für das die Anerkennung beantragt wird, prüfungsberechtigt ist, oder der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen einzuholen. ³Die Beweislast für die nicht gegebene Gleichwertigkeit oder für wesentliche Unterschiede trägt die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität. ⁴Das Verfahren regelt der Orientierungsrahmen zur Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität.
- (3) ¹Außerhalb des Studiums erworbene berufliche Kompetenzen werden in einem Umfang von bis zu 50 vom Hundert der nach § 2 erforderlichen Leistungspunkte anerkannt, wenn sie gleichwertig sind. ²Die Beweislast für die nicht gegebene Gleichwertigkeit oder für wesentliche Unterschiede trägt die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität. ³Das Verfahren regelt der Orientierungsrahmen für die Anerkennung beruflich erworbener Kompetenzen der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität.
- (4) ¹Für anerkannte Prüfungsleistungen werden die Noten übernommen oder bei abweichender Notenskala umgerechnet, die darauf entfallenden Studienzeiten anerkannt und Leistungspunkte entsprechend den Anlagen 1.1., 1.2. oder 1.3. vergeben. ²Bei im Ausland erbrachten Leistungen bleibt die Prüfungsleistung auf Antrag unbenotet, dies gilt insbesondere im Fall des Absatzes 3 Satz 1. ³Die Anerkennung wird im Zeugnis gekennzeichnet.
- (5) Die Entscheidung über die Anerkennung oder Nichtanerkennung ist der Antragstellerin oder dem Antragsteller schriftlich mitzuteilen; § 23 Absatz 1 ist zu beachten.

§ 10 a Einstufungsprüfungen für Flüchtlinge

Kenntnisse und Fähigkeiten, die nach Maßgabe der Prüfungsordnung für den Abschluss des Studiums erforderlich sind, können von Personen, die glaubhaft gemacht haben, dass sie fluchtbedingt den Nachweis von bereits absolvierten Studienzeiten und Prüfungsleistungen nicht erbringen können, in einer besonderen Einstufungsprüfung nachgewiesen und auf Module angerechnet werden.

§ 11 Fernstudium

Durch Beschluss des nach § 3 zuständigen Organs können ausgewählte Module auch als Fernstudienmodule angeboten werden.

Dritter Teil: Prüfungsverfahren

§ 12 Zulassung zu Prüfungsleistungen

- (1) ¹Für Prüfungen in Masterstudiengängen ist unter Berücksichtigung von Absatz 2 zugelassen, wer in dem betreffenden Studiengang an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover eingeschrieben ist. ²Weitere Zulassungsvoraussetzungen zu einzelnen Prüfungsleistungen sind den Anlagen 1.1, 1.2., 1.3. oder 1.4. zu entnehmen.
- (2) ¹Die Zulassung für Prüfungen in Masterstudiengängen wird versagt, wenn eine Prüfungsleistung in einem Modul, das einem Pflichtmodul dieses Studiengangs gleichsteht, in einem bisherigen Studiengang endgültig nicht bestanden worden ist. ²Endgültig nicht bestandene Prüfungsleistungen in einem Modul, das einem Wahlpflichtmodul des Studiengangs entspricht, für den die Zulassung beantragt wird, können in diesem Studiengang nicht wiederholt werden.
- (3) ¹Zur Masterarbeit muss die Zulassung beantragt werden. ²Die Zulassung zur Masterarbeit setzt voraus, dass im Rahmen der Masterprüfung mindestens 75 Leistungspunkte erworben und – soweit vorgesehen – weitere in der Anlage 1.4. aufgeführte Voraussetzungen erfüllt wurden. ³Über Ausnahmen entscheidet bei Vorliegen wichtiger Gründe das nach § 3 zuständige Organ..
- (4) ¹Die Zulassung nach Absatz 3 wird versagt, wenn die Zulassungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind. ²Über die Nichtzulassung erhält der Prüfling einen Bescheid.

§ 13 Anmeldung

¹Für den Antritt zu einer Prüfungsleistung und zur Wiederholung einer Prüfungsleistung ist innerhalb des Zeitraums, den das nach § 3 zuständige Organ festgesetzt hat, eine gesonderte Anmeldung erforderlich. ²Das nach § 3 zuständige Organ kann festlegen, dass zu einzelnen Studienleistungen ebenfalls eine Anmeldung erforderlich ist. ³Es gelten zum Zeitpunkt der Einführung des integrierten Campusmanagementsystems die gemäß Anlage 3.1. aufgeführten Regelungen.

§ 14 Wiederholung

- (1) ¹Bestandene Prüfungsleistungen können nicht wiederholt werden. ²Eine nicht bestandene Prüfungsleistung kann zweimal wiederholt werden. ³Masterarbeiten sowie Projekt- und Studienarbeiten können abweichend davon nur einmal wiederholt werden. ⁴Begonnene Prüfungsleistungen aus Pflichtmodulen und aus Wahlpflichtmodulen sind zu wiederholen, bis sie bestanden sind oder eine Wiederholung nach Satz 2 oder Satz 3 nicht mehr möglich ist; § 19 Absatz 2 Satz 3 und § 19 Absatz 3 Satz 3 bleiben unberührt. ⁵Als Beginn einer Prüfungsleistung gilt die erste Teilnahme an der Prüfung oder die Ausgabe des Themas. ⁶Nicht bestandene Prüfungsleistungen aus Wahlmodulen müssen nicht wiederholt werden; sie können durch andere Wahlmodule ersetzt werden. ⁷Bei zusammengesetzten Prüfungsleistungen müssen im Falle des Nichtbestehens alle Teilprüfungen wiederholt werden.
- (2) ¹Wiederholungen von Prüfungsleistungen können nach Wahl der oder des Prüfenden in einer anderen, in § 6 Absatz 2 genannten Prüfungsform abgenommen werden. ²Die Bekanntgabe der Prüfungsform muss spätestens zu Beginn der Anmeldefrist (§ 13 Satz 1) erfolgen.
- (3) ¹In der letzten Wiederholung einer Prüfungsleistung darf für eine tatsächlich erbrachte Klausur die Note „nicht ausreichend“ oder bei unbenoteten Klausuren die Bewertung „nicht bestanden“ nur nach einer Ergänzungsprüfung erteilt werden. ²Diese Ergänzungsprüfung, deren Inhalt sich auf den Inhalt der vorausgegangenen Klausur beziehen muss, wird in der Regel innerhalb von sechs Wochen nach Bekanntgabe des Ergebnisses abgenommen. ³Wird die Ergänzungsprüfung als mündliche Prüfung durchgeführt, muss an der Prüfung neben der oder dem Prüfenden eine Beisitzerin oder ein Beisitzer teilnehmen. ⁴Eine mündliche Ergänzungsprüfung soll die Dauer von maximal 20 Minuten in der Regel nicht überschreiten. ⁵Die Ergänzungsprüfung kann mit Ausnahme einer Klausur auch in einer anderen, in § 6 Absatz 2 genannten Prüfungsform abgenommen werden. ⁶Nach der Ergänzungsprüfung kann im Falle des Bestehens der Prüfungsleistung nur die Note "ausreichend (4,0)" oder bei unbenoteten Prüfungsleistungen nur die Note „bestanden“ vergeben werden. ⁷Die Ergänzungsprüfung ist ausgeschlossen, wenn für die Bewertung der schriftlichen Prüfungsleistung § 18 Anwendung gefunden hat. ⁸Studierende sind nach Bekanntgabe des Ergebnisses der letzten Wiederholungsklausur mindestens drei Wochen vor der Ergänzungsprüfung durch das Prüfungsamt zu dieser zu laden. ⁹§ 15 Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 15 Versäumnis, Rücktritt, Fristverlängerung

- (1) ¹Der Rücktritt von einer Anmeldung zu einer Prüfungsleistung sowie zu einer Wiederholung einer Prüfungsleistung kann bis zum Beginn der Prüfung erfolgen. ²Das Nichterscheinen zu einem festgesetzten Prüfungstermin wird als Rücktritt gewertet. ³Als Beginn einer Prüfung gilt bei Prüfungsleistungen mit Abgabeterminen die Ausgabe des Themas. ⁴Als Beginn einer Zusammengesetzten Prüfungsleistung gilt entsprechend § 14 Absatz 1 Satz 5 der Beginn des ersten Prüfungsteils. ⁵Tritt der beziehungsweise die Studierende vom ersten Prüfungsteil einer Zusammengesetzten Prüfungsleistung zurück, gilt dieser Rücktritt für die gesamte Prüfung. ⁶Der Rücktritt nach Satz 1 ist ohne Angabe von Gründen zulässig.
- (2) ¹Versäumt ein Prüfling den festgesetzten Abgabetermin oder tritt er von einer Prüfungsleistung erst nach deren Beginn zurück, wird die betreffende Prüfungsleistung mit "nicht bestanden" bewertet. ²Abweichend hiervon gilt die Prüfungsleistung als nicht unternommen, wenn für das Versäumnis oder den Rücktritt wichtige Gründe unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. ³Im Krankheitsfall ist ein ärztliches und auf Verlangen des nach § 3 zuständigen Organ ein fach- oder amtsärztliches Attest vorzulegen. ⁴Die Entscheidung über die Anerkennung der wichtigen Gründe trifft das nach §3 zuständige Organ. ⁵In den Fällen des Satzes 2 kann das nach § 3 zuständige Organ die Bearbeitungsdauer um insgesamt höchstens ein Drittel der vorgesehenen Bearbeitungsdauer verlängern. ⁶Eine Verlängerung darüber hinaus ist nur in begründeten Einzelfällen zulässig.

§ 16 Prüfungsmodalitäten in Härtefällen

¹Das nach § 3 zuständige Organ ermöglicht Studierenden, die eine länger andauernde gravierende Beeinträchtigung durch amts- oder fachärztliches Attest nachweisen, Prüfungsleistungen in gleichwertiger anderer Form, zu anderen Terminen oder innerhalb anderer Fristen zu erbringen. ²Bei Nachweis anderer wichtiger Gründe, insbesondere in Fällen des Mutterschutzgesetzes und der Elternzeit, ist entsprechend zu verfahren.

§ 17 Bewertung von Prüfungsleistungen

- (1) ¹Prüfungsleistungen werden von den Prüfenden in der Regel binnen eines Monats bewertet. ²Prüfungsleistungen werden in der Regel benotet. ³Studienleistungen sowie unbenotete Prüfungsleistungen werden mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet. ⁴Es gelten zum Zeitpunkt der Einführung des integrierten Campusmanagementsystems die gemäß Anlage 3.2 aufgeführten Regelungen. ⁵Bei der Benotung von Prüfungsleistungen sind folgende Notenstufen zu verwenden:
1,0; 1,3 = „sehr gut“ = eine besonders hervorragende Leistung,
1,7; 2,0; 2,3 = „gut“ = eine erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung,
2,7; 3,0; 3,3 = „befriedigend“ = eine Leistung, die in jeder Hinsicht den durchschnittlichen Anforderungen entspricht,
3,7; 4,0 = „ausreichend“ = eine Leistung, die trotz ihrer Mängel den Mindestanforderungen entspricht,
5,0 = „nicht ausreichend“ = eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.
⁶Eine mit "nicht ausreichend" bewertete Prüfungsleistung ist nicht bestanden.
- (2) ¹Wird eine Prüfungsleistung durch zwei Prüfende bewertet, ist sie nur bestanden, wenn beide Prüfende die Prüfungsleistung mit „bestanden“, „ausreichend“ oder besser bewerten. ²Die Note errechnet sich in diesem Fall aus dem Durchschnitt der von den Prüfenden festgesetzten Einzelnoten. ³§ 20 Absatz 3 Satz 4 gilt entsprechend.
- (3) Bei einer Zusammengesetzten Prüfungsleistung gemäß § 6 Absatz 3 Satz 2 werden die einzelnen Teilprüfungsleistungen der Prüfungsleistung entsprechend der Notenstufen gemäß § 17 Absatz 1 bewertet. ²Anhand der vorgegebenen Gewichtung der einzelnen Noten wird die Gesamtnote der Zusammengesetzten Prüfungsleistung entsprechend § 20 Absatz 3 Satz 1, 2 und 4 gebildet. ³Die Zusammengesetzte Prüfungsleistung ist bestanden, wenn die errechnete Gesamtnote 4,0 oder besser beträgt. ⁴Dabei ist es unerheblich, ob einzelne Teilleistungen nicht bestanden wurden.
- (4) ¹Eine nach dem Antwort-Wahl-Verfahren (z.B. Single-Choice oder Multiple-Choice) durchgeführte Prüfung ist bestanden, wenn der Prüfling mindestens 50 vom Hundert der maximal zu vergebenden Punkte erreicht hat (absolute Bestehensgrenze). ²Abweichend davon wird in den Fällen, in denen der Mittelwert aller Prüfungen abzüglich 18 vom Hundert schlechter ist als die absolute Bestehensgrenze der so ermittelte Wert als relative Bestehensgrenze festgelegt. ³Zur Ermittlung der einzelnen Prüfungsergebnisse werden die Differenz zwischen der relativen und absoluten Bestehensgrenze

bei jedem Prüfling addiert. ⁴Bei Wiederholungsprüfungsleistungen gilt die durchschnittliche Prüfungsleistung der Prüflinge des ersten möglichen Prüfungstermins.

- (5) ¹Hat der Prüfling bei Leistungen nach dem Antwort-Wahl-Verfahren die für das Bestehen der Prüfung erforderliche Mindestzahl an Punkten nach Absatz 4 erreicht, so lautet die Note

1,0 = „sehr gut“, wenn er mindestens 95 vom Hundert,

1,3 = „sehr gut“, wenn er mindestens 90 vom Hundert,

1,7 = „gut“, wenn er mindestens 85 vom Hundert

2,0 = „gut“, wenn er mindestens 80 vom Hundert,

2,3 = „gut“, wenn er mindestens 75 vom Hundert,

2,7 = „befriedigend“, wenn er mindestens 70 vom Hundert,

3,0 = „befriedigend“, wenn er mindestens 65 vom Hundert,

3,3 = „befriedigend“, wenn er mindestens 60 vom Hundert,

3,7 = „ausreichend“, wenn er mindestens 55 vom Hundert, und

4,0 = „ausreichend“ (4,0), wenn er die Mindestzahl

der zu vergebenden Punkte erreicht hat. ²Hat der Prüfling die für das Bestehen der Prüfung erforderliche Mindestzahl an Punkten nicht erreicht, lautet die Note „nicht bestanden“.

§ 18 Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) ¹Beim Versuch, das Ergebnis einer Prüfungs- oder Studienleistung durch Täuschung zu beeinflussen, wird die betreffende Leistung mit "nicht bestanden" bewertet. ²Das Mitführen nicht zugelassener Hilfsmittel nach Beginn der Leistung ist stets ein Täuschungsversuch. ³Als nicht zugelassene Hilfsmittel gelten auch elektronische Kommunikationsgeräte. ⁴In besonders schwerwiegenden Fällen – insbesondere bei einem wiederholten Verstoß nach Satz 2 oder einem Plagiat – kann das nach § 3 zuständige Organ den Prüfling von der Erbringung weiterer Prüfungs- und Studienleistungen ausschließen oder die gesamte Prüfung als endgültig nicht bestanden erklären. ⁵Satz 4 gilt auch bei Verstößen in anderen Studiengängen der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität.
- (2) ¹Wer sich eines Ordnungsverstoßes schuldig macht, kann von der Fortsetzung der betreffenden Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht bestanden" bewertet. ²§ 14 bleibt unberührt, soweit es sich nicht um einen Fall des § 18 Absatz 1 Satz 4 handelt.

§ 19 Leistungspunkte für Module

- (1) ¹Die in den Anlagen 1.1., 1.2., 1.3. oder 1.4. aufgeführten Leistungspunkte für ein Modul werden vergeben, wenn die zugehörigen Studienleistungen erbracht und die geforderten Prüfungsleistungen bestanden oder mit „ausreichend“ oder besser benotet wurden. ²Für Module, die nach den Anlagen 1.1., 1.2. oder 1.3. in Form von modulübergreifenden Prüfungen abgeprüft werden (Modulgruppe), werden Leistungspunkte erst nach Bestehen der modulübergreifenden Prüfung vergeben.
- (2) ¹Ein Modul ist nach Erwerb aller in den Anlagen 1.1, 1.2., 1.3 oder 1.4. genannten Leistungspunkte bestanden. ²Die Modulnote oder die Modulgruppennote wird entsprechend § 20 Absatz 3 aus den Noten der im Rahmen des Moduls oder der Modulgruppe bestandenen benoteten Prüfungsleistungen gebildet. ³Eine Modulgruppe ist bestanden, wenn alle zur Prüfung gehörenden Module und die modulübergreifende Prüfung bestanden worden sind.
- (3) ¹In Bereichen jenseits der Pflichtmodule nach Anlage 1.1. können jeweils mehr Module gewählt und abgelegt werden als zur Erlangung der notwendigen Leistungspunkte notwendig sind. ²Die Berechnung der Gesamtnote regeln § 20 Absatz 1 bis Absatz 3. ³Sind die für die Gesamtprüfung erforderlichen Leistungspunkte erreicht und ist die erforderliche Anzahl an Wahlpflichtmodulen oder Wahlmodulen bestanden, kann das Prüfungsverfahren in den übrigen begonnenen und noch nicht bestandenen Wahlpflichtmodulen oder Wahlmodulen auf Antrag abgebrochen werden.

§ 20 Gesamtnotenbildung

- (1) ¹Zur Berechnung der Gesamtnote nach Absatz 3 werden die bestandenen und benoteten Pflichtmodule sowie die bestandenen und benoteten Wahlpflicht- und Wahlmodule mit den besten Bewertungen herangezogen, soweit die Studierende oder der Studierende nichts anderes beantragt hat. ²Die übrigen bestandenen Wahlpflicht- und Wahlmodule werden als Zusatzprüfungen gemäß § 9 behandelt.

- (2)¹Zur Berechnung der Gesamtnote nach Absatz 3 dürfen nur die Noten der Module berücksichtigt werden, die für das Erreichen der Leistungspunkte nach § 4 erforderlich sind. ²Soweit sich durch die Wahl des letzten Moduls, das zum Erreichen der nach § 4 erforderlichen Leistungspunkte notwendig ist, eine geringfügige Überschreitung dieser Punktezahl ergibt, werden die Module bei der Berechnung der Gesamtnote entsprechend Absatz 3 einbezogen.
- (3)¹Die Gesamtnote der Masterprüfung ist das arithmetische Mittel der Noten aller nach Maßgabe von § 17 Absatz 1 und Absatz 2 benoteten Module. ²Dabei werden, soweit nicht in den Anlagen 1.1., 1.2., 1.3. oder 1.4. besondere Gewichtungen ausgewiesen sind, gewichtend die darin aufgeführten Leistungspunkte verwendet. ³Die Gesamtnote lautet
- bei einem Durchschnitt bis 1,5: „sehr gut“,
 - bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5: „gut“,
 - bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5: „befriedigend“,
 - bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0: „ausreichend“,
 - bei einem Durchschnitt über 4,0: „nicht bestanden“.
- ⁴Bei der Bildung der Gesamtnote nach Satz 3 wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.
- (4) Lautet die die Gesamtnote der Masterprüfung mindestens 1,1 oder besser und ist die Masterarbeit mindestens mit der Note 1,0 bewertet, so wird das Prädikat „mit Auszeichnung“ verliehen und auf den Dokumenten gemäß § 21 vermerkt.
- (5)¹Die Modulnote wird – sofern die Anlagen 1.1 – 1.4 keine abweichende Regelung vorsehen - als arithmetisches Mittel aus allen zum Modul gehörenden benoteten Prüfungsleistungen gebildet. ²Dabei werden die in den Anlagen ausgewiesenen besonderen Gewichte oder anteiligen Leistungspunkte gewichtend verwendet. ³Ist in Modulen mit mehreren benoteten Prüfungsleistungen kein gesondertes Gewicht ausgewiesen oder eine Aufteilung der Leistungspunkte anteilig auf die Prüfungsleistungen nicht erfolgt, werden die Prüfungsleistungen bei der Bildung der Modulnote gleichgewichtet berücksichtigt. ⁴Entsprechend Absatz 3 Satz 4 wird bei der Modulnote nur die erste Stelle hinter dem Komma berücksichtigt. ⁵Alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

§ 21 Zeugnisse und Bescheinigungen

- (1)¹Über die bestandene Masterprüfung wird eine Urkunde über den verliehenen akademischen Grad sowie ein Zeugnis mit Einzelnachweisen ausgestellt. ²Ferner erhalten die Studierenden ein Diploma Supplement und eine Bescheinigung über die relative ECTS-Notenverteilung (Einstufungstabelle) sowie auf Antrag an das Prüfungsamt eine Bescheinigung über die Gesamtnote des Studiums als Grade Point Average (GPA).
- (2)¹Das Zeugnis gibt die Module und deren Noten, den Titel der Masterarbeit und deren Note sowie die erworbenen Leistungspunkte und die Gesamtnote der Prüfung sowie gegebenenfalls das Prädikat „mit Auszeichnung“ (§ 20 Absatz 4) an. ²Dem Zeugnis wird ein Verzeichnis der bestandenen Module (einschließlich des Moduls „Masterarbeit“) beigefügt, das die zugeordneten Lehrveranstaltungen und Leistungspunkte sowie die Benotung oder Bewertung der Prüfungsleistungen ausweist. ³Alle Noten werden als Dezimalzahl ausgewiesen. ⁴Als Tag des Bestehens der Masterprüfung wird auf allen Dokumenten der Tag angegeben, an dem das letzte nach § 20 Abs. 1 für die Berechnung der Gesamtnote relevante Modul erbracht worden ist. ⁵Das Ausstellungsdatum für alle Abschlussdokumente ist das Tagesdatum des Drucks.
- (3)¹Das Diploma Supplement enthält eine Beschreibung der durch den Studiengang erworbenen Qualifikationen sowie die gemäß § 20 Absatz 3 ermittelte Gesamtnote. ²Absatz 2 Satz 3 bis Satz 5 gelten entsprechend.
- (4)¹Die Bescheinigung über die relative ECTS-Notenverteilung wird in Form einer Einstufungstabelle ausgestellt. ²Die Ermittlung basiert auf dem ECTS Users' Guide der Europäischen Kommission in der jeweils geltenden Fassung. ³Das nach § 3 zuständige Organ legt dazu innerhalb der Rahmenvorgaben des Präsidiums die Parameter für die Kohortenbildung fest und stellt sie dem Prüfungsamt zur Verfügung.

- (5) ¹Die Bescheinigung über die Gesamtnote des Studiums als Grade Point Average (GPA) weist die im Zeugnis nach Absatz 2 angegebenen Prüfungsleistungen zusätzlich in folgenden GPA-Notenwertäquivalenten aus:

Note	Notenwertäquivalente
1,0	= 4,0
1,3	= 3,7
1,7	= 3,3
2,0	= 3,0
2,3	= 2,7
2,7	= 2,3
3,0	= 2,0
3,3	= 1,7
3,7	= 1,3
4,0	= 1,0

²Aus den Notenwertäquivalenten dieser Prüfungsleistungen werden gemäß § 19 Absatz 2 Satz 2 Notenwertäquivalente für die Modulnoten gebildet. ³Anhand der Notenwertäquivalente dieser Module wird der GPA gemäß § 20 Absatz 1 und Absatz 2 als Durchschnitt der Notenwertäquivalente ermittelt. ⁴Bei der Bildung der Gesamtnote nach Satz 3 wird auf die erste Dezimalstelle hinter dem Komma aufgerundet.

- (6) ¹Im Fall des § 8 Absatz 2 sowie bei anderweitigem Ausscheiden aus dem betreffenden Studiengang an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover wird auf Antrag eine Bescheinigung ausgestellt, welche die bestandenen Prüfungsleistungen und Module, deren Bewertungen und die dafür vergebenen Leistungspunkte aufführt. ²Alle Noten werden als Dezimalzahl ausgewiesen. ³Die Bescheinigung weist gegebenenfalls darauf hin, dass die Prüfung endgültig nicht bestanden ist.
- (7) ¹Alle Zeugnisse, Urkunden und Bescheinigungen nach Absatz 1 werden in deutscher Sprache ausgestellt. ²Zusätzlich werden vom Prüfungsamt Übersetzungen in englischer Sprache ausgegeben.

§ 22 Einsicht in die Prüfungsakten

¹Nach Abschluss einer Modulprüfung wird den Studierenden auf Antrag an das Prüfungsamt Einsicht in die vollständigen Prüfungsakten gewährt. ²Der Antrag ist spätestens binnen eines Jahres nach Bekanntgabe der Bewertung oder Aushändigung des Zeugnisses zu stellen.

§ 23 Verfahrensvorschriften

- (1) Belastende Verwaltungsakte sind schriftlich zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und der Betroffenen oder dem Betroffenen zuzustellen.
- (2) ¹Gegen Entscheidungen, denen die Bewertung einer Prüfungsleistung zu Grunde liegt, kann die oder der Betroffene binnen eines Monats nach Zustellung des Bescheids schriftlich bei dem nach § 3 zuständigen Organ Widerspruch erheben. ²Über den Widerspruch entscheidet das nach § 3 zuständige Organ.
- (3) ¹Bringt der Prüfling in seinem Widerspruch konkret und substantiiert Einwendungen gegen Bewertungen einer oder eines Prüfenden vor, leitet das nach § 3 zuständige Organ den Widerspruch der oder dem Prüfenden oder – im Falle der Bestellung von Erst- und Zweitprüfenden – beiden Prüfenden zur Stellungnahme zu. ²Ändert die oder der Prüfende oder ändern die Prüfenden die Bewertung antragsgemäß, so hilft das nach § 3 zuständige Organ dem Widerspruch ab. ³Anderenfalls überprüft das nach § 3 zuständige Organ unter Berücksichtigung der Stellungnahme oder der Stellungnahmen die Bewertung insbesondere darauf, ob
1. das Prüfungsverfahren ordnungsgemäß durchgeführt worden ist,
 2. bei der Bewertung von einem falschen Sachverhalt ausgegangen worden ist,
 3. allgemein gültige Bewertungsgrundsätze nicht beachtet worden sind,
 4. eine vertretbare und mit gewichtigen Argumenten folgerichtig begründete Lösung als falsch bewertet worden ist, oder ob
 5. sich die oder der Prüfende von sachfremden Erwägungen hat leiten lassen.
- (4) Über den Widerspruch ist binnen drei Monaten zu entscheiden.

(5) Das Widerspruchsverfahren darf nicht zur Verschlechterung der Prüfungsnote führen.

Vierter Teil: Schlussvorschriften

§ 24 Inkrafttreten und Übergangsbestimmung

- (1) Diese Prüfungsordnung tritt nach Genehmigung durch das Präsidium und nach ihrer Veröffentlichung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover zum 1. Oktober 2020 in Kraft.
- (2) ¹Studierende, die sich an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover in den Masterstudiengang Mathematik eingeschrieben haben, unterliegen ab Inkrafttreten den Regelungen dieser Prüfungsordnung. ²Über Ausnahmen entscheidet auf begründeten Antrag, der innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Prüfungsordnung zu stellen ist, das nach § 3 zuständige Organ.
- (3) ¹Die Prüfungsordnung vom 09.07.2015, in der Fassung der letzten Änderung vom 25.09.2018, tritt zum 31.03.2023 außer Kraft. ²Danach können Prüfungen nach dieser Prüfungsordnung nicht mehr abgenommen werden. ³Masterarbeiten müssen bis spätestens zum 31.07.2022 angemeldet werden.

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Module des Masterstudiengangs Mathematik

Anlage 1.1: Pflichtmodule

Anlage 1.2: Wahlpflichtbereich

Anlage 1.2.a: Seminar

Anlage 1.2.b: Schlüsselkompetenzen

Anlage 1.2.c: Zusätzliche Sprachkompetenz

Anlage 1.3: Wahlmodule

Anlage 1.3.a: Anwendungsfach Geodäsie und Geoinformatik

Anlage 1.3.b: Anwendungsfach Elektrotechnik

Anlage 1.3.c: Anwendungsfach Informatik

Anlage 1.3.d: Anwendungsfach Maschinenbau

Anlage 1.3.e: Anwendungsfach Philosophie

Anlage 1.3.f: Anwendungsfach Physik

Anlage 1.3.g: Anwendungsfach Wirtschaftswissenschaft

Anlage 1.3.h: Anwendungsfach "Spezielles Anwendungsfach"

Anlage 1.4: Modul „Masterarbeit“

Anlage 2: Prüfungsformen

Anlage 2.1: Definitionen

Anlage 2.2: Glossar

Anlage 3: Ergänzende Regelungen

Anlage 3.1: Melde- und Prüfungszeiträume

Anlage 3.2: Fristen zur Bewertung von Prüfungsleistungen

Anlage 3.3: Entfällt

Anlage 1: Module des Masterstudiengangs Mathematik

Das Masterstudium Mathematik gliedert sich in:

- einen Pflichtbereich (Anlage 1.1),
- einen Wahlpflichtbereich bestehend aus Seminar (Anlage 1.2.a), Schlüsselkompetenzen (Anlage 1.2.b) sowie gegebenenfalls ergänzenden Sprachkompetenzen, und
- einen Wahlbereich mit dem zu wählenden Anwendungsfach (Anlage 1.3.a – 1.3.h) sowie
- die Masterarbeit (Anlage 1.4).

Falls nicht anders in der Prüfungsordnung oder im Modulkatalog vermerkt ist, gelten die folgenden Richtwerte für die Dauer von Prüfungen. Schriftliche Prüfungen (Klausuren) dauern mindestens 45 Minuten, höchstens aber 180 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen Klausuren 5 - 15 Minuten pro Leistungspunkt dauern. Mündliche Prüfungen dauern mindestens 15 Minuten, höchstens aber 60 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen mündliche Prüfungen pro Leistungspunkt 1 - 4 Minuten dauern. Diese Richtwerte gelten nicht für Wahlmodule (Anlage 1.3) anderer Fakultäten.

Die Semesterangaben in den folgenden Tabellen haben empfehlenden Charakter, sie sind für Studierende nicht verbindlich.

Anlage 1.1: Pflichtmodule

Es sind Module im Umfang von 60 LP zu belegen.

Die Zuordnung der Vorlesungen zur Reinen oder Angewandten Mathematik erfolgt im Modulkatalog. Falls Lehrveranstaltungen nicht im Modulkatalog erwähnt werden, kann ersatzweise eine Zuordnung über das Vorlesungsverzeichnis erfolgen.

Lehrveranstaltungen, für die bereits im Bachelorstudium Leistungspunkte vergeben wurden, sind ausgeschlossen. Eine Lehrveranstaltung kann nur für ein Modul anerkannt werden.

Modul	Zugehörige Lehrveranstaltungen	Semester	ggf, Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistungen	Leistungspunkte
Modul Reine Mathematik1	Eine Vorlesung mit Übungen (4 +2 SWS) aus der Reinen Mathematik			Studienleistung nach Wahl des Dozenten	K oder MP nach Wahl des Dozenten	10
	--- oder ---- Zwei Vorlesungen mit Übungen (2 +1 SWS) aus der Reinen Mathematik			--- oder ---- Zwei Studienleistungen nach Wahl des Dozenten	--- oder ---- Zwei Prüfungen MP oder K nach Wahl des Dozenten	

Modul Reine Mathematik 2	Eine Vorlesung mit Übungen (4 +2 SWS) aus der Reinen Mathematik			Studienleistung nach Wahl des Dozenten	K oder MP nach Wahl des Dozenten	10
	--- oder ----			--- oder ----	--- oder ----	

	Zwei Vorlesungen mit Übungen (2 +1 SWS) aus der Reinen Mathematik			Zwei Studienleistungen nach Wahl des Dozenten	Zwei Prüfungen MP oder K nach Wahl des Dozenten	
Modul Angewandte Mathematik 1	Eine Vorlesung mit Übungen (4 +2 SWS) aus der Angew. Mathematik			Studienleistung nach Wahl des Dozenten	K oder MP nach Wahl des Dozenten	10
	--- oder --- Zwei Vorlesungen mit Übungen (2 +1 SWS) aus der Angew. Mathematik			--- oder --- Zwei Studienleistungen nach Wahl des Dozenten	--- oder --- Zwei Prüfungen MP oder K nach Wahl des Dozenten	
Modul Angewandte Mathematik 2	Eine Vorlesung mit Übungen (4 +2 SWS) aus der Angew. Mathematik			Studienleistung nach Wahl des Dozenten	K oder MP nach Wahl des Dozenten	10
	--- oder --- Zwei Vorlesungen mit Übungen (2 +1 SWS) aus der Angew. Mathematik			--- oder --- Zwei Studienleistungen nach Wahl des Dozenten	--- oder --- Zwei Prüfungen MP oder K nach Wahl des Dozenten	
Wahlmodul 1	Eine Vorlesung mit Übungen (4 +2 SWS) aus der Reinen oder Angew. Mathematik			Studienleistung nach Wahl des Dozenten	K oder MP nach Wahl des Dozenten	10
	--- oder --- Zwei Vorlesungen mit Übungen (2 +1 SWS) aus der Reinen oder Angew. Mathematik			--- oder --- Zwei Studienleistungen nach Wahl des Dozenten	--- oder --- Zwei Prüfungen MP oder K nach Wahl des Dozenten	
Wahlmodul 2	Eine Vorlesung mit Übung (4 +2 SWS) aus der Reinen oder Angew. Mathematik			Studienleistung nach Wahl des Dozenten	K oder MP nach Wahl des Dozenten	10
	--- oder --- Zwei Vorlesungen mit Übungen (2 +1			--- oder --- Zwei Studienleistungen nach	--- oder --- Zwei Prüfungen MP oder K nach Wahl	

	SWS) aus der Reinen oder Angew. Mathematik			Wahl des Dozenten	des Dozenten	
Summe						60

Anlage 1.2: Wahlpflichtmodule

Anlage 1.2.a: Seminar

Das Seminar sollte in der Regel aus dem Bereich belegt werden, in dem die Masterarbeit angefertigt wird.

Modul	Zugehörige Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzung für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistungen	Leistungspunkte
Seminar	Seminar I	2,3			SM	5

Anlage 1.2.b: Schlüsselkompetenzen

Es müssen insgesamt 5 LP erbracht werden. Veranstaltungen zur Schlüsselkompetenz können gewählt werden:

- a) aus dem mathematischen Seminarangebot; oder
- b) aus dem Angebot des Fachsprachenzentrums, des Zentrums für Schlüsselkompetenzen oder entsprechend ausgewiesenen Angeboten der Fakultäten; oder
- c) nach Antrag aus dem Angebot der Computerkurse der Informatik und des Rechenzentrums oder alternativen Angeboten von Computerkursen.

Es müssen andere Veranstaltungen belegt werden als im Bachelorstudium.

Falls vom anbietenden Bereich keine Studienleistung angeboten wird, muss ersatzweise als Studienleistung eine unbenotete Prüfungsleistung absolviert werden.

Modul	Zugehörige Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzung für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistungen	Leistungspunkte
Schlüsselkompetenzen	Seminar II	2,3			SM	5
	Lehrveranstaltung	2,3		Eine Studienleistung	-	5
Summe						5

Anlage 1.2.c: Zusätzliche Sprachkompetenz

Für nicht deutschsprachige Studierende kann nach vorhergehender Beratung durch Beauftragte des nach § 3 zuständigen Organs ein individueller verpflichtender Studienplan erstellt werden. Bestandteil dieses Studienplans kann das Modul Sprachkompetenz Deutsch im Umfang von bis zu 10 LP sein; im gewählten Anwendungsfach (Anhang 1.3.a-g) müssen dann entsprechend weniger LP erbracht werden.

Modul	Zugehörige Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzung für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistungen	Leistungspunkte
Sprachkompetenz Deutsch	Lehrveranstaltungen aus dem Angebot des Fachsprachenzentrums	1 bis 4		Gemäß Vorgaben des Anbieters	Unbenotet, Form gemäß Vorgaben des Anbieters	0 - 10

Anlage 1.3: Wahlmodule

Es ist ein Anwendungsfach zu wählen und in diesem sind mindestens 20 Leistungspunkte zu erbringen. Abweichend von Satz 1 sind hier, abhängig vom verpflichtenden Studienplan, von englischsprachigen Studierenden nach § 4 Absatz 3, Satz 2 Lehrveranstaltungen im Umfang von mindestens 10 LP zu belegen.

Anlage 1.3.a: Anwendungsfach Geodäsie und Geoinformatik

Falls das Anwendungsfach Geodäsie und Geoinformatik nicht bereits im Bachelorstudium gewählt wurde, ist nach dem folgenden Studienplan zu studieren:

Modul	Zugehörige Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistungen	Leistungspunkte
Grundlagen der digitalen Bildverarbeitung	Grundlagen der digitalen Bildverarbeitung	2.		Ü	K oder MP nach Wahl des Dozenten	3
GNSS II und Mathematische Geodäsie	GNSS II Mathematische Geodäsie	5.		Ü Ü	MP	5

Modellierung und Erfassung topo-graphischer Daten	GIS I Modellierung und Datenstrukturen	4.		Ü	K	5
Wahlmodul Geodäsie	Zwei der folgenden Lehrveranstaltungen: <ul style="list-style-type: none"> • Physikalische Geodäsie / Gravimetrie • Grundlagen der GNSS und Navigation • Grundlagen der Photogrammetrie • Modellierung und Erfassung topografischer Daten • Schätz- und Prädiktionsverfahren in der Ingenieurgeodäsie und im Immobilienmanagement • Ingenieurgeodäsie • GIS – Zugriffsstrukturen und Algorithmen 	WS oder SoSe		2 x Ü	2 x K	7

oder folgende fortgeschrittene Module, falls Geodäsie und Geoinformatik als Wahlfach bereits im Bachelorstudium belegt wurde. Es müssen andere Lehrveranstaltungen als im Bachelorstudium gewählt werden.

Modul	Zugehörige Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzung für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistungen	Leistungspunkte
Advanced Concepts for Positioning and Navigation	Advanced Concepts for Positioning and Navigation	1.		Ü	MP	5
Methods and Applications of Physical Geodesy	Methods and Applications of Physical Geodesy	1.		Ü	MP	5
SLAM and Path Planning	SLAM and Path Planning	3.		Ü	MP	6
Wahlmodul MA Geodäsie	Eine der folgenden Lehrveranstaltungen: <ul style="list-style-type: none"> • Photogrammetric Computer Vision • Advanced Remote Sensing 	WS oder SoSe		Ü	K oder MP nach Wahl	6

	<ul style="list-style-type: none"> • Internet GIS • Geosensornetze • Recursive State Estimation for Dynamic Systems • Signalverarbeitung in der Erdmessung • Orbit Calculation and Relativistic Modeling in Geodesy • Vertiefung GNSS: spezielle Anwendungen und Modelle • Image Analysis I • Image Analysis II • GIS für Navigationsanwendung • Laser Scanning - Modelling and Interpretation • Gravimetrie und Physikalische Geodäsie II • Research Project 				des Dozenten	
--	---	--	--	--	--------------	--

Anlage 1.3.b: Anwendungsfach Elektrotechnik

Falls das Anwendungsfach Elektrotechnik nicht bereits im Bachelorstudium gewählt wurde, ist nach dem folgenden Studienplan zu studieren:

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistungen	Leistungspunkte
Grundlagen der elektrischen Messtechnik	VL Grundlagen der elektrischen Messtechnik UE Grundlagen der elektrischen Messtechnik L Grundlagen der elektrischen Messtechnik	2-6 (SoSe)		-	K	6
Grundlagen der Nachrichtentechnik	VL Grundlagen der Nachrichtentechnik UE Grundlagen der Nachrichtentechnik	2-6 (SoSe)		-	K	6

Halbleiterelektronik	VL Grundlagen der Halbleiterbauelemente (SoSe)	3-6		-	K	8
	VL Halbleiterschaltungstechnik (SoSe) UE Halbleiterschaltungstechnik (SoSe)				K	

oder, falls Elektrotechnik als Anwendungsfach bereits im Bachelorstudium belegt wurde: Fortgeschrittene Module aus dem Modulkatalog Elektrotechnik im Umfang von mindestens 20 LP.

Anlage 1.3.c: Anwendungsfach Informatik

Modul	Zugehörige Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistungen	Leistungspunkte
Software-technik	Grundlagen der Software-Technik (2+21 SWS)	WS		-	K	5
Programmieren	Programmieren I (2+2 SWS) oder II ¹ (2+21 SWS)	WS. oder SoSe,		LÜ	uK	5
Logik und formale Systeme	Logik und formale Systeme (2+2 SWS)			-	K	5
Summe						15

Wahlpflichtmodule Anwendungsfach Informatik

Mindestens ein Modul ist zu wählen. Falls das Anwendungsfach Informatik nicht bereits im Bachelorstudium gewählt wurde, ist nach dem folgenden Studienplan zu studieren, Dabei gilt für das Modul Logik und formale Systeme, falls dieses bereits im Bachelorstudium belegt, ist statt dessen ein zweites Wahlpflichtmodul zu belegen.

Modul	Zugehörige Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistungen	Leistungspunkte
Grundlagen der Datenbanksysteme	Grundlagen der Datenbanksysteme (2+2 SWS)	WS oder SoSe	=	=	K oder MP oder LÜ nach Wahl des Dozenten	<u>5</u>
Grundlagen der Rechnerarchitektur	Grundlagen der Rechnerarchitektur (2+2 SWS)		-	=	K oder MP oder LÜ nach Wahl des Dozenten	<u>5</u>

¹ Programmieren II sollte nur beim Vorliegen von Vorkenntnissen gewählt werden

Grundlagen der Betriebssysteme	Grundlagen der Betriebssysteme (2+2 SWS)		Modul Programmieren	=	K oder MP oder LÜ nach Wahl des Dozenten	<u>5</u>
Komplexität von Algorithmen	Komplexität von Algorithmen (2+2 SWS)		=	=	K oder MP oder LÜ nach Wahl des Dozenten	<u>5</u>
Grundlagen digitaler Systeme	Grundlagen digitaler Systeme (2+2 SWS)		=	=	K oder MP oder LÜ nach Wahl des Dozenten	<u>5</u>
Summe						5

oder, falls Informatik als Anwendungsfach bereits im Bachelorstudium belegt wurde:

Modul	Zugehörige Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzung für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistungen	Leistungspunkte
Wahlpflicht Informatik	Wählbar aus den Kompetenzbereichen Informatik des BA und MA Informatik nach Beratung und Erstellung eines Stundenplans durch die Studiengangsko-					20

Anlage 1.3.d: Anwendungsfach Maschinenbau

Falls das Anwendungsfach Maschinenbau nicht bereits im Bachelorstudium gewählt wurde, ist nach dem folgenden Studienplan zu studieren.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistungen	Leistungspunkte
Grundzüge der Konstruktionslehre + Konstruktives Projekt	Grundzüge der Konstruktionslehre Übung zu Grundzügen der Konstruktionslehre	WS			K	5
	Konstruktives Projekt zur Konstruktionslehre			Ü		
Lehrveranstaltungen aus dem Angebot des BA Maschinenbau im Umfang von mindestens 15 LP, die nicht aus dem Kompetenzfeld Mathematik + Naturwissenschaften des BA Maschinenbau kommen.						15

oder folgende fortgeschrittene Module, falls Maschinenbau als Anwendungsfach bereits im Bachelorstudium belegt wurde:

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistungen	Leistungspunkte
Mechatronische Systeme	Mechatronische Systeme	1, 2	nach Modulkatalog des BA Maschinenbau	-	K	5
Automatisierung: Steuerungstechnik	Automatisierung: Steuerungstechnik	1, 2		-	K	5
Transportprozesse in der Verfahrenstechnik - I	Transportprozesse in der Verfahrenstechnik - I	1, 2		-	K	5
Werkzeugmaschinen - I	Werkzeugmaschinen - I	1, 2		-	K	5

Anlage 1.3.e: Anwendungsfach Philosophie

Falls das Anwendungsfach Philosophie nicht bereits im Bachelorstudium gewählt wurde, ist nach dem folgenden Studienplan zu studieren:

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistungen	Leistungspunkte
		ein Modul aus den folgenden drei Modulen:				
Geschichte der Philosophie	zweisemestrige Vorlesung Geschichte der Philosophie			1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	MP20 oder HA10-12	10
	1 Seminar			1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung		
Grundlagen der theoretischen Philosophie	Vorlesung Einführung in die theoretische Philosophie			1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	MP20 oder HA10-12	10
	1 Seminar			1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung		
Grundlagen der praktischen Philosophie	Vorlesung Einführung in die praktische Philosophie			1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	MP20 oder HA10-12	10
	1 Seminar			1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung		
		sowie ein Modul aus den folgenden zwei Modulen:				
Vertiefungsmodul zu einem systematischen Schwerpunkt	2 Seminare			1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	MP20 oder HA10-12	10
Vertiefungsmodul zu einem	2 Seminare			1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	MP20 oder	10

historischen Schwerpunkt					HA10-12	
--------------------------	--	--	--	--	---------	--

oder, falls Philosophie als Anwendungsfach bereits im Bachelorstudium belegt wurde:

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzung für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistungen	Leistungspunkte
Aufbauvorlesungen	2 Vorlesungen			1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	MP 20 oder HA 10-12 nach Wahl des Dozenten	10
sowie ein Modul aus den folgenden sechs Modulen:						
Vertiefung theoretische Philosophie	2 Seminare			1 Studienleistung pro Seminar	MP 20 oder HA 10-12 nach Wahl des Dozenten	10
Vertiefung praktische Philosophie	2 Seminare			1 Studienleistung pro Seminar	MP 20 oder HA 10-12 nach Wahl des Dozenten	10
Philosophie und Geschichte der Naturwissenschaften	2 Seminare			1 Studienleistung pro Seminar	MP 20 oder HA 10-12 nach Wahl des Dozenten	10
Philosophie und Geschichte der Geistes- und Sozialwissenschaften	2 Seminare			1 Studienleistung pro Seminar	MP 20 oder HA 10-12 nach Wahl des Dozenten	10
Theoretische Philosophie der Lebenswissenschaften	2 Seminare			1 Studienleistung pro Seminar	MP 20 oder HA 10-12 nach Wahl des Dozenten	10
Praktische Philosophie der Lebenswissenschaften	2 Seminare			1 Studienleistung pro Seminar	MP 20 oder HA 10-12 nach Wahl des Dozenten	10

Anlage 1.3.f: Anwendungsfach Physik

Falls das Anwendungsfach Physik nicht bereits im Bachelorstudium gewählt wurde, ist nach dem folgenden Studienplan zu studieren:

Modul	Zugehörige Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistungen	Leistungspunkte
Einführung in die Physik	Mathematische Methoden der Physik	3 (oder 1)			K oder MP nach Wahl des Do-	10
	Mechanik und Wärme Übungen zur Mechanik und Wärme	3 (oder 1)		Ü	K oder MP nach Wahl des Do-	

Analytische Mechanik und Spezielle Relativitätstheorie	Analytische Mechanik und Spezielle Relativitätstheorie Übung zu Analytische Mechanik und Spezielle Relativitätstheorie	3		Ü	K oder MP nach Wahl des Dozenten	10
--	---	---	--	---	----------------------------------	----

oder, falls Physik als Anwendungsfach bereits im Bachelorstudium belegt wurde:

Es müssen andere Lehrveranstaltungen als im Bachelorstudium gewählt werden.

Modul	Zugehörige Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzung für die Zulassung	Studenleistungen	Prüfungsleistungen	Leistungspunkte
Experimentalphysik	Eine der Vorlesungen „Mechanik und Wärme“, „Elektrizität und Relativität“ oder „Optik, Atome, Moleküle, Quantenphänomene“ (jeweils mit Übung aber ohne Praktikum)	1. – 4.		Ü	MP oder K nach Wahl des Dozenten	8
Quantentheorie	VL Einführung in die Quantentheorie UE Einführung in die Quantentheorie	2. oder 4.		Ü	MP oder K nach Wahl des Dozenten	8

Wahlmodul	Eine der folgenden Vorlesungen (jeweils mit Übung) <ul style="list-style-type: none"> • Computational Physics • Ergänzungen zur Klassischen Physik • Statistische Physik • Fortgeschrittene Quantenmechanik • Einführung in die Festkörperphysik (ohne Praktikum) • Atom- und Molekülphysik (ohne Praktikum) • Mechanik und Wärme • Elektrizität und Relativität (ohne Praktikum) • Optik, Atome, Moleküle, Quantenphänomene (ohne Praktikum) • Analytische Mechanik und Spezielle Relativitätstheorie 	1. – 4.			MP oder K nach Wahl des Dozenten	5
-----------	--	---------	--	--	----------------------------------	---

Anlage 1.3.g: Anwendungsfach Wirtschaftswissenschaft

Sofern die Studierenden im Bachelorstudium bereits betriebs- oder volkswirtschaftliche Lehrveranstaltungen in einem Umfang von 16 Leistungspunkten erfolgreich belegt haben, ermöglicht die wirtschaftswissenschaftliche Nebenfachausbildung eine fachwissenschaftliche Spezialisierung. Zur Auswahl stehen:

- Accounting, Taxation and Public Finance
- Economic Policy and Theory
- Empirical Economics and Econometrics
- Finance, Banking & Insurance
- Health Economics
- Information and Operations Management
- International Environment and Development Studies
- Strategic Management.

Für die Durchführung der Masterphase wird durch die Nebenfachstudienberater/innen der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät ein individueller Studienplan erstellt.

oder: Anwendungsfachmodule Betriebswirtschaftslehre im Masterstudium, falls weder Betriebswirtschaftslehre noch Volkswirtschaftslehre als Anwendungsfach im Bachelorstudium belegt wurden:

Modul	Zugehörige Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzung für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistungen	Leistungspunkte
BWL I	BWL I	1. oder 3.			K	4
BWL II	BWL II	1. oder 3.			K	4
BWL III	BWL III	2. oder 4.			K	4
BWL IV	BWL IV	2. oder 4.			K	4

Rechnungswesen I	Rechnungswesen I	1. oder 3.			K	4
Rechnungswesen II	Rechnungswesen II	2. oder 4.			K	4

oder: Anwendungsfachmodule Volkswirtschaftslehre im Masterstudium, falls weder Volkswirtschaftslehre noch Betriebswirtschaftslehre als Anwendungsfach im Bachelorstudium belegt wurden:

Modul	Zugehörige Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistungen	Leistungspunkte
Grundlagen der Volkswirtschaftslehre I	VL (2 SWS)	WS			K	4
Grundlagen der Volkswirtschaftslehre II	VL (2 SWS)	SoSe			K	4
Grundlagen der Volkswirtschaftslehre III	VL (2 SWS)	WS			K	4
Grundlagen der Volkswirtschaftslehre IV	VL (2 SWS)	SoSe			K	4
Grundlagen der Volkswirtschaftslehre V	VL (2 SWS)	WS			K	4
Grundlagen der Volkswirtschaftslehre VI	VL (2 SWS)	SoSe			K	4

Anlage 1.3.h: Spezialisierendes Anwendungsfach

Auf Antrag an das nach § 3 zuständige Organ kann als Anwendungsfach ein anderes Anwendungsfach, das spezialisierendes Anwendungsfach (Anlage 1.3.h) ist, gewählt werden. Die in diesem Anwendungsfach zu absolvierenden Module im Umfang von 20 Leistungspunkten werden auf Antrag an das nach § 3 zuständige Organ in einem individuell verpflichtenden Studienplan der anbietenden Fakultät festgelegt.

Anlage 1.4: Modul "Masterarbeit"

Modul	Zugehörige Lehrveranstaltungen	Semester	Zulassungsvoraussetzung	Studienleistung	Prüfungsleistungen	Leistungspunkte
Masterarbeit		4	Modul Seminar und 75 Leistungspunkte	R	MA	30

Das Modul Masterarbeit enthält eine Prüfungsleistung und eine Studienleistung.

Anlage 2: Prüfungsformen

Anlage 2.1: Definitionen

Aufsatz

Ein Aufsatz ist eine selbstständig verfasste schriftliche Arbeit, die in der Regel unter Aufsicht während einer festgelegten Zeit innerhalb der Vorlesungszeit erstellt wird.

Ausarbeitung

¹Ausarbeitungen sind selbstständige, wissenschaftliche Arbeiten zu einem vorgegebenen Thema. ²Sie beinhalten Aufgabenstellung, Problembehandlung, Ergebnisse und Schlussfolgerung. ³Als Ausarbeitung gelten Berichte, Exkursionsberichte, Praktikumsberichte, Projektberichte oder Protokoll.

Bestimmungsübungen

Eine Bestimmungsübung beziehungsweise Bestimmungsprüfung ist die selbstständige Determination von tierischen und pflanzlichen Organismen anhand von Bestimmungsschlüsseln bis zu einem vorgegebenen, taxonomischen Niveau.

Dokumentation

¹Eine Dokumentation umfasst die Aufbereitung und Darstellung eines künstlerischen, kognitiven oder handlungsorientierten Prozesses. ²Dokumentationen können Berichte und Planwerke sein, die der fachlichen Praxis entsprechen. ³Ein Rahmen für die Seitenzahl oder die Anzahl der Pläne beziehungsweise Entwurfsblätter kann durch die Lehrenden zu Beginn der Prüfung festgelegt werden und ist von der Aufgabe abhängig. ⁴Weitere Materialien können dem Bericht als Anlagen beigelegt werden.

Essay

¹Ein Essay ist eine kritische Auseinandersetzung mit einer literarischen und/oder wissenschaftlichen Frage in schriftlicher Form. ²Ein Gegenstand wird im größeren Gesamtzusammenhang entsprechend den üblichen akademischen Standards diskutiert und wissenschaftliche Positionen kritisch beurteilt beziehungsweise analysiert.

Experimentelles Seminar

¹Eine Experimentelles Seminar besteht aus einer Reihe von praktischen Versuchen, die unter Aufsicht in einem Labor durchgeführt werden. ²Die Versuche werden in schriftlicher Form in einem Laborjournal und/oder in Vorprotokollen vorbereitet und im Laborjournal und/oder Versuchsprotokollen schriftlich ausgearbeitet. ³In der Regel erläutern die Studierenden darin ihre praktische Tätigkeit, interpretieren die Resultate und setzen sie in einen fachwissenschaftlichen Bezug.

Fachpraktische Prüfung

Eine Fachpraktische Prüfung ist eine semesterbegleitende Leistungsüberprüfung in der Sportpraxis.

Fallstudie

Eine Fallstudie ist eine Auswertung von Daten eines Experimentes, einschließlich der Methodenbeschreibung, der Programmlistings, der Interpretation und Schlussfolgerungen in Berichtsform.

Hausarbeit

Eine Hausarbeit ist eine selbstständig verfasste schriftliche Arbeit einer fachspezifischen oder fächerübergreifenden Aufgabenstellung.

Klausur ohne Antwortwahlverfahren

Eine Klausur ist eine schriftliche oder elektronische Arbeit unter Aufsicht.

Klausur mit Antwortwahlverfahren

¹Eine Klausur ist eine schriftliche oder elektronische Arbeit unter Aufsicht. ²Klausuren können in Teilen nach dem Antwortwahlverfahren (z.B. Single-Choice, Multiple-Choice) durchgeführt werden. ³Bei der Aufstellung

der Prüfungsfragen und Antworten ist festzulegen, welche Antworten als zutreffend anerkannt werden. ⁴Bei Prüfungen nach dem Antwort-Wahl-Verfahren sind die Prüfungsfragen und Antworten im Vorfeld von zwei Prüfungsberechtigten auf Fehler, Konsistenz des Inhalts und Angemessenheit zu überprüfen. ⁵Ergibt eine spätere Überprüfung der Prüfungsfragen, dass einzelne Prüfungsaufgaben offensichtlich fehlerhaft sind, gelten sie als nicht gestellt. ⁶Bei der Bewertung ist von der um die fehlerhaften Fragen verminderten Zahl der Prüfungsaufgaben auszugehen. ⁷Die Verminderung der Zahl der Prüfungsaufgaben darf sich nicht zum Nachteil eines Prüflings auswirken.

Kolloquium

¹Das Kolloquium umfasst eine Präsentation und eine anschließende Diskussion über Fragestellung, Methoden und Ergebnisse der Arbeit. ²Sätze 2 bis 5 der Definition der mündlichen Prüfungen gelten entsprechend.

Künstlerische Präsentation

¹Eine künstlerische Präsentation beinhaltet ein oder mehrere künstlerische Exponate (Bilder, Fotos, Objekte, Skulpturen, Installation, Videoarbeit etc.) sowie eine Dokumentation des ästhetischen Prozesses in Form einer adäquaten (medialen) Darstellung, z. B. Arbeitsprotokolle/ Tagebuch, Skizzen/Fotos mit schriftlicher Kommentierung. ²Eine künstlerische Präsentation findet vor einer oder einem Prüfenden und einer oder einem sachkundigen Beisitzenden als Einzelprüfung statt. ³Sätze 2 bis 5 der Definition der mündlichen Prüfungen gelten entsprechend.

Künstlerisch-Wissenschaftliche Präsentation

¹Eine künstlerisch-wissenschaftliche Präsentation beruht auf der Wechselwirkung zwischen künstlerischen Prozessen und wissenschaftlicher Auseinandersetzung, welche in einem künstlerischen Projekt aufbereitet und in angemessener Form dargestellt werden. ²Die in der Präsentation enthaltenen bildlichen und sprachlichen Argumentations- und Interpretationslinien werden entweder in einem mündlichen Vortrag mit Diskussion erörtert oder in einer Hausarbeit erläutert. ³Eine künstlerisch-wissenschaftliche Präsentation findet vor einer oder einem Prüfenden und einer oder einem sachkundigen Beisitzenden als Einzelprüfung statt. ⁴Sätze 2 bis 5 der Definition der mündlichen Prüfungen gelten entsprechend.

Kurzarbeit

Eine Kurzarbeit ist eine selbstständige, schriftliche, entwerferische oder planerische Bearbeitung einer fachspezifischen oder fächerübergreifenden Aufgabenstellung innerhalb einer festgelegten Bearbeitungszeit.

Laborübungen

¹Eine Laborübung besteht aus einer Reihe von praktischen Versuchen oder Programmieraufgaben mit schriftlichen Ausarbeitungen (Versuchsprotokolle). ²In der Regel erläutern die Studierenden ihre praktische Tätigkeit, interpretieren die Resultate und setzen sie in einen fachwissenschaftlichen Bezug.

Master-Kolloquium

Im Master-Kolloquium werden die Inhalte der Masterarbeit diskutiert und können vertieft werden.

Modell

¹Modelle erweitern die zweidimensionale entwerferische oder planerische Arbeit und dienen der räumlichen Verdeutlichung sowie Klärung einer Planung. ²Sie werden je nach Aufgabenstellung und Schwerpunkt in verschiedenen Maßstäben erstellt.

Mündliche Prüfung

¹Die mündliche Prüfung findet nichtöffentlich in Gegenwart einer oder eines Beisitzenden statt, die oder der selbst die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzt. ²Wesentliche Gegenstände der Prüfungsleistung werden in einem Protokoll festgehalten. ³Studierende, die sich an einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein eigenes berechtigtes Interesse geltend machen, sind als Zuhörende bei mündlichen Prüfungen zuzulassen. ⁴Dies erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den beziehungsweise die zu Prüfenden. ⁵Auf Antrag des beziehungsweise der zu Prüfenden sind die Zuhörerinnen und Zuhörer nach Satz 3 auszuschließen.

Musikalische Erarbeitung in einer Lerngruppe

In der „musikalischen Erarbeitung in einer Lerngruppe“ soll die Fähigkeit gezeigt werden, pädagogisch-praktische Fertigkeiten (insbesondere schulpraktisches Musizieren) in einer Schulklasse oder auch einer kleineren Gruppe methodisch und didaktisch angemessen anzuwenden.

Musikpraktische Präsentation

¹Eine Musikpraktische Präsentation findet vor zwei Prüfenden oder einer oder einem Prüfenden sowie einer oder einem sachkundigen Beisitzenden als Einzelprüfung statt. ²Sätze 2 bis 5 der Definition der mündlichen Prüfungen gelten entsprechend.

Musikpädagogisch-praktische Präsentation

Eine Musikpädagogisch-praktische Präsentation geht aus einem musikpädagogischen Seminar hervor und umfasst eine musikalische Darbietung von Schülerinnen und Schülern.

Pädagogisch orientiertes Konzert

¹Das pädagogisch orientierte Konzert ist eine Leistung mit Bezug auf das künstlerische Hauptfach, in der die pädagogische Ausrichtung (gegebenenfalls im Sinne zeitgemäßer Konzertpädagogik) in der Ausführung und Darstellung / Aufführung eine gewichtige Rolle spielt. ²Es wird im Regelfall in einer schulischen Lerngruppe präsentiert.

Planung und Durchführung einer Lehrveranstaltungseinheit

Die Planung und Durchführung einer Lehrveranstaltungseinheit erfolgt im Kontext einer fachpraktischen Lehrveranstaltung und umfasst die Vorbereitung und Durchführung einer Unterrichtseinheit von in der Regel 60 Minuten sowie deren Dokumentation und Reflexion in Form einer schriftlichen Ausarbeitung

Portfolio

¹Ein Portfolio dokumentiert den Lernprozess zu bestimmten Fragestellungen oder Aufgaben, die von den Lehrenden zu Veranstaltungsbeginn festgelegt werden. ²Die systematische Selbstreflexion erfolgt veranstellungsbegleitend beziehungsweise retrospektiv und umfasst je nach Absprache die Zusammenstellung diverser Materialien in einer Sammelmappe. ³Optional ist als ein ergänzendes Gespräch über das Portfolio möglich. ⁴Dieses Gespräch ist wie das Portfolio selbst kompetenzorientiert.

Präsentation

¹Eine Präsentation umfasst die Aufbereitung eines vorgegebenen Themas mit Hilfe elektronischer Medien und gegebenenfalls die Darbietung im mündlichen Vortrag. ²Bei der Multimedia-Präsentation spielen die Medien im weitesten Sinne eine bedeutende Rolle, wobei der „Multi-Aspekt“ durch Stellwand, Poster oder Power-Point-Präsentation aber auch durch typische Musik- und Filmmedien sowie durch musikpädagogisch orientierte Medien (besonders kreative Vermittlungsaspekte) im gegenseitigen Zusammenwirken erfüllt werden kann. ³Die Form der Präsentation und die Dauer des mündlichen Vortrags werden in Absprache festgelegt. ⁴Sieht die Anlage eine Präsentation mit Ausarbeitung (PR/A) vor, muss eine schriftliche Ausarbeitung die Präsentation ergänzen.

Projektarbeit

Eine Projektarbeit umfasst die schriftliche Abfassung eines Antrags für ein Forschungsprojekt und die Präsentation der Projektidee in einem Seminarvortrag (mit Diskussion).

Referat

Ein Referat umfasst:

1. eine eigenständige und vertiefte Auseinandersetzung mit einem Problem aus dem Arbeitszusammenhang der Lehrveranstaltung unter Einbeziehung und Auswertung einschlägiger Literatur,
2. die Darstellung der Arbeit und die Vermittlung ihrer Ergebnisse im Vortrag sowie in der anschließenden Diskussion,
3. gegebenenfalls eine schriftliche Ausarbeitung.

Seminararbeit

Eine Seminararbeit ist eine experimentelle, dokumentarische oder darstellende wissenschaftlich-praktische Leistung (Projekt).

Seminarleistung

Eine Seminarleistung umfasst eine Hausarbeit und deren Vortrag mit anschließender Diskussion.

Sportpraktische Präsentation

¹In einer sportpraktischen Präsentation stellen die Studierenden ihre Demonstrations- und Bewegungskompetenz unter Beweis. ²Je nach Erfahrungs- und Lernfeld kann es sich dabei z.B. um sportartspezifische Techniken und Taktiken, koordinativ-rhythmische, -technische oder konditionelle Grundlagen handeln. ³Auch eine variable und unter situativen Gegebenheiten dargebotene Spiel- beziehungsweise Handlungsfähigkeit kann im Rahmen dieser Prüfungsform beurteilt werden. ⁴Die jeweilige Form und Dauer der Präsentation werden in Absprache festgelegt. ⁵Sätze 2 bis 5 der Definition der mündlichen Prüfungen gelten entsprechend.

Stegreif

¹Innerhalb eines Stegreifs soll eigenständige Recherche und die Fähigkeit des kreativen und/oder wissenschaftlich- analytischen Arbeitens unter Zeitdruck erprobt werden. ²Das Ergebnis ist die Anfertigung eines Entwurfs oder eines Plans/einer Planung zu einer fachspezifischen oder fächerübergreifenden Aufgabe in konzeptioneller Hinsicht unter besonderer Berücksichtigung der studienfachbezogenen Aspekte. ³Die Bearbeitungszeit eines Tagesstegreifs beträgt 24 Stunden, die Bearbeitungszeit eines Wochenstegreifs sieben Tage.

Studienarbeiten

¹Eine Studienarbeit umfasst die Bearbeitung einer fachspezifischen oder fächerübergreifenden Aufgabenstellung in theoretischer, experimenteller oder konstruktiver Hinsicht sowie die Darstellung und Erläuterung der erarbeiteten Lösungen in einer für die berufliche Tätigkeit üblichen Weise. ²Der Bearbeitungsumfang wird in der Anlage (in Monaten oder Zeitstunden) verbindlich festgelegt. ³Das Thema einer Studienarbeit kann von jeder Professorin oder jedem Professor der Fakultät für Mathematik und Physik vorgeschlagen werden. ⁴Mit Genehmigung des nach § 3 zuständigen Organs kann das Thema auch von einer Professorin oder einem Professor vorgeschlagen werden, die oder der nicht Mitglied der Fakultät für Mathematik und Physik ist. ⁵Gegebenfalls kann das nach § 3 zuständige Organ eine Liste beschließen, die die Erstprüferschaft einschränkt. ⁶Das Thema der Studienarbeit wird von der oder dem Prüfenden nach Anhörung des Prüflings festgelegt. ⁷Die Ausgabe des Themas erfolgt über das nach § 3 zuständige Organ oder die vom nach § 3 zuständigen Organ beauftragten Stelle; die Ausgabe ist aktenkundig zu machen. ⁸Die Aufgabenstellung und ein Bearbeitungszeitplan müssen mit der Ausgabe des Themas festliegen. ⁹Während der Anfertigung der Arbeit wird die zu prüfende Person von der oder dem Prüfenden betreut. ¹⁰Die Zeit von der Ausgabe des Themas bis zur Ablieferung der Studienarbeit beträgt sechs Monate. ¹¹Das Thema einer Arbeit kann nur einmal und nur innerhalb der ersten acht Wochen der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. ¹²Die Arbeit ist fristgemäß in zweifacher Ausfertigung bei der vom Prüfungsausschuss benannten Stelle abzuliefern; der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. ¹³Bei der Bewertung kann auch der Verlauf der Bearbeitung berücksichtigt werden. ¹⁴Die Arbeit ist in der Regel innerhalb von vier Wochen nach ihrer Abgabe zu bewerten.

Theaterpraktische Präsentation

¹Eine Theaterpraktische Präsentation ist die Darstellung theaterpraktischer Arbeit in prozesshafter oder produktorientierter Form vor Zuschauern. ²Sätze 2 bis 5 der Definition der mündlichen Prüfungen gelten entsprechend.

Übungen

¹Eine Übung als Prüfungsleistung wird unter Aufsicht während einer festgesetzten Übungszeit innerhalb des Vorlesungsplans durchgeführt. ²Zum Bestehen muss ein bestimmter Anteil der Übungsaufgaben gemäß der entsprechenden der Vorgabe der beziehungsweise des Lehrenden gelöst werden.

Unterrichtsgestaltung

¹Eine Unterrichtsgestaltung umfasst die selbstständige Planung und Durchführung einer Unterrichtsstunde im Rahmen eines Fachpraktikums an einer Förderschule oder in einem inklusiven Setting. ²Die Unterrichtsstunde wird von einer Mentorin beziehungsweise einem Mentor sowie vom Seminarleiter beziehungsweise von der

Seminarleiterin des Vorbereitungsseminars begutachtet und bewertet.

Vortrag

¹In einem Vortrag soll der/die zu Prüfende nachweisen, dass er/sie wissenschaftliche Sachverhalt kurz und präzise darstellen kann und die Fertigkeit beherrscht, in einer wissenschaftlich kritischen Diskussion seinen Standpunkt zu verteidigen. ²Um eine objektive Bewertung zu gewährleisten, muss der/die zu Prüfende auf Verlangen der beziehungsweise des für den betreffenden Kurs verantwortlichen Dozentin oder Dozenten vor dem mündlichen Vortrag ein Manuskript des Vortrages abgeben.

Zeichnerische Darstellung

¹Zeichnerische Darstellungen erläutern, klären und präsentieren die entwerferische sowie planerische Arbeit. ²Sie werden je nach Aufgabenstellung und Themenschwerpunkt in verschiedenen Maßstäben und Techniken erstellt.

Zusammengesetzte Prüfungsleistung

¹Eine zusammengesetzte Prüfungsleistung besteht aus bis zu fünf Teilen. ²Die Teile können z.B. eine Klausur, eine mündliche Prüfung, ein Praktikum oder eine Hausarbeit sein.

Anlage 2.2.: Glossar der Prüfungsleistungen

A	Aufsatz
AA	Ausarbeitung
BA	Bachelorarbeit
BÜ	Bestimmungsübungen
DO	Dokumentation
ES	Essay
EX	Experimentelles Seminar
FP	Fachpraktische Prüfung
FS	Fallstudie
HA	Hausarbeit
K	Klausur ohne Antwortwahlverfahren
KA	Klausur mit Antwortwahlverfahren
KO	Kolloquium
KP	Künstlerische Präsentation
KU	Kurzarbeit
KW	künstlerisch-wissenschaftliche Präsentation
LÜ	Laborübungen
MA	Masterarbeit
ME	Musikalische Erarbeitung in einer Lerngruppe
ML	Master-Kolloquium
MO	Modelle
MP	mündliche Prüfung
MU	Musikpraktische Präsentation
MK	Musikpädagogisch-praktische Präsentation
P	Projektarbeit
PD	Planung und Durchführung einer Lehrveranstaltungseinheit
PF	Portfolio
PK	Pädagogisch orientiertes Konzert
PR	Präsentation
PW	Planwerk
R	Referat
SA	Seminararbeit
SG	Stegreif
SM	Seminarleistung
SP	Sportpraktische Präsentation
ST	Studienarbeiten
TP	Theaterpraktische Präsentation
U	Unterrichtsgestaltung
uK	unbenotete Klausur
uKA	unbenotete Klausur im Antwortwahlverfahren
Ü	Übungen
V	Vortrag
ZD	Zeichnerische Darstellung
ZP	Zusammengesetzte Prüfungsleistung

Anlage 3: Ergänzende RegelungenAnlage 3.1: Melde- und Prüfungszeiträume

¹Das nach §3 zuständige Organ legt die Variante für diesen Studiengang beziehungsweise für die Fächer dieses Studiengangs fest. ²Es ist zwischen Variante 1 (ein Melde-/ ein Prüfungszeitraum) und Variante 2 (zwei Melde-/ zwei Prüfungszeiträume) zu entscheiden.

³ Variante 1	Meldezeitraum im Wintersemester:	15.11. – 30.11.
	Prüfungszeitraum im Wintersemester:	15.12. – 14.04.
	Meldezeitraum im Sommersemester:	15.05. – 31.05.
	Prüfungszeitraum im Sommersemester:	15.06. – 14.10.

⁴In der Zeit vom 15.10. – 14.11. für das Wintersemester und in der Zeit vom 15.04. – 14.05. für das Sommersemester sollen keine Prüfungen stattfinden werden.

⁵ Variante 2	Meldezeitraum I im Wintersemester:	15.11. – 30.11.
	Prüfungszeitraum I im Wintersemester:	15.12. – 28.02.
	Meldezeitraum II im Wintersemester:	16.03. – 23.03.
	Prüfungszeitraum II im Wintersemester:	24.03. – 14.04.
	Meldezeitraum I im Sommersemester:	15.05. – 31.05.
	Prüfungszeitraum I im Sommersemester:	15.06. – 31.08.
	Meldezeitraum II im Sommersemester	16.09. – 23.09.
	Prüfungszeitraum II im Sommersemester	24.09. – 14.10.

⁶In der Zeiten vom 15.10. – 14.11. und vom 01.03. – 15.03. für das Wintersemester sowie in den Zeiten 15.04. – 14.05. und 01.09. – 15.09. für das Sommersemester sollen keine Prüfungen stattfinden. ⁷Zu beachten ist, dass innerhalb eines Studiengangs für fachfremde Module (Lehrexporte) abweichende Melde- und Prüfungszeiträume gelten können. ⁸Masterarbeiten sowie Projekt- und Studienarbeiten können außerhalb der geregelten Zeiträume angemeldet werden.

⁹Für die gemäß Anlage 3.3 zur Prüfungsordnung aufgeführten Prüfungsformen soll eine Anmeldung im ersten Meldezeitraum beider Varianten erfolgen.

Anlage 3.2: Fristen zur Bewertung von Prüfungsleistungen

¹Die Noteneingabe durch die Prüfenden hat in Abhängigkeit zu in Anlage 3.1 gewählten Varianten für:

Variante 1:

- bis zum 15.04. für das Wintersemester,
- bis zum 15.10. für das Sommersemester

Variante 2:

- bis zum 01.09. (erster Prüfungszeitraum) / 15.10. (zweiter Prüfungszeitraum) für das Sommersemester
- bis zum 01.03. (erster Prüfungszeitraum) / 15.04. (zweiter Prüfungszeitraum) für das Wintersemester

zu erfolgen.

Anlage 3.3: Entfällt

Der Fakultätsrat der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat folgende Änderung der Gebührenordnung für das Zertifikatsprogramm „Weiterbildungsstudium Arbeitswissenschaft“ (WA) am 24.06.2020 beschlossen. Das Präsidium hat die Änderung der Ordnung am 21.10.2020 genehmigt.

Änderung der Gebührenordnung für das Zertifikatsprogramm "Weiterbildungsstudium Arbeitswissenschaft" (WA)

§ 1 Grundsatz

Eingeschriebene Gasthörernde im Zertifikatsprogramm Weiterbildungsstudium Arbeitswissenschaft zahlen eine Verwaltungspauschale von 50,- Euro für jedes Semester.

§ 2 Gebühren für Veranstaltungen

- (1) Für den Besuch einer Veranstaltung fallen zusätzliche Gebühren an.
- (2) Eine Veranstaltung bis zu einschließlich 10 Unterrichtseinheiten kostet pro Unterrichtseinheit 20 € für eingeschriebene Teilnehmende und 30 € für nicht eingeschriebene Teilnehmende.
- (3) Eine Veranstaltung mit mehr als 10 Unterrichtseinheiten kostet pauschal 100,- Euro für eingeschriebene Teilnehmende und 200,- Euro für nicht eingeschriebene Teilnehmende, zzgl. 10,- Euro pro Unterrichtseinheit für alle Teilnehmenden.
- (4) Die Gebühr für die Pflichtveranstaltungen des arbeitswissenschaftlichen Grundlagenmoduls beträgt pauschal 50,- Euro pro Veranstaltungstag. Nicht eingeschriebene Teilnehmende zahlen 100,- Euro zusätzlich für die gesamte Veranstaltung.
- (5) Ev. Zusatzkosten wie z.B. Raummiete bei Veranstaltungen bei externen Partnerinnen/Partnern, Kosten für Bescheinigungen in Kooperation mit externen Partnerinnen/Partnern sowie Sonderformate wie bspw. Sequenzen oder Onlineveranstaltungen werden separat bei den Veranstaltungen ausgewiesen.
- (6) Eine Unterrichtseinheit umfasst 45 Minuten.
- (7) Die Kosten pro Veranstaltung sind im Kursprogramm ausgewiesen.
- (8) Pausenbewirtung sowie Skripte sind in den Gebühren inkludiert.

§ 3 Stornierungsbedingungen

- (1) Bei Stornierung einer Veranstaltung durch die Teilnehmerin bzw. den Teilnehmer von weniger als 29 Tagen vor Veranstaltungsbeginn fallen Stornierungskosten an.
- (2) Die Gebühren betragen:
28 – 22 Tage vor Veranstaltungsbeginn 30 v.H.,
21 - 8 Tage vor Veranstaltungsbeginn 50 v.H.,
7 - 1 Tag vor Veranstaltungsbeginn 70 v.H.
und am Tag der Veranstaltung 80 v.H. der regulären Gebühr nach § 2.
- (3) Das Institut für interdisziplinäre Arbeitswissenschaft (iAW) kann in folgenden Fällen, ohne Haftung bzw. Anspruch auf Schadenersatz, Veranstaltungen absagen:
-wenn 6 Wochen vor Veranstaltungsbeginn die Mindestzahl von Teilnehmenden nicht erreicht ist
-wenn die Veranstaltungsleitung ausfällt
-wenn aufgrund behördlicher Anordnung Veranstaltungen nicht stattfinden dürfen

§ 4 Inkrafttreten

Die Ordnung tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität in Kraft.

C. Hochschulinformationen

Der Fakultätsrat der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat am 28.10.2020 die nachstehende Änderung der Geschäftsordnung (§ 9 Abs. 2 Satz 1 GrundO LUH) beschlossen. Das Präsidium hat die Änderung am 11.11.2020 beschlossen.

Änderung der Geschäftsordnung des Dekanates der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover

§ 1 Das Dekanat

¹Dem Dekanat gehören die Dekanin oder der Dekan, der Prädekan oder die Prädekanin, die Studiendekanin oder der Studiendekan, die Prodekanin oder der Prodekan, die Studienprodekanin oder der Studienprodekan sowie ggf. weitere Mitglieder nach § 7 Abs. 1 Satz 1 der Grundordnung der Leibniz Universität Hannover als stimmberechtigte Mitglieder an. ²Darüber hinaus gehört die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer dem Dekanat beratend an.

§ 2 Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten

- (1) ¹Das Dekanat leitet die Fakultät und ist der kontinuierlichen strategischen und fachlichen Fortentwicklung der Fakultät verpflichtet. ²Die Dekanin oder der Dekan sitzt dem Dekanat vor und legt die Richtlinien für das Dekanat fest. ³Die Mitglieder des Dekanats führen ihren jeweiligen Aufgabenbereich selbständig im Rahmen der Richtlinien der Dekanin oder des Dekans und der Entscheidungen des Fakultätsrates. ⁴Die Dekanin oder der Dekan vertritt die Fakultät innerhalb der Universität und repräsentiert die Fakultät nach außen.
- (2) ¹Der Dekanin oder dem Dekan obliegen insbesondere die Finanz-, Personal- und Infrastrukturplanung. ²Sie oder er ist für die Verteilung der Stellen und Mittel in der Fakultät verantwortlich. ³Sie oder er kann zur Beratung des Dekanats Fachkommissionen einsetzen.
- (3) Der Prädekanin oder dem Prädekan obliegt die Entwicklung von Konzepten zur Effizienzsteigerung und Optimierung von Personal- und Sachmitteln, die mit den Finanz- und Strategieplanungen des Dekans oder der Dekanin bzw. des Prodekans oder der Prodekanin abzustimmen sind.
- (4) ¹Die Studiendekanin oder der Studiendekan ist verantwortlich für alle Angelegenheiten der Lehre und des Studiums. ²Sie oder er ist Vorsitzende oder Vorsitzender des Koordinierungsausschusses.
- (5) Die Prodekanin oder der Prodekan hat den Vorsitz der vom Fakultätsrat eingerichteten Strategiekommision, die insbesondere für Fragen der Entwicklungsplanung zuständig ist.
- (6) ¹Die Studienprodekanin oder der Studienprodekan vertritt die Studiendekanin oder den Studiendekan in allen Belangen nach innen und außen. ²Sie oder er ist insbesondere für Evaluationen sowie die Sicherstellung und Weiterentwicklung guter Lehre in der Fakultät zuständig.
- (7) ¹Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer leitet die Fakultätsverwaltung. ²Sie oder er ist insbesondere für das zentrale Finanzmanagement sowie das Management aller weiteren Ressourcen der Fakultät unter der Gesamtverantwortung der Dekanin oder des Dekans zuständig.
- (8) Das Dekanat gibt sich einen Geschäftsverteilungsplan, der insbesondere Vertretungen und die Anordnungsbefugnis regelt.

§ 3 Sitzungen

- (1) ¹Das Dekanat soll regelmäßig auf Einladung der Dekanin oder des Dekans tagen. ²Die Sitzung ist nicht öffentlich.
- (2) Einladung und Tagesordnung werden den Dekanatsmitgliedern rechtzeitig vor der Sitzung durch die Geschäftsführerin oder den Geschäftsführer zugestellt.
- (3) ¹Wesentliche Ergebnisse der Dekanatssitzung werden in einem Protokoll festgehalten. ²Das Protokoll soll auf der jeweils nächsten Sitzung genehmigt werden. ³Beschlüsse mit mittel- bis langfristigen Auswirkungen, insbesondere zu Berufungs- und Bleibeverhandlungen, Haushaltsplanungen und Lehrangebot, werden durch die Geschäftsführerin oder den Geschäftsführer in einer Beschlussammlung niedergelegt.

§ 4 Rechenschaft

Das Dekanat legt dem Fakultätsrat einmal jährlich Rechenschaft ab, insbesondere über die Verwendung der Stellen und Mittel, die Nachwuchsförderung sowie über die mit dem Präsidium abgeschlossenen Zielvereinbarungen.

§ 5 In Kraft Treten

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Leibniz Universität Hannover in Kraft.

Der Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat am 14.10.2020 nachfolgende Änderung der Institutsordnung beschlossen. Das Präsidium hat die Änderung am 11.11.2020 genehmigt.

Änderung der Institutsordnung des Instituts für Sportwissenschaft der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover

§ 1 Geltungsbereich

Diese Ordnung ist gültig für das Institut für Sportwissenschaft der Philosophischen Fakultät der Leibniz Universität Hannover. Dem Institut gehören fünf Professuren an, welche die Arbeitsbereiche (Sport und Bewegung/Training, Sport und Erziehung, Sport und Gesellschaft, Sport und Gesundheit sowie Sport und Kognition) leiten

§ 2 Leitung, Wahlen und Amtszeiten

- (1) Die Leitung des Instituts obliegt dem Vorstand.
- (2) Dem Vorstand gehören fünf Mitglieder der Hochschullehrergruppe, zwei Mitglieder der Mitarbeitergruppe des Instituts, ein Mitglied der MTV-Gruppe sowie ein studentisches Mitglied an. Das studentische Mitglied wird von den Mitgliedern der Studierendengruppe im Fakultätsrat aus den Studierenden des Instituts gewählt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Mehrheit der Mitglieder, die der Hochschullehrergruppe angehören.
- (3) Der Fakultätsrat kann auf Antrag hiervon abweichende Zusammensetzungen der Vorstände zulassen.
- (4) Weitere Mitglieder des Instituts können beratend hinzugezogen werden.
- (5) Der Vorstand wählt aus seiner Mitte ein Mitglied der Hochschullehrergruppe zur geschäftsführenden Leitung (GL), ebenso weitere zur Vertretung. Abwahl und Wiederwahl bedürfen einer Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen. Die GL ist gleichzeitig Vorsitzende oder Vorsitzender des Vorstandes und vertritt das Institut nach außen. In dringenden Fällen, in denen eine Entscheidung des Vorstandes nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, trifft sie die erforderlichen Maßnahmen selbst; sie unterrichtet den Vorstand unverzüglich von den getroffenen Maßnahmen, der Vorstand kann diese Maßnahmen aufheben.
- (6) Beschlüsse des Vorstands kommen zustande, wenn die Zahl der Ja-Stimmen die Zahl der Nein-Stimmen übersteigt; bei der Zählung bleiben Enthaltungen, ungültige und nicht abgegebene Stimmen außer Betracht. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.
- (7) Die Amtszeit des Vorstands beträgt zwei Jahre und beginnt in der Regel jeweils am 1. Oktober. Wahlen zu Institutsvorständen werden vom Dekan oder der Dekanin geleitet. Er oder sie kann diese Aufgabe auf ein anderes Mitglied der Fakultät übertragen. Die Amtszeit des Mitglieds der Studierendengruppe beträgt ein Jahr.
- (8) Der Vorstand tagt mindestens einmal pro Semester im Rahmen einer Institutskonferenz, an der alle dem Institut zugeordneten Mitglieder der Hochschullehrergruppe, der Mitarbeitergruppe und der MTV-Gruppe sowie zwei Mitglieder der Studierendengruppe teilnehmen. Die studentischen Mitglieder werden von den Mitgliedern der Studierendengruppe im Fakultätsrat gewählt. Die Institutskonferenz berät den Vorstand in Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung und dient darüber hinaus der Koordination der Institutsaufgaben.

§ 3 Verwaltung und Verwendung der Ausstattung

- (1) Der Vorstand verwaltet das Institut. Er entscheidet über die Verwendung der von der Fakultät zur Verfügung gestellten Mittel des Instituts nach den Vorgaben der Fakultät.
- (2) Der Vorstand entscheidet über die Zuordnung und Verwaltung der von der Fakultät zugeordneten Arbeitsräume, Werkstätten und Geräte sowie über die Verwendung der dem Institut zur Verfügung gestellten personellen Ressourcen und Sachmittel im Rahmen der Fakultätsvorgaben.
- (3) Über die Verwendung der Drittmittel entscheidet im Rahmen der Bewilligungsbedingungen und der Landesvorschriften dasjenige Institutsmitglied, das sie eingeworben hat.

§ 4 Inkrafttreten

Diese Institutsordnung tritt am Tag nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Der Hochschulrat der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover (Leibniz Universität) hat am 19.02.2009, geändert am 24.01.2011 und zuletzt geändert am 28.10.2020 die nachstehende Geschäftsordnung beschlossen. Sie tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover in Kraft.

Geschäftsordnung für den Hochschulrat der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover

§ 1 Aufgaben

- (1) Der Hochschulrat ist ein besonderes Organ der Hochschule. Er arbeitet auf der Grundlage des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) und der Grundordnung der Leibniz Universität in der jeweils gültigen Fassung. Die Aufgaben des Hochschulrats ergeben sich aus den §§ 52 und 38 NHG und der Grundordnung und umfassen insbesondere die in den Abs. 2 bis 8 genannten Angelegenheiten.
- (2) Der Hochschulrat berät das Präsidium und den Senat im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten. Das Präsidium ist im Zusammenhang mit der Leitung der Hochschule insbesondere zuständig für die Gestaltung der Entwicklung sowie der Erarbeitung und Umsetzung struktureller und strategischer Ziele. Es entscheidet unter anderem über den Abschluss von Zielvereinbarungen mit dem Land, über den Wirtschaftsplan und die aufgaben- und leistungsorientierte Mittelbemessung in der Universität. Der Senat beschließt insbesondere die Entwicklungsplanung im Einvernehmen mit dem Präsidium, welche die Entwicklungs- und Leistungsziele in ihren Grundzügen bestimmen soll, ihm ist vor einem Beschluss über den Wirtschaftsplan und vor Abschluss einer Zielvereinbarung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben und er hat das Recht, zu allen Selbstverwaltungsangelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung Stellung zu nehmen. Die Beratung durch den Hochschulrat soll sich nicht nur auf die vorgenannten Aufgaben erstrecken, sondern auch auf die Entwicklung von Profilen und Zukunftsstrategien für die Universität und so qualifizierten Sachverstand von außerhalb der Hochschule einbringen.
- (3) Der Hochschulrat nimmt zu Fragen gemäß Abs. 2 auf Initiative von Präsidium oder Senat beratend Stellung. Er kann auch aus eigener Initiative Stellungnahmen zu solchen Fragen beschließen und an Präsidium oder Senat leiten.
- (4) Der Hochschulrat wirkt in der Findungskommission nach § 38 Abs. 2 und § 39 Abs. 1 NHG zur Vorbereitung eines Vorschlags für das Amt der Präsidentin oder des Präsidenten und der hauptberuflichen Vizepräsidentin oder des hauptberuflichen Vizepräsidenten mit. Hierzu wählt der Hochschulrat drei Mitglieder, die er in die Findungskommission entsendet. Die Findungskommission bereitet den Vorschlag des Senats gegenüber dem Ministerium zur Ernennung oder Bestellung der Präsidentin oder des Präsidenten sowie der hauptberuflichen Vizepräsidentin oder des hauptberuflichen Vizepräsidenten vor. Die nebenberuflichen Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten werden dem Senat durch die Präsidentin oder den Präsidenten vorgeschlagen. Dem Hochschulrat ist gemäß § 39 Abs. 2 NHG Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (5) Der Hochschulrat bestätigt den Vorschlag des Senats zur Entlassung von Mitgliedern des Präsidiums.
- (6) Der Hochschulrat nimmt zu den Entwicklungs- und Wirtschaftsplänen, zu den Entwürfen der Zielvereinbarungen und zu den Vorschlägen des Senats zur Ernennung oder Bestellung von Präsidiumsmitgliedern der Hochschule Stellung. Hierzu fasst er einen förmlichen Beschluss.
- (7) Der Hochschulrat nimmt zur Beteiligung der Universität an Unternehmen Stellung. Hierzu fasst er einen förmlichen Beschluss. Nach § 50 Abs. 4 NHG kann sich die Universität mit ihrem Körperschaftsvermögen zur Erfüllung ihrer körperschaftlichen Aufgaben, insbesondere zur Förderung des Wissens- und Technologietransfers, an Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des privaten Rechts beteiligen oder solche Unternehmen unter Beachtung der Voraussetzungen des § 65 der Landeshaushaltsordnung gründen. Die Universität muss die Einwilligung des Ministeriums zu der Beteiligung einholen.
- (8) Gemäß § 48 Abs. 2 Satz 5 und 6 NHG entscheidet das Präsidium im Einvernehmen mit dem Hochschulrat über die Berufung. Der Hochschulrat hat dementsprechend eine Erklärung über die Herstellung des Einvernehmens mit dem Präsidium abzugeben. Die Entscheidung erfolgt durch förmlichen Beschluss. Hierbei sind länderübergreifende Vereinbarungen, durch die das Land in Angelegenheiten der Berufung von Professorinnen und Professoren verpflichtet wird, zu beachten.

§ 2 Mitglieder und Amtszeiten

- (1) Dem Hochschulrat gehören sieben stimmberechtigte Mitglieder an. Die Mitglieder des Hochschulrats nach § 52 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 NHG (fünf mit dem Hochschulwesen vertraute Personen, die nicht Mitglieder der Hochschule sein dürfen und vom Fachministerium bestellt werden) sind Angehörige der Hochschule. Die Mitglieder des Hochschulrats nach Absatz 2 Satz 2 Nrn. 1 und 2 NHG sind ehrenamtlich tätig und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.
- (2) Die Mitglieder des Präsidiums, die Gleichstellungsbeauftragte, eine Vertreterin oder ein Vertreter der Studierendenschaft und ein Mitglied der Personalvertretung nehmen in der Regel an den Sitzungen des Hochschulrats beratend teil. Der Hochschulrat kann weitere Personen zu einzelnen Sitzungen oder Tagesordnungspunkten hinzuziehen.
- (3) Die Amtszeit der Mitglieder des Hochschulrats beträgt 3 Jahre. Wiederwahl ist zulässig. Die Mitglieder des Hochschulrats bleiben bis zur Bestellung ihrer Nachfolger im Amt.
- (4) Aufwandsentschädigungen werden nach Maßgabe einer Ordnung der Leibniz Universität gewährt.

§ 3 Verschwiegenheitspflicht

Die Mitglieder des Hochschulrats und die an den Sitzungen des Hochschulrats beratend teilnehmenden Personen sind zur Verschwiegenheit über die Beratung und Beschlussfassung und zur vertraulichen Behandlung von Beratungsunterlagen verpflichtet. Dies gilt insbesondere in den als strategisch auf der Tagesordnung gekennzeichneten Angelegenheiten und Personalangelegenheiten. Diese Verpflichtung besteht auch nach Beendigung der Tätigkeit als Mitglied des Hochschulrats fort.

§ 4 Vorsitz und Geschäftsführung

- (1) Der Hochschulrat bestimmt aus den Mitgliedern nach § 52 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 NHG eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden sowie eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter für die Dauer der Amtszeit der Mitglieder des Hochschulrats.
- (2) Die oder der Vorsitzende vertritt den Hochschulrat nach außen und wird im Verhinderungsfalle von der oder dem Stellvertretenden Vorsitzenden vertreten.
- (3) Die oder der Vorsitzende führt die laufenden Geschäfte des Hochschulrates. Sie oder er wird dabei vom Präsidium der Universität unterstützt. Insbesondere sorgt das Präsidium für die zur Aufgabenwahrnehmung erforderliche Infrastruktur.

§ 5 Sitzungen des Hochschulrats

- (1) Die Sitzungen des Hochschulrats sind nicht öffentlich.
- (2) Die Sitzungen des Hochschulrats sind durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden, sooft es die Interessen der Leibniz Universität erfordern, mindestens aber halbjährlich einzuberufen.
- (3) Die oder der Vorsitzende hat den Hochschulrat unverzüglich einzuberufen, wenn dies von wenigstens zwei Mitgliedern des Hochschulrats unter Angabe des Zwecks und des Grundes verlangt wird.
- (4) Die Sitzungen können auch in Form einer Telefon- oder Videokonferenz stattfinden. Die Vorgaben dieser Geschäftsordnung gelten dann entsprechend.

§ 6 Einladung und Tagesordnung

- (1) Die Mitglieder des Hochschulrats und das Präsidium sind spätestens zwei Wochen vor der Sitzung unter Beifügung einer vorläufigen Tagesordnung sowie der für die Sitzung erforderlichen Unterlagen zu laden. Die Ladung und alle sonstigen Mitteilungen können schriftlich, per Fax oder per E-Mail erfolgen.
- (2) Die oder der Vorsitzende stellt die Tagesordnung auf. Vorschläge für die Tagesordnung können durch die Mitglieder des Hochschulrats, des Präsidiums oder des Senats eingereicht werden.
- (3) Die Tagesordnung wird durch Beschluss zu Beginn der Sitzung festgestellt. Änderungen und Ergänzungen der Tagesordnung sind bis dahin mit einfacher Stimmenmehrheit möglich.

§ 7 Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung

- (1) Der Hochschulrat ist beschlussfähig, wenn die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend bzw. durch Telefon-/Videokonferenz zur Sitzung zugeschaltet ist. Bei Verhinderung sollen die Mitglieder ihr Stimmrecht vor der Sitzung durch schriftliche Erklärung, per Fax oder E-Mail auf ein anderes stimmberechtigtes Mitglied des Hochschulrats übertragen. Jedes Mitglied darf jedoch nicht mehr als zwei Stimmrechte wahrnehmen. Im Falle der Übertragung des Stimmrechts gilt das abwesende Mitglied als anwesend im Sinne der Geschäftsordnung.
- (2) Die Beschlussfähigkeit wird von der oder dem Vorsitzenden zu Beginn der Sitzung festgestellt. Wird Beschlussunfähigkeit festgestellt, so beruft die oder der Vorsitzende eine weitere Sitzung ein.
- (3) Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst. Enthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Ein Beschluss kommt nicht zustande, wenn mehr als die Hälfte der anwesenden bzw. zugeschalteten Mitglieder eine ungültige Stimme abgegeben oder sich der Stimme enthalten haben.
- (4) Abstimmungen finden grundsätzlich offen statt. Auf Verlangen eines Mitgliedes ist geheim abzustimmen.
- (5) Beschlüsse des Hochschulrats können auch im Umlaufverfahren durch schriftliche Stimmabgabe oder Stimmabgabe per E-Mail gefasst werden, wenn kein Mitglied des Hochschulrats der Beschlussfassung im Umlaufverfahren innerhalb einer Frist von 14 Tagen, gerechnet ab dem Tage der Absendung der Unterlagen, widerspricht. Sollen Beschlüsse in dieser Form gefasst werden, versendet die oder der Vorsitzende den Beschlussvorschlag einschließlich einer Begründung sowie einem Hinweis auf die Widerspruchsmöglichkeit nach Satz 1 und der Aufforderung, innerhalb eines bestimmten Zeitraums die Stimme abzugeben. Die besonderen Regelungen in § 8 bleiben unberührt.

§ 8 Entscheidungen in Berufungsverfahren

- (1) Die Herstellung des Einvernehmens im Rahmen der Entscheidung über eine Berufung erfolgt in der Regel im Umlaufverfahren. Den Mitgliedern des Hochschulrats sollen die folgenden für die Entscheidung über einen Berufungsvorschlag notwendigen Dokumente zur Verfügung gestellt werden:
 - Freigabeantrag,
 - Ausschreibungstext,
 - Synopse über alle Bewerberinnen und Bewerber,
 - Bericht der Berufungskommission,
 - Bewerbungsunterlagen der Listenplatzierten,
 - Externe Gutachten,
 - Beschluss des Fakultätsrates,
 - Prüfbericht des Präsidiums,
 - Länderübergreifende Anfrage zur Ruferteilung.
- (2) Für jedes Berufungsverfahren wird ein Mitglied des Hochschulrates als Berichterstatter oder Berichterstatterin festgelegt. Jedes Mitglied des Hochschulrats hat für die Funktion als Berichterstatterin oder Berichterstatter eine feste Vertretung für den Fall der Verhinderung. Die Vertretungsregelung wird vom Hochschulrat durch gesonderten Beschluss festgelegt. Die Berichterstatterin oder der Berichterstatter prüft den Berufungsvorschlag, insbesondere die Ordnungsmäßigkeit des Verfahrens mittels der vorgegebenen „Handreichung für den Berichterstatter bzw. die Berichterstatterin im Hochschulrat zur Überprüfung der rechtlichen, formalen und qualitativen Vorgaben bei Berufungsverfahren“. Er oder sie informiert die anderen Mitglieder des Hochschulrates innerhalb von zehn Tagen per E-Mail über ihre oder seine Beurteilung des Verfahrens verbunden mit der Aufforderung, die förmliche Zustimmung oder Ablehnung der Beurteilung im Umlaufverfahren per E-Mail innerhalb von fünf Tagen gegenüber der Geschäftsstelle des Hochschulrats zu erklären. Die einfache Mehrheit gemäß § 7 Abs. 2 ist für einen Beschluss des Gremi-

ums ausreichend. Beantragt ein Mitglied des Hochschulrats die mündliche Erörterung eines Berufungsvorschlags, entscheidet darüber die oder der Vorsitzende des Hochschulrats unter Berücksichtigung der vorgetragenen Begründung und der konkreten Umstände des jeweiligen Einzelfalls.

- (3) Die Geschäftsstelle des Hochschulrats stellt nach Eingang der Voten die Zustimmung oder Ablehnung des Berufungsvorschlags durch den Hochschulrat fest. Sie stellt ebenfalls die Übereinstimmung oder die fehlende Übereinstimmung mit dem Beschluss des Präsidiums fest und informiert das Präsidium sowie den Hochschulrat und die Verwaltung über das Ergebnis.
- (4) Kann eine Entscheidung des Hochschulrats über ein Berufungsverfahren nicht rechtzeitig erfolgen, oder sind innerhalb der festgelegten Frist von 15 Tagen nicht alle Voten bei der Geschäftsstelle eingegangen, so kann die oder der Vorsitzende des Hochschulrats bzw. die sie oder ihn vertretende Person in Verbindung mit einem weiteren, beliebigen Mitglied des Hochschulrats eine Eilentscheidung treffen. Hierzu wird sie oder er vom Präsidium der Leibniz Universität unter Nennung des Grundes per E-Mail aufgefordert. Die oder der Vorsitzende teilt dem Präsidium den Beschluss sowie den Namen des Weiteren herangezogenen Mitglieds des Hochschulrats per E-Mail mit. Die Mitglieder des Hochschulrats werden über die getroffene Eilentscheidung informiert.

§ 9 Protokoll

Über jede Sitzung ist ein Ergebnis-Protokoll anzufertigen. Jedes Mitglied kann im Einzelfall verlangen, dass seine Erklärung im Protokoll festgehalten wird. Das Protokoll wird von der oder dem Protokollführenden und der oder dem Vorsitzenden unterzeichnet und den Mitgliedern des Hochschulrats zugesandt.